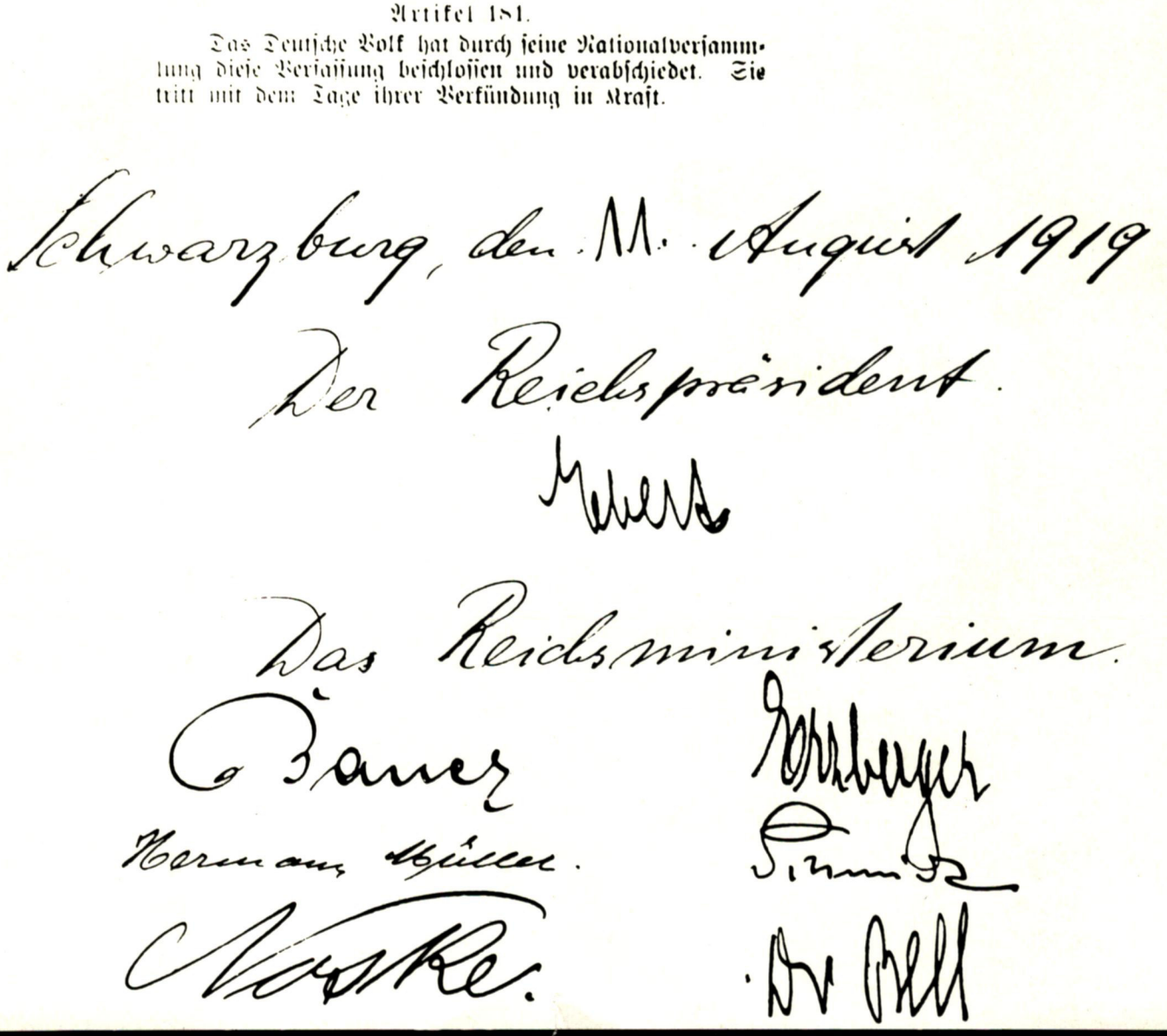
INFORMATIONEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG 109/110

Neudruck 1992 B 6897 F

DIE WEIMARER REPUBLIK



Artikel 181.

Das Deutsche Volk hat durch seine Nationalversamm-
lung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie
tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Schwarzburg, den 11. August 1919

Der Reichspräsident.

Ebert

Das Reichsministerium.

Bauer

Hermann Müller.

Erzberger

Schmidt

Dr Bell

DIE WEIMARER REPUBLIK

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
I. Das Ende des Kaiserreiches	1
1. Militärischer Zusammenbruch — Das Reich wird parlamentarische Monarchie	1
2. Die Marinemeuterei	1
3. Revolution im Binnenland und bei der Armee	2
4. Die Revolution in Berlin	2
5. Der Waffenstillstand	3
6. Die Dolchstoßlegende	4
II. Die Anfänge der Republik	5
1. Der Rat der Volksbeauftragten	5
2. Demokratie oder Rätesystem?	5
3. Spaltung der Arbeiterbewegung	6
4. Räterepubliken	6
5. Die Nationalversammlung	6
6. Die Weimarer Verfassung	8
7. Der Vertrag von Versailles	10
8. Der Kapp-Putsch und seine Folgen	12
9. Der Vertrag von Rapallo	14
10. Politische Morde und moralische Verwilderung	15
11. Das Krisenjahr 1923	16
III. Die ruhigen Jahre	20
1. Der Dawes-Plan — Tod Friedrich Eberts	20
2. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten	22
3. Stresemanns Locarno-Politik	23
4. Fürstenabfindung und Flaggenstreit	24
5. Die Entlassung Seeckts	25
6. Sozialpolitische Stabilisierung	26
IV. Die letzte Regierung der Großen Koalition 1928–1930	26
1. Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 und das Kabinett Hermann Müller-Franken	26
2. Der Young-Plan — Tod Stresemanns	26
3. Beginn der Weltwirtschaftskrise	26
4. Innenpolitische Radikalisierung — Rücktritt des Kabinetts Müller	26
V. Die Krise des Parlamentarismus	27
1. Die Pläne für ein „Hindenburg-Kabinett“	27
2. Brünings Werdegang und politischer Standort	28
3. Das erste Kabinett Brüning — Brünings Zielvorstellungen und die Wirtschaftskrise	28
4. Die Reichstagsauflösung vom 18. 7. 1930 und ihre Folgen	29
5. Das Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion	31
6. Das zweite Kabinett Brüning — Verschärfung der innenpolitischen Lage	31
VI. Die Auflösung der Weimarer Republik	32
1. Wiederwahl Hindenburgs	32
2. Die Kamarilla	32
3. Der Sturz Groeners	34
4. Die Entlassung Brünings	34
5. Brüning im Urteil der Zeitgeschichte	35
6. Die letzten Präsidialkabinette und das Ende der Republik	37
7. Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik	41
Literaturhinweise	46
Unterrichtsmaterialien	47

I. DAS ENDE DES KAISERREICHES

1. Militärischer Zusammenbruch — Das Reich wird parlamentarische Monarchie

Nach dem Scheitern der deutschen Offensive im Westen im Frühjahr 1918 und dem Erfolg der Gegenoffensive der Alliierten im Sommer, spätestens am 8. August 1918, dem „schwarzen Tag" des deutschen Heeres, wurde deutlich, daß die verbrauchten Kräfte der deutschen Truppen an der Westfront nicht mehr ausreichten, um sich gegen die täglich stärker werdende alliierte Übermacht zu behaupten. Ludendorff mußte wenig später in seinen „Kriegserinnerungen" resigniert zugeben: „Das Kriegführen nahm ... den Charakter eines unverantwortlichen Hasardspiels an. Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glücksspiel zu hoch, der Krieg war zu beendigen."

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front Mitte September gab den Gegnern den Weg zum rumänischen Erdöl frei und stellte damit die Kriegführung überhaupt in Frage. Außerdem hatten Österreich, Ungarn und Bulgarien bereits um Waffenstillstand nachgesucht, die Türkei war nur noch eine Last, keine Hilfe mehr.

Ende September kamen Hindenburg und Ludendorff zu der Einsicht, daß sie nicht mehr weiterkonnten, daß die Westfront jeden Augenblick durchbrochen und aufgerollt werden könne, daß sie einen sofortigen Waffenstillstand brauchten: Heute halte die Truppe; was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. Der den Dienst im Großen Hauptquartier versehende Legationsrat des Auswärtigen Amtes fügte als seine persönliche Meinung hinzu: Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat. Die Telegramme und Telefonate sind gar nicht zu zählen, in denen Ludendorff die sofortige Absendung der Bitte um Waffenstillstand an den amerikanischen Präsidenten Wilson verlangte mit der Drohung, er könne auch nicht 24 Stunden mehr warten.

Ludendorff forderte außerdem, daß die Regierung auf eine breitere Basis gestellt werden müsse. Daraufhin ernannte der Kaiser einen nahen Verwandten, den liberal gesinnten Prinzen Max von Baden, zum Reichskanzler. Dieser bildete die erste parlamentarische Reichsregierung und berief Abgeordnete der Mehrheitsparteien des Reichstags (Sozialdemokratische Partei, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei) zu Staatssekretären.

Durch verfassungsänderndes Gesetz vom 28. Oktober wurde bestimmt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Er und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich. Die Kommandogewalt des Kaisers wurde eingeschränkt.

Das deutsche Volk war wie betäubt von diesen Ereignissen; der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden wehrte sich vergeblich gegen das übereilte Waffenstillstandsgesuch der Obersten Heeresleitung, das ohne die geringste diplomatische Vorbereitung praktisch einer Kapitulation gleichkam. Es konnte auch wenig Wirkung haben, daß im preußischen Herrenhaus im Oktober endlich das längst überfällige Dreiklassenwahlrecht abgeschafft wurde.

Gleichzeitig bemühte sich aber Ludendorff bereits, die Verantwortung für die kommende Entwicklung schleunigst von sich abzuwälzen, indem er seinen militärischen Mitarbeitern erklärte:

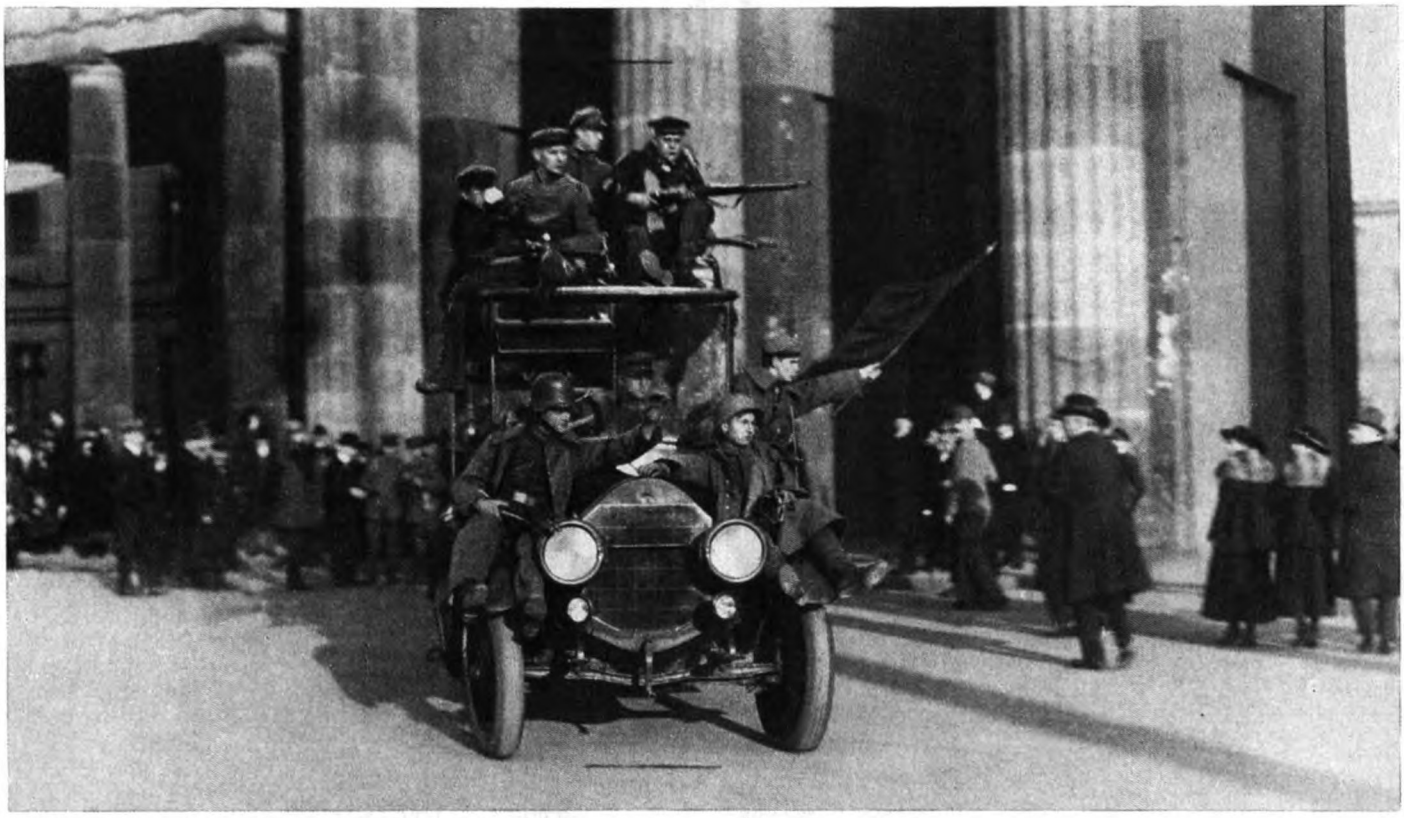
Ich habe aber S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, daß wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.
(Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL, Seite 234 f.)

2. Die Marinemeuterei

Aber schon überstürzten sich die Ereignisse. Während noch die Reichsregierung jenen schicksalsschweren Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson führte, in dem dieser immer deutlicher die Beseitigung der Monarchie und die militärische Kapitulation verlangte, begann auch der innerdeutsche Zusammenbruch mit einer Matrosenmeuterei.

Die Untätigkeit, welche die deutsche Hochseeflotte seit der Schlacht am Skagerrak (1916) sich hatte auferlegen müssen, war von den Seeoffizieren sehr unwillig ertragen worden. Daher beschlossen die Admiräle, in Richtung Themsemündung auszufahren, um den Engländern eine Entscheidungsschlacht zu liefern und dem Westheer dadurch Entlastung zu bringen. Die Matrosen aber erkannten aus den Vorbereitungen, was geplant war, und als die Flotte am 29. Oktober auslaufen sollte, rissen die Heizer das Feuer unter den Kesseln weg, da sie es für sinnlos hielten, unmittelbar vor Kriegsende noch auf eine „Todesfahrt" geschickt zu werden. Aus dem passiven Widerstand entwickelte sich eine Meuterei, die in Wilhelmshaven begann, um sehr schnell auf

Straßenszene am 9. November 1918 in Berlin.



Revolution in Berlin. Soldaten mit der roten Fahne am Brandenburger Tor.

Kiel, Lübeck, Hamburg und Cuxhaven überzuspringen. In Kiel verbündeten sich die Matrosen alsbald mit den Werftarbeitern, und am 4. November wehte auf allen Schiffen die rote Fahne. Gleichzeitig bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Vorbild, das heißt Gremien der Vertrauensmänner der militärischen Einheiten und der Betriebe. Die Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands stieg drohend am Horizont empor.

3. Revolution im Binnenland und bei der Armee

Durch revolutionäre Matrosen wurde der Aufruhr sehr rasch auch in den größeren Städten von West-, Mittel- und Süddeutschland entfesselt. Am 7. November entschloß sich die Oberste Heeresleitung, den Matrosenaufruhr durch Fronttruppen niederzuwerfen, doch sie mußte diese gegen Köln einsetzen, das inzwischen auch zu den Aufständischen übergegangen war: Die vermeintlich zuverlässige Division verweigerte den Befehl und löste sich auf. So steigerte sich die Welle der Bewegung zur Revolution, die noch am gleichen Tage München erreichte: Hier stürzte als erste die bayerische Dynastie der Wittelsbacher. Dem Herzog von Braunschweig und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin widerfuhr dasselbe Geschick. Am 8. November bildeten sich an der Westfront, sogar im Großen Hauptquartier in Spa, Soldatenräte.

4. Die Revolution in Berlin

Der letzte kaiserliche Reichskanzler, Prinz Max von Baden, und Friedrich Ebert, der Führer der Sozialdemokratischen Partei, hatten sich inzwischen vergeblich bemüht, die Monarchie zu retten: Es war zu spät! Ebert und seine Partei hatten die Revolution nicht gewollt, aber die Monarchie hatte den Krieg verloren, und die Person des Kaisers war für die Massen das Symbol für alles Unheil, das über Deutschland gekommen war. Wilhelm II. aber wollte nicht einsehen, daß seine Zeit abgelaufen war, er hatte bereits am 29. Oktober Berlin verlassen und sich in sein Großes Hauptquartier begeben.

Dort blieb er, umringt von seinen Generälen und seiner militärischen Umgebung, jeder Belehrung unzugänglich. Noch am 3. November schrieb er in einem Brief: „Ich denke gar nicht daran, wegen der paar 100 Juden und der 1000 Arbeiter den Thron zu verlassen." Nur zu einer Teilabdankung als Deutscher Kaiser, nicht aber als König von Preußen wollte er sich schließlich verstehen.

Da entschloß sich Prinz Max von Baden, weil die Zeit drängte, am 9. November gegen Mittag von sich aus die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen durch das Wolffsche Telegraphenbüro bekanntzugeben.

Auch diese Erklärung hinkte hinter den Ereignissen her. Die Sozialdemokraten waren inzwischen, um die Kontrolle über die Mas-

2. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

sen nicht an Unabhängige und Spartakisten zu verlieren, aus der Reichsregierung ausgeschieden, und die Arbeitermassen befanden sich im Anmarsch auf das Regierungsviertel in Berlin. Und niemand trat ihnen entgegen!

Darüber fällt der Historiker Erich Eyck folgendes Urteil:

Das ist das wahrhaft Charakteristische dieser seltsamen Revolution. Es waren Tausende von Offizieren in Berlin, die unter richtiger Führung unzweifelhaft stark genug gewesen wären, sie im Keim zu ersticken. Aber keine militärische Befehlsstelle wollte sie führen, und keiner von ihnen zeigte Neigung, in Erfüllung seines Fahneneides sein Leben einzusetzen. Nicht Handgranaten oder Maschinengewehre haben das deutsche Kaisertum zerstört, sondern der mangelnde Glaube an seine Daseinsberechtigung. *(Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, S. 67 f.)*

Kurz nachdem Prinz Max die Abdankung des Kaisers bekanntgegeben hatte, traf eine Abordnung der Sozialdemokratischen Partei – Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Braun und zwei Vertreter der Berliner Betriebe – bei ihm ein. In deren Namen erklärte Friedrich Ebert:

Damit Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, haben unsere Parteigenossen uns beauftragt, dem Herrn Reichskanzler zu erklären, daß wir es zur Vermeidung von Blutvergießen für unbedingt erforderlich halten, daß die Regierungsgewalt an Männer übergeht, die das volle Vertrauen des Volkes besitzen. Wir halten es deshalb für nötig, daß das Amt des Reichskanzlers und des Oberkommandierenden in den Marken durch Vertrauensmänner unserer Partei besetzt wird.

Über den weiteren Verlauf berichtet Prinz Max in seinen Memoiren:

Ich fragte Herrn Ebert, ob er bereit sei, den Posten des Reichskanzlers anzunehmen. Ebert antwortete: „Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen." . . . Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen. . . . An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!" Er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren."

Nach dem Gespräch mit dem Prinzen Max fuhr Scheidemann zum Reichstagsgebäude, um zu den Massen zu sprechen. In seiner Rede führte er unter anderem aus:

Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können in aller Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen! . . . Sorgen Sie dafür, daß die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgend etwas gefährdet werde! Es lebe die deutsche Republik!

Philipp Scheidemann spricht nach der Ausrufung der Republik von der Reichskanzlei aus zu der Volksmenge in der Wilhelmstraße.

Kurz darauf sprach Karl Liebknecht, der dem äußersten linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörte, im Lustgarten vor dem Berliner Schloß, wo er seine Anhänger versammelt hatte. Er rief die „Sozialistische Republik Deutschland" aus und verkündete die Parole „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!"

Wieder einige Stunden später ging der letzte deutsche Hohenzollernkaiser, Wilhelm II., unter dem Druck der Ereignisse in das Exil nach Holland, und der General Ludendorff, der am 26. Oktober wegen seiner fortgesetzten Einmischung in die Reichspolitik entlassen worden war, flüchtete mit einer blauen Brille und einem falschen Bart nach Schweden, in der begreiflichen Befürchtung, man werde ihn für seine Politik zur Verantwortung ziehen. Als die Gefahr vorübergegangen war, war er sehr rasch wieder in Deutschland zur Stelle, um bei einigen Putschversuchen eine wenig rühmliche Rolle zu spielen.

5. Der Waffenstillstand

Die von den Matrosen ausgelöste revolutionäre Bewegung hatte auch eine ungünstige Wirkung auf die Verhandlungsmöglichkeiten der deutschen Waffenstillstandskommission. Deren Führung hatte im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger übernommen. Erzberger scheint sich über Bedeutung und Konsequenzen seiner Aufgabe nicht ganz im klaren gewesen zu sein. Jedenfalls bedeutete die Übernahme dieses Amtes durch einen Zivilisten eine verhängnisvolle Verschleierung der geschichtlichen Verantwortung.

Im Wald von Compiegne wurde von Marschall Foch und den deutschen Bevollmächtigten am 11. November 1918 der Waffenstillstand unterzeichnet.

In seinem berühmt gewordenen Salonwagen im Walde von Compiègne empfing am 8. November 1918 der französische Marschall Foch die deutschen Unterhändler. Die von den Ententemächten in 34 Artikeln gestellten Bedingungen waren außerordentlich hart und übertrafen alle Befürchtungen: Rückzug der Armee hinter den Rhein, Räumung von Belgien, Luxemburg, Frankreich und Elsaß-Lothringen, Besetzung des linken Rheinufers, sofortige Rückbeförderung aller alliierten Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit, Fortdauer der Hungerblockade.

Die Bedingungen bedeuteten die vollständige militärische und wirtschaftliche Fesselung Deutschlands und zielten darauf ab, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von seiten des Deutschen Reiches unmöglich zu machen. Deutschland hatte nur zwischen Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Hindenburg, dem man die Frage vorlegte, empfahl zwar, sich in einigen Punkten um Milderungen zu bemühen, vor allem Aufhebung der Blockade und Verlängerung der Räumungsfristen zu erreichen, schloß aber sein Telegramm mit den Worten: „Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen."

So unterzeichneten die deutschen Bevollmächtigten in den frühen Morgenstunden des 11. November im Walde von Compiègne den Waffenstillstand, der um 11 Uhr an allen Fronten in Kraft trat.

Erzberger beendete seine Annahmeerklärung mit den Worten: „Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht." (Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 336.)

6. Die Dolchstoßlegende

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Deutschland ein erbitterter Streit, wer für den Zusammenbruch verantwortlich sei. Vor allem die extremen Nationalisten aller Schattierungen vertraten die Auffassung, daß das deutsche Heer im Felde unbesiegt geblieben sei, nur das Versagen der Heimat und die Novemberrevolution hätten den Zusammenbruch verschuldet: Die Heimat sei der kämpfenden Front in den Rücken gefallen, die Front sei gewissermaßen von hinten erdolcht worden. Auch Hindenburg machte sich in einer Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zum Fürsprecher dieser Legende, die dadurch eine sehr weite Verbreitung erlangte.

Demgegenüber steht, durch Quellen belegt, einwandfrei fest, daß der Krieg militärisch schon lange vor dem Ausbruch der Revolution verloren war. Die Revolution war nicht Ursache, sondern unmittelbare Folge des verlorenen Krieges.

Mit Recht schreibt daher der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seinen „Betrachtungen zum Weltkriege" (II, 53):

Zusammengebrochen sind Armee und Heimat erst, als der große Endkampf, in den sie voll Mut und Zuversicht und in unerschütterlichstem Glauben an ihre Heerführer gezogen waren, urplötzlich mit einer Riesenenttäuschung endete. Volksmassen ertragen es nicht, daß die lauten Siegesfanfaren von gestern heute von dem Schreckensruf abgelöst werden: Hannibal ante portas!

Wesentlich schärfer urteilt der englische Historiker Bullock:

Selten ist an einem Volk ein größerer Betrug verübt worden, und doch wurde die Lüge hartnäckig wiederholt und von vielen geglaubt — weil man gern an sie glaubte. *(Alan Bullock, Hitler, S. 55.)*

Kundgebung
des
neuen Reichskanzlers Ebert

Mahnung
zur
Ruhe und Ordnung!

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen. Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit. Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler
Ebert.

Matrosen der „Volksmarinedivision", die sich als Elitetruppe der Revolution nach russischem Vorbild fühlte, meuterten im Dezember 1918 gegen die Regierung der Volksbeauftragten.

II. DIE ANFÄNGE DER REPUBLIK

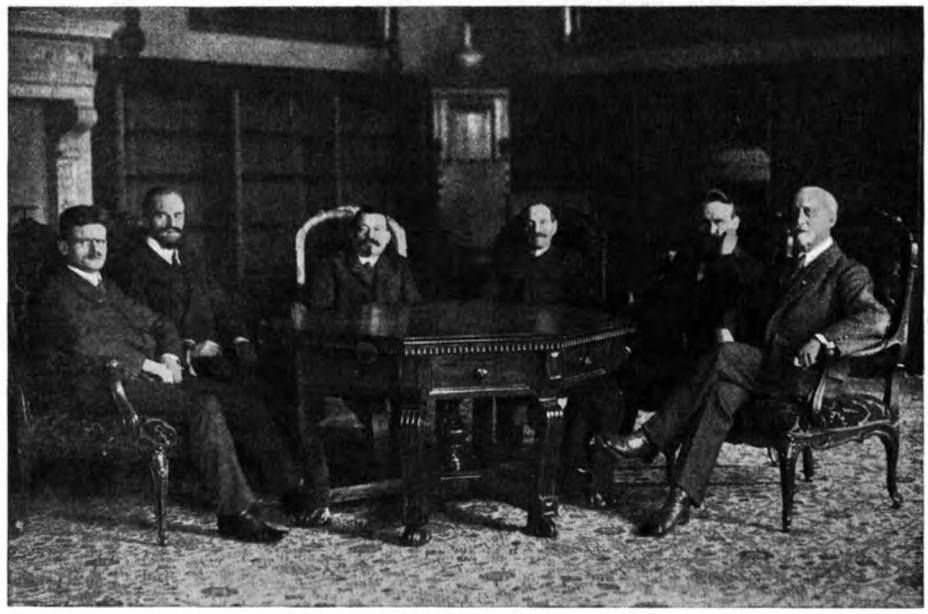
1. Der Rat der Volksbeauftragten

In den denkwürdigen und kritischen Wintertagen von 1918/19 war es eine große Frage, ob aus dem innen- und außenpolitischen Chaos, das Deutschland bedrohte, jemals wieder ein geordnetes Staatswesen hervorgehen würde.

Nachdem Wilhelm II. durch seine Flucht nach Holland der monarchischen Staatsform den letzten Stoß gegeben hatte, übernahmen Ebert, Scheidemann und Landsberg als Vertreter der SPD, Haase, Dittmann und Barth als Abgesandte der USPD im „Rat der Volksbeauftragten" vorläufig die Regierungsgewalt. Ein Ausschuß des Gesamt-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats bestätigte die neue Regierung. Die beiden Parteien hatten jedoch völlig verschiedene Ziele im Auge: Ziel der SPD war die Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaates nach westlichem Vorbild durch Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung, die aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen sollte; Ziel der USPD und des aus ihr entstandenen Spartakusbundes dagegen war die gewaltsame Errichtung eines Rätestaates nach russischem Muster.

Der Spartakusbund war eine zahlenmäßig kleine Gruppe radikaler Marxisten, die die Landesverteidigung im kapitalistischen Staat ablehnten, die internationale Solidarität des Proletariats betonten und eine bewaffnete Revolution vorbereiten wollten. Wie stark die radikale Linke am 9. November 1918 insgesamt war, konnte niemand sagen. Sie war zahlenmäßig in der Minderheit, sie hatte außerdem keine klaren Vorstellungen und keine uneingeschränkt anerkannte Führung. Das Rätesystem aber wurde sowohl von den verantwortlichen Männern der SPD wie vom bürgerlichen Deutschland in gleicher Weise abgelehnt.

In den turbulenten November- und Dezembertagen war es das geschichtliche Verdienst und die große Leistung Friedrich Eberts und der von ihm geführten SPD, daß sie mit der noch amtierenden Obersten Heeresleitung, die hauptsächlich durch General Groener, den späteren Reichsinnen- bzw. Reichswehrminister, repräsentiert wurde, und mit der deutschen Beamtenschaft, die auf ihrem Posten geblieben war, ein Bündnis eingingen, um mit Hilfe von Offizieren und Freiwilligenverbänden des ehemaligen kaiserlichen Heeres die Bolschewisierung Deutschlands zu verhindern, die tödlich bedrohte Ordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten und die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen zu ermöglichen.



Der Rat der Volksbeauftragten. Von links nach rechts: Barth (USPD), Landsberg (SPD), Ebert (SPD), Haase (USPD), Dittmann (USPD), Scheidemann (SPD).

Bereits am 12. November veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten ein Neun-Punkte-Programm:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. . . . Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. – Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. – Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Hierdurch wurden wichtige Grundsatzentscheidungen für die kommende Entwicklung bereits getroffen bzw. vorweggenommen. Um dieselbe Zeit konnten die Gewerkschaften einen großen sozialpolitischen Erfolg erzielen. Am 15. November schlossen sie mit den Unternehmerverbänden ein Abkommen, in dem die Gewerkschaften aller Richtungen zum erstenmal als die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer anerkannt wurden. Zwischen den Vertragspartnern wurde eine „Zentralarbeitsgemeinschaft" gegründet. In allen Bereichen mit mindestens 50 Beschäftigten sollte ein Arbeitsausschuß (später Betriebsrat genannt) eingerichtet werden.

2. Demokratie oder Rätesystem?

Die Volksbeauftragten rechneten mit einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung. Bis dahin hielten sie Eingriffe in die bestehenden Machtverhältnisse, etwa umfangreiche Personalveränderungen oder Enteignungen in der Wirtschaft weder für erlaubt noch für möglich. In den drei Monaten vom November 1918 bis Februar 1919, als die SPD allein und praktisch unbeschränkt regierte, unternahm sie keinen Versuch zur grundlegenden Neuordnung von Staat und Gesellschaft. Das lag nicht nur an den Zeitumständen (verlorener Krieg, Hunger und wirtschaftliche Not), sondern auch daran, daß sie auf die Übernahme der Macht nicht vorbereitet war und daß sie kein Konzept für eine Neuordnung besaß.

Ob und inwieweit die Arbeiter- und Soldatenräte eine Chance gehabt hätten, in einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung „das sozialistische Programm" zu verwirklichen, ist in der Forschung umstritten. Die sozialdemokratische Revolutionsregierung hatte zu wählen zwischen einem Bündnis mit der bisherigen Machtelite (Büro-

Regierungstruppen im Kampf gegen Spartakisten in Berlin im März 1919.

kratie und Offizierskorps) und damit einer konservativen und am wenigsten risikobeladenen Lösung oder einer Politik einschneidender Veränderungen der bestehenden Machtstrukturen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates zugunsten eines neuen staatlichen Gebildes, das sich aber damals noch nicht klar übersehen ließ.

Als am 24. Dezember 1918 die meuternde Volksmarinedivision die Regierung Ebert-Haase gefangensetzte, war außer der Obersten Heeresleitung keine reale Macht zu sehen, die den Rat der Volksbeauftragten noch retten konnte. Aus diesen Tagen stammt das politische „Bündnis Ebert-Groener". Zwei Wochen später, beim Berliner Januaraufstand, erhielt die Regierung die Hilfe von Freikorps. Auf eine Mithilfe von Beamten des alten Regimes waren die Arbeiterparteien mindestens ebenso angewiesen wie auf die Unterstützung durch Offiziere. Eduard Bernstein, der Vorkämpfer des Revisionismus innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, fällte schon 1921 ein bemerkenswertes Urteil über die strukturellen Grenzen der deutschen Revolution von 1918/19: „Die Republik konnte wohl mit bestimmten bürgerlichen Parteien und Klassen, nicht aber mit allen den Kampf aufnehmen, ohne sich in eine unhaltbare Lage zu bringen. Sie konnte die große auf sie gefallene Last nur tragen, wenn sie erhebliche Teile des Bürgertums an ihrem Bestand und ihrer gedeihlichen Entwicklung interessierte. Selbst wenn die Sozialdemokratie bei den Wahlen zur Nationalversammlung die ziffernmäßige Mehrheit erhalten hätte, wäre die Heranziehung der bürgerlich-republikanischen Parteien zur Regierung ein Gebot der Selbsterhaltung der Republik gewesen. Sie war aber auch zugleich eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland als Nation." (Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution, Berlin 1921, S. 198.)

Der Historiker Heinrich August Winkler, der diese Sätze zitiert, fügt hinzu: „Da die Volksbeauftragten entschlossen waren, den Weg für eine demokratisch legitimierte Regierung zu ebnen, konnten sie nur eine Politik treiben, die Chancen hatte, von einer Mehrheit der Wähler gebilligt zu werden. Da die Arbeiterklasse nur etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachte und es nach den Erfahrungen der Zeit vor 1914 unwahrscheinlich war, daß am 19. Januar 1919 alle Arbeiter für die sozialistischen Parteien stimmen würden, durften die Entscheidungen der Revolutionsregierung auf Wähler aus den Mittelschichten zumindest nicht abstoßend wirken." (Heinrich August Winkler: Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn 1979).

3. Spaltung der Arbeiterbewegung

Da die Vertreter der USPD sich im Rat der Volksbeauftragten nicht durchsetzen konnten und mit dem Bündnis zwischen Friedrich Ebert und der OHL nicht einverstanden waren, traten sie sehr bald aus der Regierung wieder aus und verlegten den Kampf um die künftige Gestaltung Deutschlands auf die Straße. An die Stelle der USPD-Beauftragten treten die SPD-Abgeordneten Gustav Noske und Rudolf Wissell.

Ende Dezember wurde dann in Berlin auf dem Kongreß des Spartakusbundes die „Kommunistische Partei Deutschlands" gegründet. Eine wichtige Rolle spielte dabei Karl Radek, Lenins Vertreter in Deutschland. Diese Gründung bedeutete die bleibende Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Mehrheit der USPD hatte keine prinzipiellen Differenzen mit der SPD und fand später zu ihr zurück.

Gleich Anfang Januar 1919 begannen in Berlin neue Unruhen, die unter dem Namen „Spartakusaufstand" bekannt wurden. In dieser kritischen Lage wurde der Volksbeauftragte Noske zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt, und ihm gelang es, mit Freiwilligenverbänden, die unter der Führung aktiver Offiziere standen, den Aufstand niederzuwerfen.

Liberale und demokratische Historiker haben die Schaffung dieser Verbände scharf verurteilt, aber es ist zweifelhaft, ob es Ebert und Noske gelungen wäre, irgendeine andere Truppe aufzustellen, die die Kommunisten hätte niederwerfen können.

Im Verlauf dieser blutigen Kämpfe wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beiden bekanntesten Persönlichkeiten des Spartakusbundes, von Angehörigen der Bürgerwehr verhaftet und von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützendivision ermordet. Die erste amtliche Darstellung enthielt bewußt falsche Angaben der schuldigen Militärs. Die Gerichtsverhandlung brachte keine volle Aufklärung. Daß Mord vorlag, gab der Anklagevertreter zu.

Diese scheußliche Tat steigerte die Empörung der linksradikalen Kräfte und trug erheblich zur Verschärfung der politischen Gegensätze bei.

4. Räterepubliken

Als unmittelbare Folge der Berliner Ereignisse wurde am 10. Januar 1919 in Bremen die Räterepublik ausgerufen. Daraufhin ließ Noske Bremen, anschließend die übrigen Hafenstädte der Nordseeküste (außer Hamburg) von Freikorps besetzen. Im April wurde Braunschweig besetzt, nachdem das Land ebenfalls zur Räterepublik erklärt worden war. Die schwerste Bedrohung kam

aus Bayern: Mehrere Räteregierungen lösten in München einander ab, die Beziehungen zu Berlin wurden abgebrochen. Schließlich bat die bayerische Regierung Hoffmann aus Bamberg die Reichsregierung um Hilfe. Die nach Bayern entsandten Freikorps rückten Anfang Mai 1919 nach heftigen Straßenkämpfen in München ein und stellten die Autorität der legalen Regierung wieder her.

Überall kamen dabei zahlreiche unschuldige Menschen außerhalb der Kampfhandlungen ums Leben. Seit der Niederwerfung des Räteaufstandes fühlte sich Bayern als „Ordnungszelle" des Reiches.

5. Die Nationalversammlung

Am 19. Januar 1919 konnten im Reichsgebiet die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden. Sie hatten folgendes Ergebnis:

Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919

		%
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	22	7,6
Sozialdemokratische Partei	163	37,9
Deutsche Demokratische Partei	75	18,6
Zentrum und Bayerische Volkspartei	91	19,7
Deutsche Volkspartei	19	4,4
Deutschnationale Volkspartei	44	10,3
Splitterparteien	7	1,5
Gesamtzahl der Mandate	421	

Damit war die Sozialdemokratie (SPD) wie im Reichstag von 1912 die stärkste Partei geblieben und hatte einen erheblichen Stimmengewinn erzielt, nicht aber die erhoffte Mehrheit errungen. Auch ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) hätte zur parlamentarischen Mehrheit nicht ausgereicht. Das deutsche Volk hatte sich eindeutig gegen das Rätesystem und gegen Sozialisierung, aber auch gegen die Rückkehr zur Monarchie entschieden. So ergab sich ganz natürlich die Zusammenarbeit der drei großen demokratischen Parteien, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei (bisher Fortschrittliche Volkspartei), die schon während des Krieges als „Mehrheitsparteien" des Reichstags sich gemeinsam um eine Verstärkung des Einflusses der Volksvertretung bemüht hatten. Sie bildeten jetzt die sogenannte „Weimarer Koalition", hinter der über 76 % der Wähler standen. Diese überwältigende Mehrheit ging allerdings infolge der Belastung durch den Versailler Vertrag und unter dem Eindruck des Kapp-Putsches bereits bei den Reichstagswahlen im Sommer 1920 verloren und ist auch später nie wieder erreicht worden.

Zwischen dem Ausbruch der Novemberrevolution und der Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung hatte sich eine Umgruppierung bzw. Neubildung der bürgerlichen Parteien vollzogen. Aus der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei und einem Teil der früheren Nationalliberalen

Wahlen zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919: Wahlpropaganda der SPD in Berlin.

wurde die Deutsche Demokratische Partei (DDP) gegründet, in der sich nach dem Wahlaufruf vom 5. 12. 1918 alle zusammenfanden, „die, auf dem Boden der Republik stehend, ... das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen." Politiker wie der allzu früh verstorbene Friedrich Naumann, Conrad Haußmann und Friedrich von Payer, aber auch hervorragende Wissenschaftler wie Max Weber und Friedrich Meinecke waren in ihr vertreten.

Aus Anhängern des rechten Flügels der Nationalliberalen Partei, die noch an der Monarchie festhielten, ging die Deutsche Volkspartei hervor. Sie vertrat vorwiegend die Interessen der Großindustrie und des Großhandels. Gründungsmitglieder waren Hjalmar Schacht und Gustav Stresemann. Letzterer löste sich jedoch sehr rasch von seiner politischen Vergangenheit, bemühte sich darum, seine Partei zu einer positiveren Haltung gegenüber der Republik zu veranlassen und hat sich später als Außenminister hervorragende Verdienste um das republikanische Deutsche Reich erworben.

Verhältnismäßig leicht war die Neuorientierung für das Zentrum. Gegenüber den konservativen Gruppen in dieser Partei gingen jetzt die hauptsächlich durch Matthias Erzberger und die Christlichen Gewerkschaften vertretenen stark sozialpolitisch orientierten demokratischen Kräfte stärker in Führung und bestimmten in den nächsten Jahren den politischen Kurs. Die Geschlossenheit der Partei wurde jedoch sehr früh erheblich geschwächt durch die Abspaltung des bayerischen Zentrumsflügels, der sich aus zum Teil recht unterschiedlichen Gründen unter dem Einfluß des Bauernführers Dr. Georg Heim als Bayerische Volkspartei konstituierte, wenn auch beide Parteien in allen kulturpolitischen und meist in außenpolitischen Fragen eng zusammenarbeiteten.

Aus der Vereinigung der ehemals konservativen Gruppen, der Deutschkonservativen, der Freikonservativen sowie der Deutschvölkischen, entstand die Deutschnationale Volkspartei. Sie war antirepublikanisch und antidemokratisch, sie hat trotz zeitweiliger Mitarbeit in einzelnen Reichsregierungen die Weimarer Republik erbittert bekämpft und, insbesondere seitdem Alfred Hugenberg die Parteiführung an sich gerissen hatte, durch die gehässige und zersetzende Kritik ihrer Presseorgane ganz wesentlich zum Untergang des Weimarer Staates beigetragen. Hinter ihr standen die ostelbischen Großagrarier, führende Persönlichkeiten der Schwerindustrie, die meisten verabschiedeten Offiziere des alten Heeres und weite Kreise des höheren Beamtentums. Männer, über deren Politik die Geschichte längst das Urteil gesprochen hatte, wie der Graf Westarp und der Großadmiral von Tirpitz, versuchten mit Hilfe dieser Partei vergeblich, das Rad der Entwicklung nach rückwärts zu drehen.

Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung in dem thüringischen Städtchen Weimar zusammen, da ihre Sicherheit und Unabhängigkeit in Berlin nicht ausreichend garantiert zu sein schien.

Gleichzeitig wurde damit symbolhaft zum Ausdruck gebracht, daß der Geist von Potsdam durch den Geist von Weimar überwunden werden solle. Erste Aufgabe der Versammlung war die Schaffung einer vorläufigen Reichsgewalt. Nachdem Friedrich Ebert die von dem Rat der Volksbeauftragten bisher ausgeübte Regierungsgewalt an die Nationalversammlung als den „einzigen Souverän des deutschen Volkes" zurückgegeben hatte, war bis zur Verabschiedung einer neuen Reichsverfassung eine verfassungsrechtliche Überbrückung erforderlich. Diese erfolgte durch ein Gesetz vom 10. Februar 1919, auf Grund dessen Friedrich Ebert mit fast Dreiviertel aller Stimmen

Nationalversammlung in Weimar 1919. Mitglieder der Nationalversammlung auf dem Balkon des Nationaltheaters.

zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt wurde.

In seiner Antrittsrede vor der Nationalversammlung führte Friedrich Ebert aus:

Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.

Zwei Tage darauf ernannte Friedrich Ebert die erste Reichsregierung, der unter dem Vorsitz von Philipp Scheidemann (SPD) u. a. Hugo Preuß (DDP) als Reichsinnenminister, Graf Brockdorff-Rantzau (parteilos) als Reichsminister des Auswärtigen, Gustav Noske (SPD) als Reichswehrminister und Matthias Erzberger (Zentrum) als Reichsminister ohne Geschäftsbereich angehörten.

6. Die Weimarer Verfassung

Bereits im November 1918 hatte Friedrich Ebert den Berliner Staatsrechtslehrer Prof. Hugo Preuß mit der Vorbereitung einer neuen Reichsverfassung beauftragt. Dieser Entwurf, der stark unitarischen Charakter trug und auch die Auflösung des Landes Preußen vorsah, löste in der Nationalversammlung lebhafte Debatten zwischen Zentralisten und Föderalisten aus. In deren Verlauf blieben zwar der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die meisten Länder bestehen, doch wurden die Zuständigkeiten der Reichsgewalt in bezug auf Gesetzgebung und Verwaltung beachtlich erweitert. Besonders spürbar wirkte sich dies aus in der neugeschaffenen Reichsfinanzverwaltung, wodurch das Reich eine starke Finanzhoheit erhielt und aufhörte, ein „lästiger Kostgänger und mahnender Gläubiger" der Einzelstaaten zu sein.

In einer eindrucksvollen Präambel wurden Sinn und Ziele der Verfassung umschrieben: "Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

Gegliedert ist die Weimarer Reichsverfassung in ihrer endgültigen Form in zwei Hauptteile: 1. Aufbau und Aufgaben des Reiches, 2. Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Sie beruht auf dem Grundsatz der Volkssouveränität; die bisherigen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot werden in Anknüpfung an die Tradition von 1848 durch Schwarz-Rot-Gold ersetzt; die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts. Reichsrecht bricht Landrecht, jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben.

Im Mittelpunkt des politischen Lebens steht als Legislative der Reichstag, dessen Abgeordnete in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf vier Jahre gewählt werden. (Das Verhältniswahlrecht, an dessen Einführung gleich zu Anfang scharfe Kritik geübt wurde, sollte sich als eine sehr fragliche Neuerung erweisen, da die Bedeutung der Persönlichkeit bei den Wahlen in den Hintergrund geriet, die Beziehung zwischen Abgeordnetem und Wahlkreis sich stark lockerte und außerdem die Entstehung von allzu vielen kleinen und kleinsten Parteien begünstigt wurde, was die Regierungsbildung oft erschwerte und häufig wechselnde Koalitionen zur Folge hatte.)

Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen. Der Reichsrat, der Rechtsnachfolger des Bundesrates der Bismarckschen Reichsverfassung, besitzt nur noch beratende Funktion sowie ein eingeschränktes Einspruchsrecht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze.

Die Möglichkeit, das Volk direkt entscheiden zu lassen, ist durch die Einrichtungen des Volksbegehrens und des Volksentscheids vorgesehen.

Die Exekutive obliegt dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Die Rechtsstellung des Reichspräsidenten war sehr stark. Er war als eine Art „Ersatzkaiser" gedacht. Gegen erhebliche Bedenken der SPD wurde die insbesondere von dem angesehenen Soziologen Max Weber befürwortete direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk beschlossen, als ein Gegengewicht unmittelbarer Demokratie gegen den „geradezu blinden Köhlerglauben an die Unfehlbarkeit und Allmacht der Mehrheit – nicht etwa des Volkes, sondern der Parlamentarier".

Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Er vertritt das Reich völker-

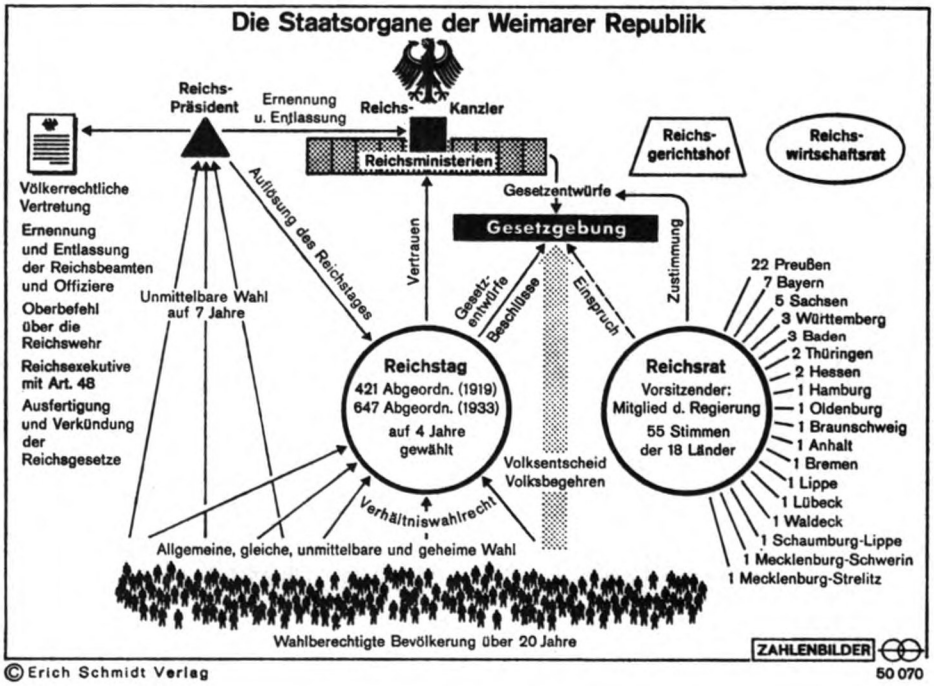
Die erste Sitzung des neuen Kabinetts im Schloß zu Weimar. Stehend: Professor Dr. Hugo Preuß, der den ersten Verfassungsentwurf ausgearbeitet hatte.

rechtlich, er schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er ernennt und entläßt den Reichskanzler, die Reichsminister, die Reichsbeamten und die Offiziere, er hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches. Er kann den Reichstag auflösen. Er hat schließlich auf Grund des Artikels 48 die sogenannte „Diktaturgewalt": d. h. er kann, „wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten"; er kann vorübergehend wichtige Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen; er kann Notverordnungen erlassen. Das Nähere sollte nach Absatz 5 ein Reichsgesetz bestimmen; dieses ist jedoch nie zustande gekommen.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern. Diese bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht. Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. (In der Praxis erwies sich dieses Recht als sehr problema isch, da der Kanzler nicht nur auf seine eigene Fraktion und seine häufig wechselnden Koalitionspartner, sondern auch auf den Reichspräsidenten Rücksicht nehmen mußte, der ihn jederzeit entlassen konnte.)

Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut. Sie sind unabhängig und nur den Gesetzen unterworfen. Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Ein Reichsverfassungsgericht ist nicht vorgesehen, lediglich ein Staatsgerichtshof zur Anklage des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers oder der Reichsminister, falls diese schuldhaft die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzten. (Durch Gesetz vom 21. 7. 1922 wurde nach der Ermordung Rathenaus beim Reichsgericht ein „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" errichtet. Er entschied unter anderem bei Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform und Attentaten gegen Mitglieder der Regierungen des Reiches und der Länder.)

Im zweiten Hauptteil der Verfassung greift die Nationalversammlung auf die klassischen liberalen Grundrechte des 19. Jahrhunderts zurück, wie Rechtsgleichheit, Freizügigkeit, Freiheit der Person, Recht der freien Meinungsäußerung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Recht der freien Religionsausübung, Petitionsrecht, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses. Sie



© Erich Schmidt Verlag

erweitert jedoch dieses Verzeichnis durch Schutzbestimmungen für Ehe, Familie, die menschliche Arbeitskraft, Beamtenrechte und Religionsunterricht, ferner durch sozialpolitische Rechte und Pflichten über Eigentum, Bodenverteilung und Bodennutzung, Wohnungswesen und Versicherung. Nach Art. 156 kann das Reich „für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen". Den Arbeitern und Angestellten werden zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten in Aussicht gestellt.

Viele grundrechtliche Bestimmungen hatten jedoch lediglich deklaratorischen Charakter und blieben ein „Katalog guter Vorsätze".

Das Verfassungswerk als Ganzes wurde am 31. 7. 1919 in namentlicher Abstimmung von der Nationalversammlung angenommen und am 11. 8. 1919 vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung war ein Kompromiß zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft; sie hat die Reichseinheit trotz gefährlicher Krisen erhalten und dem staatlichen Leben eine neue Grundlage gegeben, wenn auch manche Bestimmungen sich gegenüber den schweren innen- und außenpolitischen Belastungen als nicht realistisch genug erweisen sollten.

Die Verfassung war der damaligen politischen Wirklichkeit zu wenig angemessen, denn die Mehrzahl der Deutschen vermochte es nicht, in so kurzer Zeit aus Untertanen des Obrigkeitsstaates sich zu freien republikanischen Staatsbürgern zu entwickeln. Die Verfassung umschrieb weit mehr Rechte als Pflichten und rechnete zu wenig mit der Massivität ihrer Gegner, die sofort die auch ihnen großzügig gewährten Grundrechte zu einem heimtückischen und brutalen Kampf gegen Staat und Verfassung selber mißbrauchten. Die Weimarer Verfassung ist trotz aller Bemühungen nie populär geworden. Der größere Teil des deutschen Bürgertums verhielt sich ablehnend oder gleichgültig, die ehemals herrschenden Kreise aus dem kaiserlichen Deutschland zeigten mit wenigen Ausnahmen eine erbitterte Feindschaft, ehrlich und aufrichtig hinter dem neuen republikanischen Staat standen nur die in der SPD und in den Gewerkschaften organisierten deutschen Arbeiter und die bürgerlichen Linkskreise aus der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei und aus dem Zentrum.

7. Der Vertrag von Versailles

Es kam alles darauf an, daß sich die junge Demokratie einen einigermaßen erträglichen Friedensvertrag erkämpfte, der für sie eine Starthilfe bedeutete und nicht ihre Schwierigkeiten ins Unermeßliche vergrößerte. Diese Hoffnung erwies sich leider als eine arge Illusion. Im Vertrauen auf die vierzehn Punkte Wilsons, auf einen Frieden der Gerechtigkeit, gegründet auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, hatte das deutsche Volk die Waffen niedergelegt. Aber dieses Vertrauen sollte grausam enttäuscht werden. Der amerikanische Präsident Wilson, der die europäischen Verhältnisse nur ungenau kannte, vermochte sich auf der Pariser Friedenskonferenz nicht durchzusetzen. Die konsequente Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker war außerdem in Osteuropa unmöglich, da es hier keine klaren Grenzen zwischen den Völkern gab.

Was dann im Versailler Vertrag dem deutschen Volk an Friedensbedingungen auferlegt und zugemutet wurde, übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Fast noch unerträglicher als die territorialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen und die militärische Entwaffung wirkten auf das deutsche Volk die moralische Diffamierung, der Versuch einer Auslieferung von sogenannten Kriegsverbrechern und das in Art. 231 erzwungene Bekenntnis, Deutschland und seine Verbündeten seien schuld am Ausbruch des Krieges und infolgedessen auch für alle Schäden verantwortlich. Dieser Kriegsschuldartikel hat in Deutschland all den politischen Gruppen, die mit dem Versailler Vertrag zugleich die deutsche Republik bekämpfen und zerstören wollten, hervorragende Dienste geleistet.

Die deutsche Delegation zur Friedenskonferenz, die unter der Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau stand, sah sich, wie befürchtet, vollendeten Tatsachen gegenübergestellt. Ohne daß sie an den Verhandlungen beteiligt wurde, überreichten ihr die Sieger am 7. Mai 1919 in Versailles das fertige Vertragswerk. Eine mündliche Verhandlung über den Text wurde von den Siegern nicht zugelassen. Die deutschen schriftlichen Gegenvorschläge hatten nur teilweise Erfolg. Insgesamt verlor das Reich ein Siebtel seines Gebiets und ein Zehntel seiner Bevölkerung.

Nur die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrags können hier kurz veranschaulicht werden: An der deutschen Westgrenze mußten Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben, Eupen, Malmedy und Moresnet an Belgien abgetreten werden. Das Saargebiet wurde auf fünfzehn Jahre der Verwaltung einer Völkerbundskommission unterstellt. Im Norden ging Nordschleswig in dänischen Besitz über.

Am einschneidendsten waren die Grenzneuregelungen für die deutsche Ost- und Südostgrenze. Da die vierzehn Punkte Wilsons die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer vorsahen, wurden fast ganz Posen und Westpreußen aus dem Deutschen Reich ausgegliedert und die Provinz Ostpreußen durch einen breiten Korridor vom übrigen Reich getrennt. Danzig wurde „Freie Stadt", aber in das polnische Zollgebiet eingegliedert und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Ebenfalls in polnischen Besitz ging das wertvolle Industriegebiet von Ostoberschlesien über, die neuerstandene Tschechoslowakei erhielt das Hultschiner Ländchen. Das Memelland wurde im Januar 1923 von Litauen besetzt und dann als autonomes Gebiet dem litauischen Staate einverleibt.

Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident der Weimarer Republik.

In Übersee gingen sämtliche deutschen Kolonien verloren. Für die Kriegsentschädigung wurde noch keine Summe festgesetzt. Eine alliierte Reparationskommission sollte bis 1921 die Schäden ermitteln und einen Plan für die deutschen Zahlungen aufstellen. Darüber hinaus waren umfangreiche Sachlieferungen vorgesehen. Die Entwaffnung Deutschlands sollte die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen.

Nachdem der Gesamtinhalt des Vertrages in Deutschland bekannt geworden war, erhob sich ein unbeschreiblicher Sturm allgemeiner und grenzenloser Empörung. Eine Protestkundgebung reihte sich an die andere. Die Regierung Scheidemann trat zurück, um nicht unterzeichnen zu müssen. Auch der Reichspräsident Ebert erwog zeitweise seinen Rücktritt. Eine Konferenz höherer Offiziere, die der Reichswehrminister Noske einberufen hatte, kam jedoch zu dem Ergebnis, daß bei Nichtunterzeichnung und Wiederaufnahme der Kampfhandlungen nicht die geringste Aussicht auf erfolgreichen militärischen Widerstand bestehe.

Erzberger hat in seinen Memoiren folgende dramatische Schilderung des Kampfes um Annahme oder Nichtannahme des Friedensvertrages entworfen (S. 380):

Man gab sich der Hoffnung hin, daß die Entente ein Entgegenkommen tätigen würde. Da traf die Nachricht von der Versenkung der deutschen Kriegsflotte in Scapa Flow und der in Berlin vollzogenen Verbrennung der 1870/71 eroberten französischen Kriegsfahnen in Paris ein; dies hat, wie mir einige Tage darauf französische, englische und italienische Diplomaten mitteilten, jede Aussicht auf ein Entgegenkommen vereitelt. Sonntagnacht lief die Antwort ein, daß die Zeit der Verhandlungen vorüber sei und daß eine

unzweideutige Erklärung über Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung bis Montag (23. Juni) abends 7 Uhr in Versailles abzugeben sei.

Damit war wiederum eine neue Lage geschaffen, indem nun zu entscheiden war, ob bedingungslos anzunehmen oder abzulehnen sei. Die Mehrheitssozialisten beschlossen die bedingungslose Annahme. In der Zentrumsfraktion war man noch in der Beratung, als die erste Militärrevolte der Offiziere in der neuen Republik einsetzte. Nur so kann man das Verhalten von Offizieren an diesem Tage bezeichnen; denn während der Fraktionssitzung erschien General von Märker, dem der Schutz der Nationalversammlung anvertraut war, im Auftrag des Offizierskorps der Reichswehr bei dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, um diesem zu erklären, daß für den Fall der Annahme des Friedens das Offizierskorps der Reichswehr nicht hinter der Regierung stehe und für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sich nicht mehr verbürgen könne.

In der kaum mehr überschaubaren Situation des kritischen 23. Juni setzte sich Friedrich Ebert dann telefonisch mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung, um deren Meinung zu hören. Hindenburg ließ sich nicht sprechen und verließ das Zimmer. Groener aber gab „nicht als erster Generalquartiermeister, sondern als Deutscher" folgenden Rat: „Die Wiederaufnahme des Kampfes ist nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos. Der Friede muß daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden."

Daraufhin wurde die nur aus Vertretern der SPD und des Zentrums neugebildete Reichsregierung Bauer-Erzberger von der Nationalversammlung ermächtigt, den Diktatfrieden bedingungslos zu unterzeichnen. Die Oppositionsparteien gaben Ehrenerklärungen ab, daß sie die vaterländischen Beweggründe der Abgeordneten und Parteien, die mit Ja gestimmt hatten, anerkennen.

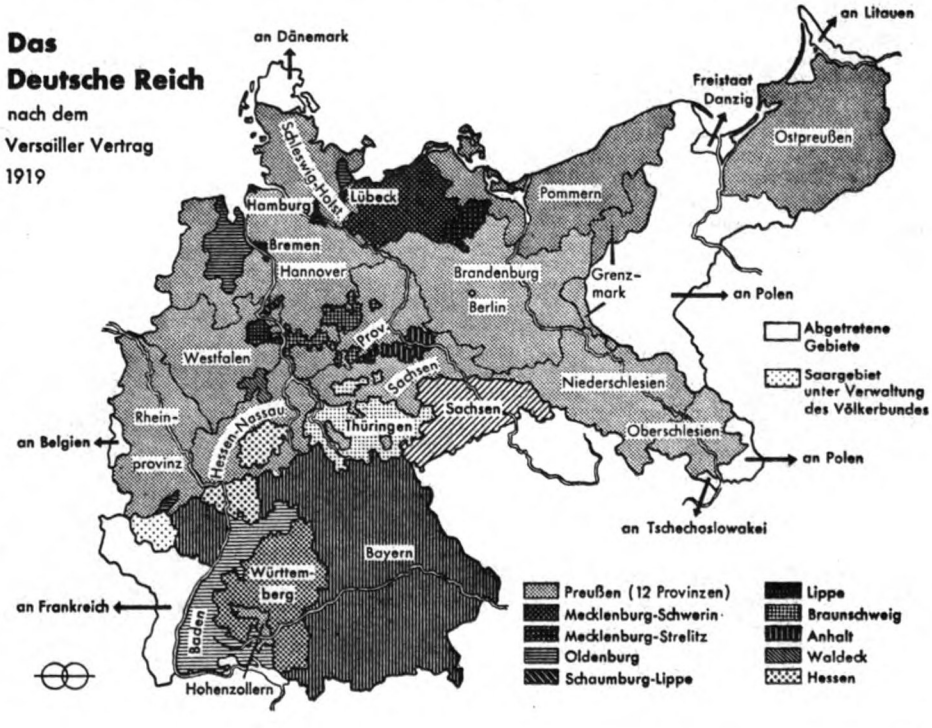
Erzberger berichtet noch folgende aufschlußreiche Einzelheiten über den Verlauf des 23. Juni in Weimar:

In den bangen Stunden des Montagvormittags und -nachmittags habe ich mancherlei Helden, die später gegen mich und das Kabinett nicht heftig genug sich aussprechen konnten, mit schlotternden Knien gesehen; ein baumlanger Abgeordneter rief, daß die Halle der Nationalversammlung dröhnte: ‚Wo ist mein Auto? Wo ist mein Auto? Ich muß sofort abreisen. Heute nacht kommen die französischen Flieger!' Diese und ähnliche Szenen waren nicht die einzigen ... Ein gegen mich geplanter Attentatsversuch von Reichswehrangehörigen am Abend dieses Tages mißlang; wenige Tage darauf wurde nachts mein Arbeitszimmer im Finanzministerium beschossen und ein Zimmer, in welchem man mein Schlafzimmer vermutete, durch eine Handgranate verwüstet. *(Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 382 f.)*

Am 28. Juni wurde im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles der Vertrag durch die Reichsminister Müller und Bell unterzeichnet. Er trat am 10. Januar 1920 in Kraft. Die schlimmste Folge der Annahme des Versailler Vertrages war nach dem Urteil des amerikanischen Historikers Klaus Epstein „die völlige Diskreditierung der Weimarer Republik in breiten Kreisen der Bevölkerung, vor allem der Ober- und Mittelschicht".

Abreise der deutschen Friedensdelegation nach Versailles. Vorne links: Graf Brockdorff-Rantzau.

Die historische Sitzung der Friedensverhandlungen in Versailles am 7. 5. 1919.



8. Der Kapp-Putsch und seine Folgen

Durch den Versailler Vertrag waren die Armee und das Offizierskorps besonders schwer betroffen. Gemäß den Vertragsbestimmungen sollte das deutsche Heer bis 31. März 1920 auf 100 000 Mann vermindert werden. Das bedeutete, daß mehrere hunderttausend Soldaten und über 20 000 aktive Offiziere auf die Straße gesetzt wurden, ohne Aussicht, im Wirtschaftsleben eine feste Position zu finden. Diese hatten sich meist in den sogenannten Freikorps zusammengefunden, die sehr verschieden geartet waren und nur zum Teil in die Reichswehr übernommen werden konnten. Sie wehrten sich begreiflicherweise gegen ihre Auflösung. Eine besonders haßerfüllte Stimmung gegen die Regierung herrschte in der Marine-Brigade Ehrhardt und bei den sogenannten Baltikumern, denen im Baltikum Siedlungsland versprochen worden war, ein Versprechen, das nicht eingelöst werden konnte.

Im Winter 1919/20 verdichteten sich die Anzeichen, daß aktivistische Rechtskreise, die sich mit Freikorpsführern und höheren Reichswehrkommandeuren verbündet hatten, nicht länger gewillt waren, den Verlust ihrer politischen und gesellschaftlichen Stellung widerstandslos hinzunehmen. Der führende Politiker des Kreises war der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp aus Königsberg. Von ihm entwirft Erich Eyck folgende Charakteristik:

Kapp war während des Krieges einer der schlimmsten Schreier gewesen und hatte sich besonders durch seine giftigen Angriffe auf v. Bethmann Hollweg hervorgetan. Er hatte die Vaterlandspartei gegründet und war nach dem Zusammenbruch in den Hauptvorstand der Deutschnationalen Partei als Vertreter Ostpreußens delegiert worden, allerdings ohne zu den Sitzungen zu erscheinen . . . Er war von einem maßlosen Ehrgeiz besessen, der im umgekehrten Verhältnis zu seiner politischen Begabung stand. Im Sommer 1919, nach der Annahme des Versailler Vertrages, wollte er von Ostpreußen aus einen Krieg gegen Polen anfangen und die Provinz Posen zurückerobern. Als ihm selbst die Militärs klar machen mußten, daß das Unsinn war und daß auch in Ostpreußen die Bevölkerung keinen neuen Krieg wollte, begann er auf einen innerpolitischen Umsturz hinzuarbeiten, ohne dabei aber selbst bei den rechtsstehenden Politikern viel Gegenliebe zu finden . . . Dafür fand er ein williges Ohr bei dem schon ziemlich betagten General Freiherr von Lüttwitz, dem Führer des Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin. (*Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, S. 203 f.*)

Im Truppenlager Döberitz entschlossen sich die Verschwörer, in der Nacht vom 12./13. März 1920 den Marsch nach Berlin anzutreten und offen den Kampf aufzunehmen. Die Reichsregierung aber wurde von der Berliner Reichswehr im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen. Als der Reichswehrminister Noske in der Nacht vom 12. zum 13. März die Meldung erhielt, daß die Marinebrigade auf Berlin marschiere, rief er die leitenden Offiziere seines Ministeriums zusammen. Hierüber berichtet er folgendes:

Kundgebung!

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg i. Pr. übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und gleichzeitig als Reichswehrminister wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr von Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr v. Lüttwitz
General der Infanterie

Kapp
Generallandschaftsdirektor

In meinem Zimmer saßen und standen General Reinhardt, mein Stabschef Major von Gilsa, die Generale von Seeckt, von Oldershausen, von Oven, Admiral von Trotha, mehrere andere Offiziere und der Ministerialdirektor Rauscher. Die Folgen des Putsches setzte ich den Herren kurz auseinander: Die Marine gebe dem Reich vielleicht den Rest, das Offizierskorps könne sich als erledigt betrachten. Doch dürfe man auch jetzt den Mut nicht sinken lassen. Meiner Aufforderung, zu den Truppen zu gehen und sie zum Kampfe zu führen, wollten jedoch nur General Reinhardt und Major von Gilsa entsprechen. Die übrigen Herren machten Einwände, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen, Polizeioffiziere habe man auf dem Weg nach Döberitz gesehen; der Kampf werde höchstens zu einem fürchterlichen Blutbad führen, mit einer unvermeidlichen Niederlage für die zu schwachen Berliner Truppen. Mit dem Gefühl tiefsten Ekels brach ich die Verhandlung ab, rief den Reichskanzler und den Reichspräsidenten an und schlug vor, das Kabinett zusammenzuberufen, das entscheiden möge, was zu tun sei. *(Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209.)*

Den Verlauf des darauf einberufenen nächtlichen Ministerrates beschreibt der damalige Staatssekretär Otto Meißner:

Putschisten verteilen Flugblätter.

Als ich etwa um 4.30 dort eintraf, ist gerade eine lebhafte Debatte über die Frage im Gange, ob man den meuternden Truppen mit der Waffe entgegentreten oder der Gewalt weichen und Berlin verlassen solle. Der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, und mit ihm der Reichswehrminister Noske vertreten nachdrücklich den Standpunkt, daß man mit meuternden Truppen nicht verhandeln könne, sondern auf die Rebellen schießen müsse. Ebert, in der aufgeregten Versammlung der Ruhigste und Besonnenste, fragt den General nach den beiderseitigen Stärkeverhältnissen und erhält die Antwort, daß der mit schweren Waffen ausgerüsteten und über 6000 Mann starken Marinebrigade (Ehrhardt) nur etwa 3000 Mann Reichswehr entgegengestellt werden könnten und die Berliner Sicherheitspolizei mit ihrer mangelhaften Ausrüstung und bei ihrer unsicheren politischen Haltung keine wesentliche Verstärkung für die Regierungstruppen bedeute. Ebert entscheidet darauf in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber, daß von einem Widerstand abzusehen und die bereitgestellten Truppen in die Kasernen zu entlassen seien. General Reinhardt erklärt, daß ein solcher Befehl gegen die Grundsätze der militärischen Ehre verstoße und bittet um seinen Abschied, den ihm Ebert mit Worten des Dankes für seine dem Reich in schwerer Zeit geleisteten Dienste bewilligt.

(Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, S. 86.)

Die Reichsregierung beschloß, Berlin zu verlassen und begab sich zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart. Am Morgen des 13. März rückte die Marinebrigade Ehrhardt mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm in aller Frühe durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Unter der kleinen Gruppe von Eingeweihten, die sich dort versammelt hatte, befand sich auch der General Ludendorff. Aber der neue „Reichskanzler" Dr. Kapp wußte, wie Erich Eyck anschaulich schildert, mit der Macht, die ihm plötzlich in die Hände gefallen war, nicht mehr anzufangen, als ein paar Verhaftungen vorzunehmen, ein paar törichte Proklamationen zu verkünden und im übrigen seine Soldaten im Stahlhelm und mit Handgranaten in den Straßen Berlins paradieren und zuweilen auch schießen zu lassen.

Von dem Tohuwabohu, das in den Kapp-Tagen in der Reichskanzlei herrschte, haben die der Rebellion geneigten Zeugen vor Gericht die drastischsten Schilderungen entworfen. Niemand leitete, niemand wußte, was los war, niemand hatte einen Plan. Nur die zahllosen Ämterjäger, die sich in der Wilhelmstraße einfanden, wußten, was sie wollten ... Gescheitert ist der Putsch vornehmlich an zwei Widerständen, dem Generalstreik der Arbeiter und der Weigerung der höheren Ministerialbeamten, mit den Hochverrätern gemeinsame Sache zu machen. Nicht nur zum Kriegführen, auch zum Revolutionmachen braucht man Geld, und so verlangte Kapp von der Reichsbank zehn Millionen Mark. Aber ... die Unterschrift des ‚Reichskanzlers Kapp' schien dem Kassierer der Reichsbank doch nicht die erforderliche bankmäßige Sicherheit zu bieten.

(Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, I. S. 206 f.)

Viel stärkere Wellen schlug der Generalstreik. Alle öffentlichen Betriebe Berlins standen still, keine Straßenbahn lief, keine Zeitung erschien. Seeckt blieb einfach zu Hause und ließ die laufenden Dienstgeschäfte durch untergeordnete Offiziere erledigen.

Nach vier Tagen sah Kapp, daß es aus war. Da die Reichsregierung sich weigerte, mit ihm zu verhandeln, blieb ihm nichts anderes übrig, als am Morgen des 17. März seinen „Rücktritt" zu erklären und nach Schweden zu flüchten. Am Abend desselben Tages zog auch die Brigade Ehrhardt wieder ab. Die geschichtliche Bedeutung des Kapp-Putsches besteht darin, daß er das zwiespältige Verhältnis zwischen Republik und Reichswehr aufzeigte. Bisher war die bewaffnete Macht nur gegen Links eingesetzt worden, im Kapp-Putsch wurde der Staat von Rechts bedroht.

Die ungeheure Erregung, die dieser Putsch in der Arbeiterschaft hervorgerufen hatte, versuchten die Kommunisten für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Im Ruhrgebiet brach ein großer Aufstand der Arbeiterschaft aus, dessen Führung rasch in radikale Hände geriet. Die Bevölkerung mußte entsetzliche Wochen der Angst, Plünderung und Mißhandlung durchmachen. Schließlich wurden starke Reichswehreinheiten zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt, und die von diesen dabei begangenen Ausschreitungen blieben nach dem Urteil Carl Severings „hinter den Schreckenstaten der Rotgardisten leider nicht zurück".

Da sich die Operationen von Reichswehr und Sicherheitspolizei auch auf die entmilitarisierte Zone erstreckten, wurde dies für

Kapitän Ehrhardt (links) mit Offizieren während des Kapp-Putsches in Berlin.

Soldaten hissen die kaiserliche Reichskriegsflagge am Wilhelmsplatz in Berlin.

Frankreich zum Anlaß, Frankfurt, Darmstadt und Teile des Maingaues vorübergehend zu besetzen.

Ein Bürgerkrieg voll der Schrecken spielte sich auch in Sachsen-Thüringen ab. Hier hatte der steckbrieflich gesuchte Schwerverbrecher Max Hölz im Vogtland eine kommunistische Armee aufgestellt, die wie eine Schar von Mordbrennern hauste. Reichswehr und studentische Freiwilligenverbände mußten zum förmlichen Krieg gegen sie eingesetzt werden. Auch auf diesem Schauplatz wurden von beiden Seiten schwere Greuel begangen.

Die Ereignisse im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland vertieften die schon bestehende Kluft zwischen bewaffneter Macht und Arbeitern, aber auch zwischen Arbeitern und akademischer Jugend.

Dem Ansehen der Reichsregierung fügten sie schweren Schaden zu. Der Reichswehrminister Noske wurde bereits am 25. März von seinen eigenen Parteifreunden zum Rücktritt genötigt, weil er seinen Generalen allzu großes Vertrauen geschenkt und die Reichswehr gegen die Brigade Ehrhardt versagt hatte. An seine Stelle trat für die nächsten acht Jahre der zur Deutschen Demokratischen Partei gehörende frühere Nürnberger Oberbürgermeister Geßler. Chef der Heeresleitung wurde General von Seeckt, der nun begann, sein Programm der „Entpolitisierung" der Reichswehr zu verwirklichen: Die Armee sollte über den Parteien stehen und aus der Politik herausgehalten werden. Auf die Frage nach der innenpolitischen Zuverlässigkeit der Reichswehr pflegte Seeckt zu antworten:

Ob sie zuverlässig ist, weiß ich nicht, aber sie gehorcht mir. *(Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, S. 119.)*

Die SPD aber konnte die Stellung, die sie durch Noske innegehabt, nie wieder zurückgewinnen. Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition für immer ihre parlamentarische Mehrheit, die Hauptgewinner waren die radikalen Flügelparteien auf der Rechten und auf der Linken:

Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920

		%
Kommunistische Partei	4	2,0
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	84	18,0
Sozialdemokratische Partei	102	21,6
Deutsche Demokratische Partei	39	8,4
Zentrum	64	13,6
Bayerische Volkspartei	21	4,2
Deutsche Volkspartei	65	14,0
Deutschnationale Volkspartei	71	15,1
Splitterparteien	9	3,1
Gesamtzahl der Mandate	459	

Ernst Troeltsch sah das Ergebnis der Wahl in der „Zertrümmerung der die neue Verfassung tragenden Mitte". Trotz des starken Rechtsrucks war eine Koalition zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei nicht möglich. Andererseits erhielten die Anhänger des Sozialismus insgesamt (Kommunistische Partei Deutschlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Sozialdemokratische Partei Deutschlands) auch künftig niemals die Mehrheit der Wählerstimmen. Ein normales Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition hat nie zustande kommen können. Es blieben nur die Möglichkeiten, relativ homogene Minderheitsregierungen zu bilden. Häufige Regierungswechsel waren die unvermeidbaren Folgen. Diese Unstabilität wirkte sich vor allem ungünstig auf die Behandlung der schwierigen außenpolitischen Probleme aus.

9. Der Vertrag von Rapallo

Infolge der Unerbittlichkeit der alliierten Reparationsforderungen, die Deutschland auch beim besten Willen damals nicht erfüllen konnte, war es verständlich, daß man sich ernsthaft die Frage stellte, ob man nicht durch eine radikale Änderung der deutschen Außenpolitik, das heißt durch eine engere Anlehnung an Rußland, mit einem Schlage aus allen Schwierigkeiten herauskommen könne. Bereits auf dem Sowjetkongreß im Dezember 1920 hatte Lenin verkündet, daß das durch den Versailler Vertrag bedrückte Deutschland „naturgemäß in das Bündnis mit Rußland getrieben werde". Darauf antwortete der damalige Reichsaußenminister Simons in einer großen Reichstagsrede im Januar 1921, der Kommunismus sei an sich kein Grund dafür, daß eine bürgerliche Regierung mit einer Sowjetregierung nicht zusammenarbeiten könne und sprach seinen „aufrichtigen Wunsch" aus, möglichst bald zu einer Zusammenarbeit mit Rußland zu kommen.

Dieser Gedanke fand seine Verwirklichung in dem Vertrag von Rapallo, der im April 1922 zwischen dem Reichskanzler Wirth und seinem Außenminister Rathenau einerseits und dem sowjetrussischen Außenkommissar Tschitscherin andererseits abgeschlossen wurde. Deutschland erkannte die Sowjetregierung als die einzige legitime Vertretung Rußlands an. Beide Regierungen verzichteten gegenseitig auf Ersatz ihrer Kriegskosten und Kriegsschäden. Entscheidend für die deutsche Delegation war, daß auf der Konferenz von Genua die Gefahr drohte, Rußland werde sich der Front der alliierten Reparationsgläubiger anschließen, was für Deutschland eine erneute Belastung und verhängnisvolle Isolierung zur Folge gehabt hätte.

Diese Gefahr war allerdings ziemlich fiktiv, weil Sowjetrußland in einem scharfen Gegensatz zu den führenden Westmächten stand. Sie wurde aber vom Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Freiherr von Maltzan, bewußt hochgespielt.

Dieser Vertragsabschluß war damals eine Weltsensation, seine Bedeutung und sein Wert blieben im In- und Ausland umstritten. Auch die Deutschland wohlgesinnten Staatsmänner der Westalliierten waren empört, obgleich der deutsche Außenminister sofort erklärte, man habe die Interessen der Westmächte nicht brüskieren und keine Option für Rußland gegen den Westen vornehmen wollen. In Deutschland hegten Reichswehr und Rechtsparteien die übertriebensten Hoffnungen, im Bündnis mit Rußland Polen zu zerschlagen und die Fesseln von Versailles zu zerbrechen, eine Politik, vor der der neue deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Brockdorff-Rantzau, nachdrücklich warnte. Wie

Reichskanzler Wirth (2. von links) im Gespräch mit dem sowjetischen Außenkommissar Tschitscherin (mit Mappe) während der Rapallo-Verhandlungen.

widersprüchlich der Vertrag beurteilt wurde, zeigen die beiden folgenden Dokumente:

Aus einer Denkschrift des Grafen Brockdorff-Rantzau: (15. 7. 1922)

...Der schwere Nachteil des Rapallo-Vertrages liegt in den Befürchtungen, die an ihn anknüpfen...

Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt. Verfrüht ist sie, weil wir ebenso wie Rußland wirtschaftlich noch außerstande sind, uns auf ein derartiges Experiment einzulassen. Gefährlich ist sie, weil wir uns der völlig skrupellosen Sowjetregierung, durch Abmachungen, die uns militärisch verpflichten, in die Hand geben...

Aussichtslos ist die Politik, weil wir bei einem Angriff Rußlands auf Polen – und diese Kombination kann doch nur ernsthaft in Frage kommen – im Westen dem französischen Einmarsch nahezu wehrlos gegenüberstehen würden...

Selbst wenn es den Russen gelingen sollte, Polen zu überrennen, würden wir Deutschland als Schlachtfeld für die Auseinandersetzungen zwischen dem Osten und dem Westen ausliefern, denn wir wären niemals in der Lage, unsere Westgrenze zu schützen, und es ist eine Utopie, anzunehmen, daß wir bei der unendlichen numerischen und technischen Überlegenheit Frankreichs auf militärischem Gebiet die Westgrenze bis zum Eintreffen der Russen halten könnten, ganz abgesehen von der zweifelhaften Annehmlichkeit, diese roten Bundesgenossen im eigenen Lande beherbergen zu müssen; sie kommen nicht zu unserer Hilfe im dem Befreiungskampf gegen die Entente, sondern sie kommen, um die Grenzen Asiens bis an den Rhein vorzuschieben...

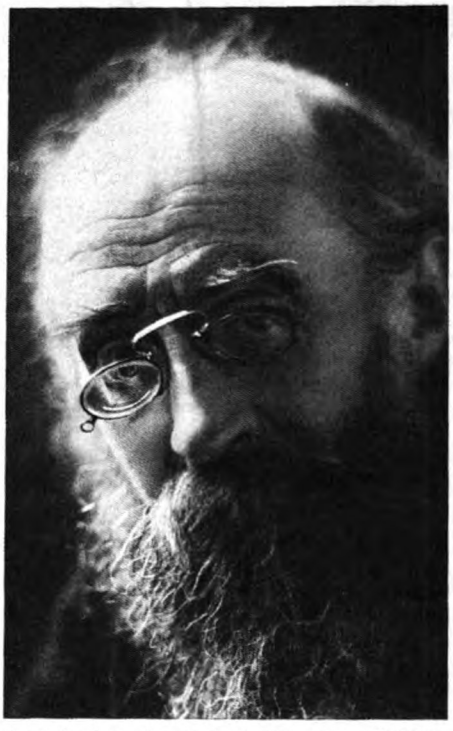
Aus der Stellungnahme des Generals von Seeckt (11. 9. 1922):

Deutschland muß aktive Politik treiben. Das muß jeder Staat... Die ganze Versöhnungs- und Verständigungspolitik gegenüber Frankreich ist aussichtslos...

Mit Polen kommen wir nun zum Kern des Ostproblems. Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe. Polen ist für Rußland noch unerträglicher als für uns; kein Rußland findet sich mit Polen ab. Mit Polen fällt eine der stärksten Säulen des Versailler Friedens, die Vormachtstellung Frankreichs. Dieses Ziel zu erreichen muß einer der festesten Richtpunkte der deutschen Politik sein, weil er erreichbar ist. Erreichbar nur durch Rußland oder mit seiner Hilfe... Rußland und Deutschland in den Grenzen von 1914 sollte die Grundlage einer Verständigung zwischen beiden sein...

Der Zug Frankreichs durch Deutschland zur Unterstützung Polens ist ein Unding, solange Deutschland nicht freiwillig mittut... Der Krieg zwischen Frankreich und Rußland am Rhein ist ein politischer Kinderschreck...

Zu den Kritikern des Vertrages gehörte, wie Otto Meißner berichtet, besonders der Reichspräsident Ebert, der Wirth und Rathenau den Vorwurf machte, ihn vor dem Vertragsabschluß nicht gehört zu haben,



Kurt Eisner, der erste bayerische Ministerpräsident, wurde am 21. Februar 1919 von einem Studenten ermordet.

Am 26. August 1921 fiel der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger einem Meuchelmord zum Opfer.

wie es seine Stellung als Reichsoberhaupt und völkerrechtlicher Vertreter des Reiches erfordere. Außer diesen formellen Einwendungen erhob Ebert aber auch gegen den Vertrag selbst Bedenken, da er der Moskauer Regierung und der Komintern die beste Gelegenheit gebe, durch ihre Handelsvertreter eine kommunistische Propaganda in Deutschland aufzubauen, die bei der unsicheren Lage Gefahren für den Bestand der Republik in sich berge. Über diese Fragen kam es zu einer starken Spannung zwischen Ebert und Wirth, die die bisher guten Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern störte, mit zu dem Rücktritts Wirths im November 1922 beitrug und auch später nicht mehr überbrückt wurde.

Am 24. Juni 1922 wurde der Reichsaußenminister Walther Rathenau in Berlin auf offener Straße ermordet.

Angesichts dieser widerspruchsvollen Tendenzen und Interessen war es nicht erstaunlich, daß die amtlichen deutsch-russischen Beziehungen auch künftig etwas tastend und unsicher blieben. Die Reichswehr allerdings machte ihre eigene Ostpolitik, die zunächst in aller Heimlichkeit, später ziemlich offen betrieben wurde. Sie erreichte dadurch, daß sie gewisse Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags umgehen konnte, indem sie auf russischem Boden solche militärischen Ausbildungen, Versuche und Rüstungen durchführen ließ, die Deutschland vertraglich verboten waren.

10. Politische Morde und moralische Verwilderung

Eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der Weimarer Republik ist der politische Mord. Die innerpolitische Atmosphäre hatte sich in den Jahren 1919–1923 zu einer derartigen Siedehitze gesteigert, der gegenseitige politische Haß war so maßlos geworden, daß gewisse Kreise im Kampf gegen den politischen Gegner jedes Mittel, auch den Meuchelmord für erlaubt hielten. Von der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war bereits die Rede. Wenige Wochen darauf wurde am 21. Februar 1919 der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner in München von einem Studenten auf der Straße erschossen. Diese Gewalttat löste drei weitere Verbrechen aus:

In der Landtagssitzung desselben Tages wurde der zur SPD gehörende bayerische Innenminister Auer schwer verwundet; ein Major, der den Minister hatte decken wollen, kam in dem Getümmel ums Leben, ebenso ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei. In Sachsen verübten Invaliden am 12. April 1919 an dem dortigen Kriegsminister Neuring einen bestialischen Mord. Ein weiteres Opfer war der bayerische Abgeordnete Gareis, Fraktionsvorsitzender der USPD des Bayerischen Landtags, der am 9. Juni 1921 bei Nacht erschossen wurde. Täter und Motive blieben unbekannt.

Der erste prominente Politiker der Weimarer Republik, der nach mehreren mißglückten Attentaten zwei Monate später am 26. August 1921 im badischen Schwarzwald, wo er Erholung suchte, den Kugeln feiger Meuchelmörder zum Opfer fiel, war der Zentrumsabgeordnete und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger. Die Mörder gehörten der berüchtigten geheimen „Organisation Consul" an, die dem aus dem Kapp-Putsch bekannten Kapitän Ehrhardt unterstand. Nach der Tat erhielten sie falsche Pässe, die ihnen durch den nationalsozialistischen Münchener Polizeipräsidenten Pöhner verschafft wurden. Mit deren Hilfe und mit reichen Geldmitteln ihrer Organisation entkamen sie nach Ungarn und entzogen sich dadurch der deutschen Justiz. Kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung kehrten sie dann nach Deutschland zurück.

Erzberger war aus den verschiedensten Gründen bei den Rechtsradikalen tödlich verhaßt: Er war der Urheber der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917, er war einer der schärfsten Gegner des übersteigerten nationalistischen, nur militärischen Denkens, er wurde hauptsächlich (völlig zu Unrecht!) für die harten Waffenstillstandsbedingungen und für den Versailler Vertrag verantwortlich gemacht. Er hatte es endlich gewagt, als Reichsfinanzminister nach dem verlorenen Krieg auch die besitzenden Schichten stärker als bisher für steuerliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Einer der giftigsten persönlichen Feinde Erzbergers war der deutschnationale Abgeordnete und frühere kaiserliche Staatssekretär Karl Helfferich. Er begnügte sich nicht damit, Erzbergers Politik zu bekämpfen, sondern erhob darüber hinaus die schwersten persönlichen Angriffe gegen dessen Lauterkeit und Wahrhaftigkeit. In einer gehässigen Broschüre „Fort mit Erzberger" bemühte er sich, Erzberger moralisch zu vernichten. Daraufhin stellte Erzberger Strafantrag wegen Beleidigung. Da die Richter der Strafkammer des Landgerichts I Berlin, vor der der Prozeß abrollte, von vornherein gegen Erzberger voreingenommen waren, endete die Verhandlung mit einem vollen Sieg Helfferichs. Er wurde zwar formal wegen Beleidigung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt, aber das Gericht sah den Wahrheitsbeweis für seine gegen Erzberger erhobenen Beschuldigungen in wesentlichen Punkten für erbracht an. Jedenfalls erschien der Sieg Helfferichs als ein Triumph der alten Ordnung, die Niederlage Erzbergers als eine schwere Schlappe der Republik. Das war an dem Tag unmittelbar vor dem Kapp-Putsch.

Fast noch erschreckender als der Erzbergermord selber war der schamlose Jubel, mit dem er von vielen Deutschen aufgenommen wurde. Die darüber vorliegenden Dokumente sind traurige Zeugnisse menschlicher und politischer Verkommenheit.

Erzbergers gewaltsamer Tod machte ihn zum Märtyrer der deutschen Republik und verlieh ihm bei den linksstehenden Massen eine Popularität, die er zu seinen Lebzeiten nie genossen hatte.

(Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, S. 441.)

Kaum hatte sich die Aufregung der Öffentlichkeit über die Ermordung Erzbergers einigermaßen gelegt, da wurde die Republik durch einen weiteren politischen Mord schwerstens bedroht: durch die brutale Beseitigung des Außenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922. Rathenau hatte noch einige Monate zuvor das Deutsche Reich auf der Konferenz von Genua mit glänzender Beredsamkeit vertreten. Er war nicht nur ein hervorragender Wirtschaftsführer, sondern einer der begabtesten Staatsmänner der Republik. Aber er war „Erfüllungspolitiker" und Jude, und das genügte den rechtsradikalen Elementen, um ihn zu vernichten. Am hellichten Tage vormittags zwischen 11 und 12 Uhr wurde Rathenau, als er in Berlin von seiner Wohnung zum Auswärtigen Amt fuhr, von mehreren Attentätern mit einer Maschinenpistole erschossen. Um absolut sicher zu gehen, schleuderten sie dann noch eine Handgranate in den Ministerwagen, so daß der Chauffeur nur noch eine blutende zerfetzte Leiche in die Wohnung zurückbringen konnte. Wiederum waren die Mörder Angehörige der rechtsradikalen „Organisation Consul", wiederum einer von ihnen ein ehemaliger Marineoffizier. Dieses Verbrechen fand allerdings sehr rasch seine Sühne: Der eine Attentäter wurde bei einem Schußwechsel mit der Polizei getötet, der andere beging darauf Selbstmord. Adolf Hitler aber brachte es fertig, den beiden Mördern noch ein Denkmal setzen zu lassen! Der Prozeß gegen mehrere Gehilfen des Meuchelmords enthüllte die zynische Haltung, die in diesen „nationalen Kreisen" herrschte.

Außer Rathenau sind im gleichen Jahr der sozialdemokratische Parteiführer Philipp Scheidemann und der linksstehende Publizist Maximilian Harden Opfer politischer Attentate geworden, wenn sie auch mit dem Leben davonkamen.

Und noch im Dezember 1925 mußten zwei Männer verhaftet werden, die ein Attentat auf Stresemann geplant hatten, nachdem die Hugenberg-Presse diesen wiederholt als „Landesverräter" beschimpft hatte. Stolz berichtete der eine Attentäter, von ihm stamme der Vers „Stresemann, verwese man", und er fügte hinzu: „Die Industrie ist auch gegen den Verräterhund".

Der frühere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Högner hat in seinem Buch „Die verratene Republik" ein düsteres Gemälde entworfen von den Verbrechen der zahlreichen rechtsradikalen Gruppen und Ver-

Dollar-Kurse 1914–1923

	Mark
Juli 1914	4.2
Januar 1919	8.9
Juli 1919	14.0
Januar 1920	64.8
Juli 1920	39.5
Januar 1921	64.9
Juli 1921	76.7
Januar 1922	191.8
Juli 1922	493.2
Januar 1923	17 972.0
Juli 1923	353 412.0
August 1923	4 620 455.0
September 1923	98 860 000.0
Oktober 1923	25 260 208 000.0
15. Nov. 1923	4 200 000 000 000.0

Aus: Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Verlag S. C. B. Mohr, Tübingen 1966.

bände, von ihren geheimen Feme- und Mordorganisationen („Verräter verfallen der Feme"), aber auch von der Schuld der deutschen Kommunisten und nicht zuletzt von dem Versagen eines großen Teiles der deutschen Justiz, die ihre Aufgabe leider nicht in dem Schutz der politischen Persönlichkeiten der Republik und ihrer Einrichtungen erblickte, sondern weit mehr darin, die angeklagten rechtsradikalen Elemente entweder freizusprechen oder zu lächerlich geringen Freiheits- oder Geldstrafen zu verurteilen.

11. Das Krisenjahr 1923

a) Reparationsfrage und Inflation – Das Kabinett Cuno

Hauptstreitpunkt zwischen Deutschland und den Alliierten waren seit Kriegsende die Reparationen. Mehrere Konferenzen haben deswegen stattgefunden, für die namentlich in den ersten Jahren der Republik die harte Konfrontation der Sieger mit den Besiegten kennzeichnend war. Die politische Haltung der jeweiligen deutschen Reichsregierungen war oft schwankend, unklar und problematisch, doch konnte es damals keine Regierung wagen, dem wütend anwachsenden deutschen Nationalismus, der von breiten Volkskreisen geteilt wurde, wirksam genug entgegenzutreten.

Es stellte sich heraus, daß das Reich auch bei stärkster Anstrengung nicht in der Lage war, die von ihm verlangten finanziellen Beträge aufzubringen. Die Geldentwertung, die schon während des Krieges eingesetzt hatte, warf alle Berechnungen und Planungen über den Haufen. Weite Kreise der Bevölkerung, insbesondere des deutschen Mittelstandes, verloren durch die Inflation ihre sämtlichen Rücklagen und Ersparnisse. Nach der Ermordung Rathenaus stürzte die deutsche Währung ins Bodenlose. Dem Reich waren zwar seit August 1922 die Barzahlungen gestundet worden, dafür hatte es aber ziemliche Mengen an Sachgütern zu liefern, unter anderem Kohlen und Telegraphenstangen.

Es ist unbestreitbar, daß die Inflation von gewissen Kreisen in schamloser Weise zu Spekulationen ausgenutzt wurde und daß Männer wie Stinnes den Versuch der Regierung, die Mark zu stützen, sabotierten.

Vergeblich versuchte Reichskanzler Dr. Josef Wirth (linker Zentrumsflügel) durch Annahme des Londoner Ultimatums (Zahlung einer Reparationsschuld von 132 Milliarden Goldmark) den ernsten und entschlossenen Willen zu demonstrieren, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und eine Verständigung mit den Siegermächten herbeizuführen. („Erfüllungspolitik", bisweilen interpretiert als „Nichterfüllung durch Erfüllung". Von Wirth stammt auch das Wort „Erst Brot, dann Reparationen!").

Die schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung, Regierungsparteien und Opposition über die einzuschlagenden Wege ließen es notwendig erscheinen, die parlamentarische Grundlage der Regierung zu verbreitern. Da sich aber die SPD dem Plan Wirths, eine Regierung der Großen Koalition (SPD bis DVP) zu bilden, versagte, trat dieser mit seinem Kabinett im November 1922 zurück. Am Tage des Rücktritts brach wegen der Teuerung in Mittel- und Westdeutschland der Generalstreik aus; er führte zu Unruhen und Plünderungen.

Reichskanzler wurde Dr. Wilhelm Cuno. Er kam aus der Wirtschaft (Generaldirektor der HAPAG), war parteilos, aber politisch rechtsstehend. Als reines Geschäftskabinett gedacht und bezeichnet, umfaßte diese Regierung Angehörige der DVP, des Zentrums, der BVP, der DDP und Parteilose. Sie war eine Regierung der rechten Mitte, die keine Mehrheit im Reichstag besaß und auf die Tolerierung durch die SPD angewiesen war. Der Regierung Cuno gelang es weder, Erleichterungen in der Reparationsfrage zu erreichen, noch die Währung zu sanieren.

b) Ruhrbesetzung und passiver Widerstand

Als Deutschland mit den Sachlieferungen in Verzug geriet, stellte die Reparationskommission am 9. 1. 1923 fest, daß das Reich seine Verpflichtungen nicht erfüllt und sich eine „absichtliche Verfehlung" gegen den Versailler Vertrag habe zuschulden kommen lassen.

Diesen Anlaß benutzte der französische Ministerpräsident Poincaré, ein unversöhnlicher Gegner der Deutschen, um französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen. Unter deren Schutz sollte, so lautete die Begründung, eine französisch-belgische Ingenieurkommission die strikte Durchführung der von der Reparationskommission festgeleg-

Preise im Juni 1923

In den Berliner Markthallen kosteten am 9. Juni 1923:

1 Pfund Rindfleisch	8 500–12 000 Mark
1 Pfund Kalbfleisch	6 800–10 000 Mark
1 Pfund Hammelfleisch	7 000– 9 000 Mark
1 Pfund Schweinefleisch	9 000–10 500 Mark
1 Pfund Molkereibutter	13 000–15 000 Mark
1 Pfund Margarine	7 600– 9 600 Mark
1 Pfund Schmalz	12 000–12 400 Mark
1 Pfund Rindertalg, ausg.	9 200–10 000 Mark
1 Pfund Pflanzenfett, lose	9 000– 9 500 Mark
1 Pfund Speisekartoffeln	112– 130 Mark steig.
1 Pfund Kaffee, geröstet	26 000–36 000 Mark
1 Pfund Tee	30 000–48 000 Mark
1 Pfund Kakao	7 500–14 000 Mark
1 Pfund Zucker	1 400– 1 550 Mark
1 Pfund Weizenmehl	1 900– 2 600 Mark

Am 10. Juni 1923 kosteten in Berlin:

Markenbrot (1900 g)	2 500 Mark
Markenschrippe	80 Mark
Markenfr. Brot (1200 g)	4 500 Mark
Milch, 1 Liter	1 440 Mark
Briketts, 1 Zentner	11 430 Mark (frei Keller)
Gas, 1 cbm	1 200 Mark
Strom (Licht und Kraft)	2 000 Mark

Straßenbahn: 600, Kind 300 Mark (ab Montag)
Hochbahn: III. Kl. 250 und 350 Mark,
Stadtbahn: III. Kl. 400, II. Kl. 800 Mark
Omnibus: 600 und 800 Mark (ab Montag)
Droschken: Kraftdroschke 7000, Pferd 4000 Mark Taxe
Postkarte (Porto): Berlin 20 Mark, außerhalb 40 Mark
Brief (Porto): Berlin 40 Mark, außerhalb 100 Mark
Automatengespräch: 60 Mark

Aus: Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst, Ursachen und Folgen, Bd. IV, S. 532 f.

ten Lieferungen überwachen und den regelmäßigen Fluß der Barzahlungen sichern.

Die britische Regierung distanzierte sich von dem einseitigen Vorgehen Frankreichs und ließ durch ihre Kronjuristen die Völkerrechtswidrigkeit der Ruhrbesetzung feststellen.

Neben den reparationspolitischen Zielen kam es Poincaré vor allem darauf an, die politische Voraussetzung für die Zurückdrängung der deutschen Grenze an den Rhein zu schaffen. Um das für Frankreichs Sicherheit als notwendig betrachtete französische Übergewicht auf eine weniger unsichere Basis zu stellen, schickte er sich an, die nach seiner Auffassung im Versailler Vertrag versäumte dauernde Schwächung Deutschlands jetzt nachzuholen (vgl. Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen, S. 163), eine Art „Rückkehr zum internationalen Faustrecht".

Daraufhin stellte die Reichsregierung die Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien ein, berief ihre Botschafter in Paris und Brüssel ab und forderte die Bevölkerung des besetzten Gebietes zum passiven Widerstand auf.

Den Behörden war es untersagt, Anordnungen der Besatzungsmächte auszuführen; die Arbeiter der besetzten Gruben und Industriebetriebe stellten die Arbeit ein, kein Eisenbahnzug und kein Schiff nach Belgien und Frankreich wurden abgefertigt.

Das deutsche Volk zeigte in der Abwehr der Ruhrbesetzung eine Einigkeit, die Erinnerungen an den August 1914 wachrief. Eine nationale Hochstimmung breitete sich aus. Die streikende Bevölkerung und die in das Reich Ausgewiesenen mußten aber unterstützt werden, während die Einnahmen aus dem Industriegebiet wegfielen.

Diese Politik erwies sich auf die Dauer als undurchführbar, denn die finanzielle Belastung des Reiches war zu groß. Die Zustände im Ruhrgebiet wurden immer unerträglicher. Entgegen den Anweisungen der Reichsregierung gingen zudem nationalistische Fanatiker (Albert Leo Schlageter) zum aktiven Widerstand über. Es gab Sabotageakte, Angriffe auf französische Posten, Brückensprengungen und ähnliche Aktionen, meist durch ehemalige Freikorpsleute. Dieser aktive Widerstand trug viel zur Zerstörung der moralischen Position Deutschlands vor der Weltöffentlichkeit bei.

Deutsche Reparationsleistungen

	Bewertung in Mill. Goldmark bzw. RM durch: *Deutsche Regierung 1932*	*Institute of Economics (USA)*	*Alliierte Reparationskommission*
Bis zum Inkrafttreten des Dawes-Planes 31. 8. 1923	40 689	25 791	8 719
Während der Ruhrbesetzung erzwungene Leistungen	1 370	–	921
Leistungen auf Grund des Dawes-Planes	7 993	–	7 553
Leistungen auf Grund des Young-Planes	3 103	–	2 800
Innere Leistungen Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren	14 518	–	788
Gesamtsumme	67 673	–	20 781

Gekürzt aus: Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik, Hannover und Frankfurt (Main) 1957, S. 73 ff.

Die größten Unterschiede zwischen den Angaben der deutschen Regierung und der Reparationskommission finden sich bei der Bewertung der Sachlieferungen, vor allem der abgelieferten Seeschiffe, des Eisenbahnmaterials, der zurückgelassenen nichtmilitärischen Materialien an den Fronten, des beschlagnahmten deutschen Privateigentums im Ausland und des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten.

c) Die Regierung Stresemann – Rechts- und linksradikale Aufstände

In dieser Lage bildete Gustav Stresemann nach dem Rücktritt des Kabinetts Cuno im August 1923 eine Regierung der Großen Koalition (aus SPD, Deutscher Demokratischer Partei, Zentrum und Deutscher Volkspartei) und verkündete am 26. September den mutigen Beschluß, den passiven Widerstand abzubrechen, damit auf dem Wege der Verhandlung mit Frankreich eine Verständigung erzielt werden könne. Diese Entscheidung Stresemanns bedeutete gewissermaßen für alle Kräfte der Zerrüttung und Zerstörung das Signal zum Losschlagen gegen die „Judenrepublik".

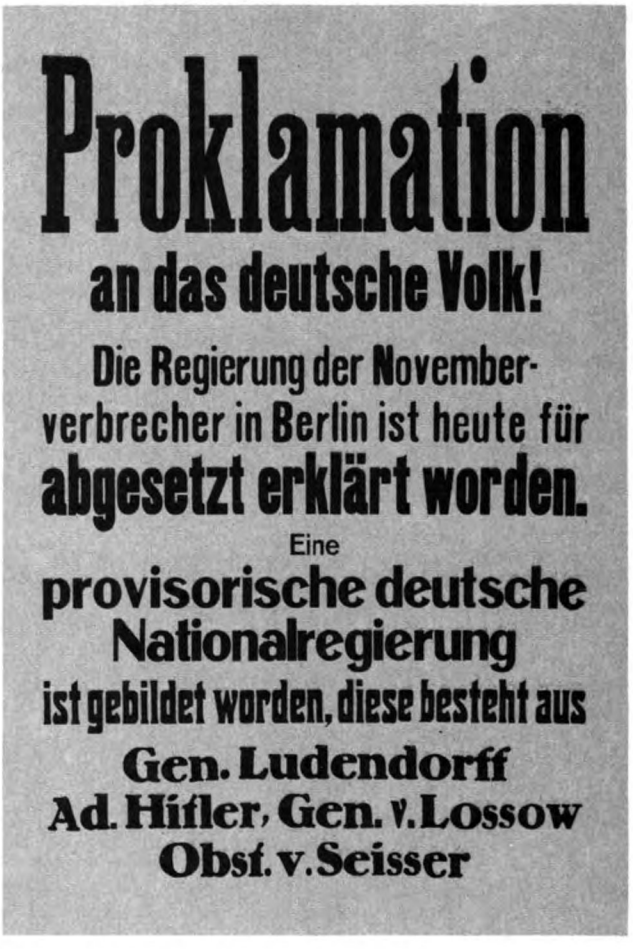
Bereits um die Wende September/Oktober versuchten Teile der „Schwarzen Reichswehr" unter Major Buchrucker in der Festung Küstrin zu putschen. Da die Reichswehr nicht mitmachte, brach das Unternehmen rasch zusammen.

Da im Osten Deutschlands mit einem polnischen Angriff gerechnet wurde, hatte Buchrucker mit Billigung der Reichswehrführung die „Schwarze Reichswehr" aufgestellt, Freiwilligenverbände, die aus Reichswehrmitteln und aus Spenden besonders des Großgrundbesitzes bezahlt wurden, aber geheim bleiben mußten, da sie außerhalb der vom Versailler Vertrag zugelassenen Zahl von 100 000 Soldaten standen. Sie waren meist als „Arbeitskommandos" auf ostdeutschen Gütern untergebracht. Nach 1923 wurde diese Form der illegalen Aufrüstung eingeschränkt.

Schon seit längerer Zeit bestanden Spannungen zwischen dem Reich und Bayern. Letzteres war in eine geradezu unnatürliche Lage geraten. Es war zum Tummelplatz der Reaktionäre, Nationalisten und Putschisten

Die notleidende Bevölkerung steht vor der Markthalle nach Kartoffeln an.

Der Kohlenzug aus dem besetzten Ruhrgebiet wird militärisch bewacht.



und zum Standquartier Ludendorffs geworden.

Kommunistische Aktivitäten in Mittel- und Norddeutschland dienten den rechtsradikalen Kräften in Bayern als Vorwand für ihre Pläne zur Errichtung einer nationalen Diktatur. In Bayern amtierten seit der Niederwerfung der Räterepublik 1919 Regierungen, die den Rechtsradikalismus duldeten. Die „nationalen Verbände" (Nachfolgeorganisationen der Freikorps) konnten sich ungehindert entfalten. In der letzten Zeit hatte Adolf Hitler, ein politischer Abenteurer, als Führer der radikal nationalistischen und antisemitischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auch die Führung der nationalen Verbände in München an sich gerissen. General Ludendorff schloß sich an.

Am 26. September verkündete die Bayerische Regierung den Ausnahmezustand und ernannte den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav v. *Kahr*, einen konservativen Beamten aus der monarchischen Zeit mit wenig politischem Instinkt, zum „Generalstaatskommissar" mit diktatorischen Vollmachten. Sein Landsmann, der damalige Reichswehrminister Otto Geßler, nennt ihn „eigensinnig und fanatisch-stur, ein seltsames Gemisch von bürgerlicher Biederkeit und sentimentaler Romantik". Kahr forderte die Aufhebung des Versailler Vertrags, setzte wichtige Reichsgesetze einseitig außer Kraft und steuerte offen auf eine Wiederherstellung der bayerischen Monarchie hin, möglicherweise unter Trennung vom übrigen Reich. Er begann damit, linksgerichtete Zeitungen und Verbände zu unterdrücken. Sofort verkündete Reichspräsident Ebert den Ausnahmezustand für das gesamte Reich und übertrug die Ausübung der vollziehenden Gewalt an Reichswehrminister Geßler. Als dieser am 19. Oktober den Münchner Wehrkreiskommandeur, General v. Lossow, anwies, den „Völkischen Beobachter", das Presseorgan der NSDAP, wegen Beleidigung der Reichsregierung zu verbieten, verweigerte dieser offen den Gehorsam und wurde darin durch Kahr unterstützt.

In Bayern sprach man nun von einem Marsch auf Berlin. Mit dieser Losung verbanden sich allerdings sehr verschiedene Vorstellungen. Auch hier spielte der General von Seeckt zeitweise eine zwiespältige Rolle; er weigerte sich u. a., Befehle des Reichspräsidenten auszuführen, erklärte, daß Stresemann nicht das Vertrauen der Reichswehr besitze, versicherte Kahr seiner Übereinstimmung in der Grundanschauung und trug sich auch mit Diktaturplänen, wobei er eine Zeitlang an sich selber als zukünftigen Reichskanzler dachte.

Zur selben Zeit hatten sich in Sachsen und Thüringen sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierungen gebildet, deren „proletarische Hundertschaften" eine „großkapitalistische" Militärdiktatur abwehren sollten. Daraufhin besetzten Reichswehrtruppen Sachsen und Thüringen, ein Reichskommissar setzte die sächsische Regierung ab, in Thüringen schieden die kommunistischen Minister aus. Gegen Bayern geschah nichts. Deswegen verließen Anfang November die sozialdemokratischen Minister die Reichsregierung.

In Hamburg kam es am 22. Oktober zu einem blutigen kommunistischen Aufstand, der von der Polizei niedergeschlagen werden konnte.

Im Westen des Reiches riefen Separatistengruppen, von den französischen Kommandostellen begünstigt oder direkt unterstützt, in einigen rheinischen Städten von Aachen bis Koblenz eine „Rheinische Republik" aus, in Speyer versuchten sie, eine „Pfälzische Republik" zu errichten.

Da die deutsche Polizei von den Besatzungsmächten behindert wurde, griff die Bevölkerung zur Selbsthilfe und vernichtete Mitte November in einer „Schlacht" im Siebengebirge die rheinischen Separatisten. Ähnlich erging es den Separatisten in der Pfalz.

d) Hitlers Putschversuch vom 8./9. November

Um die Verwirrung zu vervollständigen, veranstaltete Adolf Hitler am 8. November seinen berüchtigten Bürgerbräukellerputsch in München und am nächsten Tag gemeinsam mit General Ludendorff seinen Marsch zur Feldherrnhalle. Das ganze Unternehmen brach hauptsächlich deswegen zusammen, weil Hitlers „Bundesgenossen" Kahr, Lossow und Seißer nicht mitmachten und die Privatarmee des rechtsradikalen Demagogen auseinandertreiben ließen.

e) Währungsstabilisierung und Sturz Stresemanns

Das Jahr 1923 war das Schicksalsjahr der Republik. Daß es schließlich gelang, über alle feindlichen Kräfte Herr zu werden, geordnete Zustände wiederherzustellen und im „Wunder der Rentenmark", die im darauffolgenden Jahr durch die Reichsmark (mit Deckung durch Gold und wertbeständige Devisen) abgelöst wurde, die Inflation zu überwinden und die Währung zu stabilisieren, bedeutete die Rettung und Erhaltung der Reichseinheit.

Am Werk der Währungssanierung haben mehrere Persönlichkeiten mitgewirkt. Pläne und Anregungen zur Überwindung der Inflation entwickelten Karl Helfferich und der führende sozialdemokratische Finanzpolitiker Rudolf Hilferding. Den Mut, die Verantwortung auf sich zu nehmen und zu handeln, besaß der Reichsfinanzminister und spätere Reichskanzler Hans Luther. Er war auch der Mann, der durch seine harte Finanzpolitik (neue Steuern, Beamtenabbau, Kürzung der Gehälter) die Wertbeständigkeit des neuen Geldes sicherte. Der spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht überwachte die Ausführung der Pläne.

Stresemann konnte die Früchte seiner Politik nicht mehr ernten. Die Deutschnationalen grollten wegen des Abbruchs des Ruhrkampfes, die SPD war unzufrieden wegen der unterschiedlichen Behandlung der Landesregierungen in Sachsen/Thüringen und in Bayern. So wurde er durch ein Mißtrauensvotum des Reichstags am 23. 11. gestürzt, blieb aber Außenminister in der neuen Regierung Marx. Friedrich Ebert empfand das Verhalten seiner Parteifreunde als töricht und erklärte ihnen: „Was euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dummheit werdet ihr noch 10 Jahre spüren."

III. DIE RUHIGEN JAHRE

1. Der Dawes-Plan — Tod Friedrich Eberts

Das Jahr 1924 brachte äußere Entspannung und wirtschaftliche Beruhigung. Art und Ausmaß der deutschen Reparationsleistungen wurden nicht mehr unter politischen, sondern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Dawes-Plan neu festgesetzt. Die hereinströmenden amerikanischen Kredite führten zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer trügerischen äußeren Blüte. Dem Radikalismus war dadurch weitgehend der Wind aus den Segeln genommen, Adolf Hitler saß wohlverwahrt in Landsberg am Lech hinter Schloß und Riegel, und als er Ende Dezember 1924 aus der Festungshaft entlassen wurde, hatte er in den nächsten Jahren in allen größeren deutschen Ländern Redeverbot. Die weitere innerdeutsche Entwicklung hätte sich nach menschlichem Ermessen friedlich vollzogen, wenn nicht durch die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise Deutschland erneut in schwerste Erschütterungen gestürzt worden wäre.

Ein schwerer Verlust traf die Republik am 28. Februar 1925 durch den Tod des Reichspräsidenten Ebert. Er ist nach dem Zeugnis Gustav Noskes „im wahrsten Sinne des Wortes in den Tod getrieben worden durch die schändliche Hetze, die von einer bodenlos gemeinen Presse bis in die letzten Tage hinein verübt worden ist". Ebert war zum Freiwild bürgerlicher Stammtische geworden, und auch in den Kneipen zogen Arbeiter über ihn her.

In annähernd 150 bis 170 Fällen mußte der Reichspräsident Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung stellen. Am schmerzlichsten traf ihn der Vorwurf, er sei ein Landesverräter. Als er deswegen gegen ein völkisches Blättchen in Mitteldeutschland Strafantrag stellte, verurteilte ein Magdeburger Gericht zwar den Redakteur zu drei Monaten Gefängnis, führte aber in der Urteilsbegründung aus, durch Beteiligung am Berliner Streik im Januar 1918 habe Ebert vom strafrechtlichen Standpunkt aus Landesverrat verübt. Trotz der vernichtenden Kritik, die sofort von hervorragenden Juristen an diesem Fehlurteil geübt wurde, und trotz der Ehren- und Sympathieerklärungen, die Friedrich Ebert von führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und aus allen Bevölkerungskreisen zugingen, hatten jetzt erst recht alle nationalistischen Hetzer freie Bahn. Darunter litt Friedrich Ebert unsäglich. „Weil er im Kampf um seine Ehre stand", so berichtet Gustav Noske, „hat Ebert den dringenden Rat seiner Ärzte, sich klinischer Behandlung zu unterwerfen, nicht rechtzeitig befolgt. Weil er jeden Tag ... neuen Anwürfen ausgesetzt war, blieb er von Schmerzen gequält in seinem Amt." Als Ebert Mitte Februar sich endlich einer Operation unterzog, war es zu spät. Eine Blinddarm- und Bauchfellentzündung war bereits zu weit vorgeschritten. Wenige Tage nach dem ärztlichen Eingriff starb er, erst vierundfünfzig Jahre alt.

Auf dem Höhepunkt der Inflation waren für Lohnzahlungen Waschkörbe voller Papiergeld erforderlich.

Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924

		%
Kommunistische Partei	45	8,9
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	–	0,3
Sozialdemokratische Partei	131	26,0
Deutsche Demokratische Partei	32	6,3
Zentrum	69	13,5
Bayerische Volkspartei	19	3,7
Deutsche Volkspartei	51	10,6
Deutschnationale Volkspartei	103	20,4
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	14	2,9
Splitterparteien	29	7,4
Gesamtzahl der Mandate	493	

Wahlplakate für die Reichstagswahlen 1924.

Aufbahrung des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert am Potsdamer Platz in Berlin vor der Überführung nach Heidelberg.

Erich Eyck würdigt die Persönlichkeit des ersten Reichspräsidenten in folgenden Worten:

Wenn man ihn auch nicht zu den großen Staatsmännern zählen kann, deren die Geschichte sich immer erinnern wird, so darf man ihm doch das Zeugnis ausstellen, daß er die unendlich schwierige Aufgabe, die ihm gestellt war, so gut erfüllt hat, wie es überhaupt in den Grenzen des Möglichen lag. *(Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, S. 440.)*

2. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten

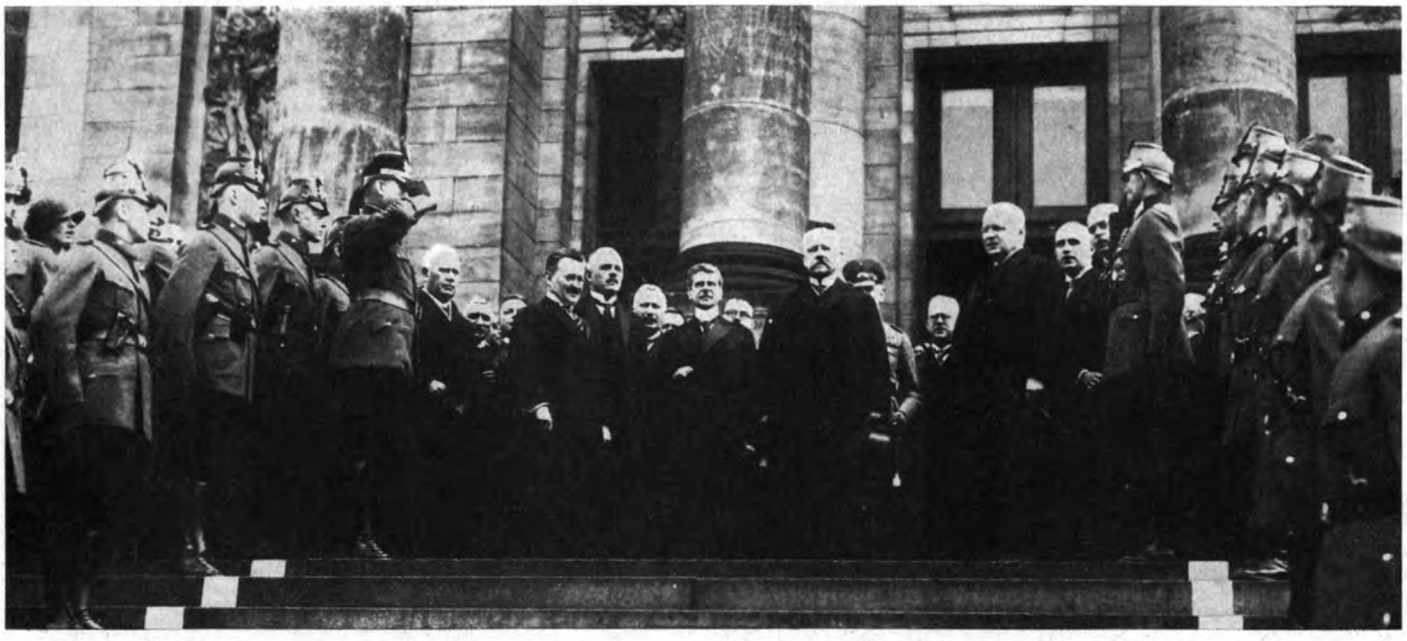
Das Recht, den Reichspräsidenten unmittelbar zu wählen, hatte die Weimarer Verfassung dem Volke zugewiesen. Ebert war noch vom Reichstag eingesetzt worden. Jetzt sollte das deutsche Volk zum ersten Male selber entscheiden.

Der erste Wahlgang blieb unentschieden, da kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erzielte. Beim zweiten Wahlgang einigten sich die drei Weimarer Koalitionsparteien (SPD, Deutsche Demokratische Partei und Zentrum) auf den dem Zentrum angehörenden Reichskanzler Wilhelm Marx als Kandidaten, die Kommunisten stellten ihren Parteiführer Ernst Thälmann auf, die Rechtsparteien waren zunächst in Verlegenheit. Schließlich erkoren sie den Generalfeldmarschall von Hindenburg, dessen Kandidatur hauptsächlich von dem Großadmiral von Tirpitz propagiert wurde. Nach ursprünglichem Widerstreben, er wußte selber sehr wohl, daß er nicht allzuviel von Politik verstand, und nicht ohne vorher bei seinem kaiserlichen Herrn in Doorn angefragt zu haben, gab Hindenburg seine Zustimmung. Jetzt sprachen sich außer den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auch die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund für diesen Vorschlag aus.

Am 26. April 1925 wurde Hindenburg mit knappem Vorsprung vor Wilhelm Marx gewählt. Dieses Wahlergebnis machte eindeutig klar, daß die Republikaner sich in der Minderheit befanden. Der Streit um die Gründe für Hindenburgs Wahlerfolg setzte sofort ein. Die demokratische „Frankfurter Zeitung" sah das Wahlergebnis verfälscht durch „das Aufgebot der Nichtwähler, das Aufgebot der unpolitischen Menschen". Der Berliner „Vorwärts" (SPD) sprach von einem Zufallssieg, einer Überrumpelung der demokratischen Kräfte „durch kommunistischen Verrat an der Republik". Zahlenmäßig den Ausschlag für Hindenburg gaben wohl die Wähler der Bayerischen Volkspartei mit ihren etwa (bei allen Wahlen festzustellenden) eine Million betragenden Stimmen. Trotz gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage mit dem Zentrum waren bei ihnen die antisozialistischen und reaktionären Gefühle stärker, so daß sie lieber dem altpreußischen protestantischen monarchistischen General als dem rheinischen katholischen demokratischen Politiker ihre Stimme gaben. Für den Durchschnittsdeutschen aber war der ordensgeschmückte Marschall die sichtbarste Erinnerung an eine ruhmvolle Vergangenheit. Damit war eine klare Wendung der Mehrheit des deutschen Bürgertums nach rechts vollzogen, damit waren die ehemals herrschenden konservativen und militärischen Kreise des kaiserlichen Deutschlands zu erhöhtem Einfluß gelangt, der in Krisenzeiten höchst gefährlich werden sollte.

Bei meinem ersten Besuch war ich erschreckt über die völlig unpolitische Einstellung und geistige Schwerfälligkeit dieses Mannes . . . Klar wurde mir auch, daß für seine Amtsführung alles auf gute politische Ratgeber ankam, deren erster der die Politik des Reiches bestimmende Reichskanzler sein mußte. Daß ihm solche Ratgeber nicht immer beschieden waren, so daß er schließlich den Einflüsterungen eines von Bedenklichkeiten unbeschwerten kurzsichtigen

Nach der Vereidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg im Reichstag am 12. Mai 1925.



Intriganten erlag, wurde ihm und dem deutschen Volke zum Verhängnis. *(Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 85.)*

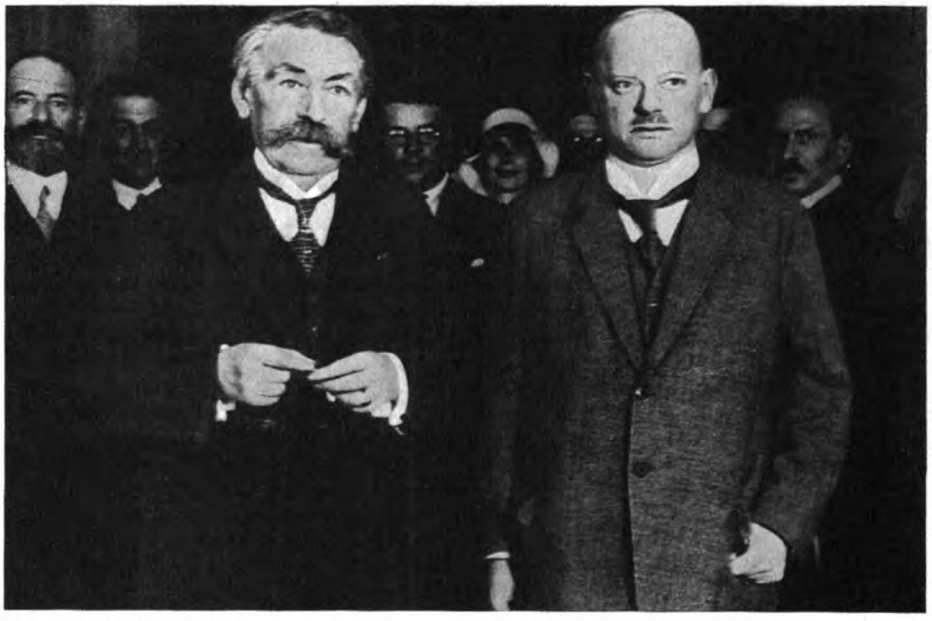
3. Stresemanns Locarno-Politik

Seitdem Gustav Stresemann die Leitung des Auswärtigen Amtes übernommen hatte (1923–1929), kam eine neue konstruktive Linie in die deutsche Außenpolitik. Seine große Leistung sind die Locarno-Verträge von 1925, die er mit dem französischen Außenminister Aristide Briand vereinbarte. Stresemann hatte richtig erkannt, daß die Wurzel der meisten Übel in dem deutsch-französischen Gegensatz lag, daher bemühte er sich aufrichtig um eine Aussöhnung mit Frankreich. Um dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen, vereinbarte man zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, England und Italien gegenseitige Garantieverträge für die deutsche Westgrenze. Ein „Ostlocarno" lehnte Stresemann beharrlich ab; was er zugestand, waren lediglich Schiedsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei, in denen das Reich auf eine gewaltsame Änderung im Osten verzichtete.

Um den Verdacht der Russen zu zerstreuen, der Locarnopakt könne zusammen mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den Beitritt zu einer antisowjetischen Koalition bedeuten, schloß er im Berliner Vertrag vom 24. April 1926 ein deutsch-russisches Neutralitätsabkommen, dessen Zweck es war, die Rapallo-Politik stärker zu betonen sowie die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu stützen.

Die Verträge von Locarno wurden von den Westmächten als „ein Wendepunkt der europäischen Geschichte" bezeichnet. Seitdem geht von dem „Geist von Locarno", wie Stresemann ihn immer wieder nannte, ein gewisser Glanz und Bann aus.

Die Bedeutung der Locarno-Verträge liegt weniger in den juristischen Paragraphen,



Briand und Stresemann.

als vielmehr in den großen Zukunftshoffnungen, die man an sie knüpfte. „Ich sehe in dem Werk von Locarno", sagte Stresemann bei der Unterzeichnung des Paktes im Dezember 1925 in London, „nicht eine juristische Konstruktion politischer Gedanken, sondern ... die Basis einer großen Zukunftsentwicklung. Die Staatsmänner und Völker bekennen sich darin zu dem Willen, dem Menschheitssehnen nach Frieden und Verständigung den Weg zu bereiten."

Der Appell an den „Geist von Locarno" machte besonders auf die Vereinigten Staaten von Amerika und auf die neutralen Länder starken Eindruck. Anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages fand in New York in der Cathedral of St. John ein Dankgottesdienst statt, an dem 4000 Menschen teilnahmen.

Bei dem Vertragsabschluß dachte Stresemann auch an die „politisch-psychologischen Konsequenzen", das heißt an die baldige Räumung der Rheinlande, und in der Tat war am 1. Februar 1926 die erste (Kölner) Zone geräumt.

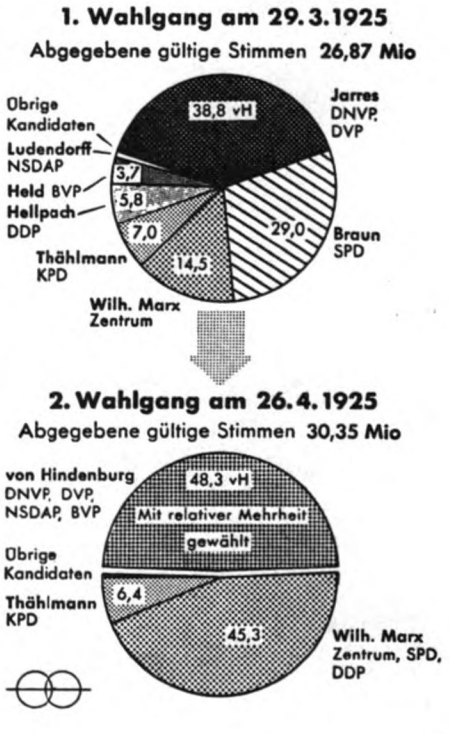
Dem Vertragswerk von Locarno folgte am 10. September 1926 die feierliche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Übertragung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat. Der Stimmung echter Freude und hoffnungsvoller Erwartung, die über der Versammlung lag, entsprachen in vollendeter Form die glänzenden Reden, die Briand und Stresemann vor der Weltöffentlichkeit hielten. Stresemann führte aus:

Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil seit langen Jahrzehnten in ungetrübter Freundschaft verbunden ist, die zum anderen Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet

Reichspräsidentenwahl 1925

1. Wahlgang (29. 3. 1925)	*in 1000*	*v. H.*	2. Wahlgang (26. 4. 1925)	*in 1000*	*v. H.*
Stimmberechtigte	39 226,1	100		39 414,3	100
Wahlbeteiligung	27 016,8	68,9		30 567,9	77,6
gültige Stimmen	26 866,1	100		30 351,8	100
davon entfielen auf:					
Jarres (DVP)	10 416,6	38,8	Hindenburg	14 655,6	48,3
Held (BVP)	1 007,5	3,7			
Ludendorff (NSDAP)	285,8	1,1			
Braun (SPD)	7 802,5	29			
Marx (Z)	3 887,7	14,5		13 751,6	45,3
Hellpach (DDP)	1 568,4	5,8			
Thälmann (KPD)	1 871,8	7		1 931,2	6,4
Verschiedene	25,8	0,1		13,4	0

Aus: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 321 (1925).



waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten sich jetzt im Völkerbund zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden. Diese Tatsache zeigt deutlicher, als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Gerade in der gegenwärtigen Epoche würde die Kultur der Menschheit auf das Schwerste bedroht sein, wenn es nicht gelänge, den einzelnen Völkern die Gewähr zu verschaffen, in ungestörtem, friedlichem Wettbewerb die ihnen vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen . . .

Die alte Weltwirtschaft hatte für ihre Zusammenarbeit keine Satzungen und Programme, aber sie beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des traditionellen Güteraustausches zwischen den Erdteilen. Ihn wiederherzustellen ist unsere Aufgabe. Wollen wir eine ungestörte weltwirtschaftliche Entwicklung, dann wird das nicht geschehen durch Abschließung der Gebiete voneinander, sondern durch Überbrückung dessen, was bisher die Wirtschaft der Völker trennte.

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt.

Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutströme, er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der, wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbinden sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiet, so können sie sich auch verbinden im politischen Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen.
(Gustav Stresemanns Vermächtnis, Bd. II, S. 592 f.)

Das Gespräch von Thoiry (17. 9. 1926) allerdings, in dem Stresemann und Briand eine Generalbereinigung der deutsch-französischen Beziehungen anstrebten, für die die Zeit noch nicht reif war, mußte die hochgespannten Hoffnungen jäh enttäuschen. Thoiry blieb ein „Baum ohne Früchte". Briands Sturz und das Wiederaufleben des deutschen Nationalismus führten erneut zu einer Versteifung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Das hohe Ansehen aber, das Briand und Stresemann sich persönlich um die Förderung des europäischen Friedens erworben hatten, trat wirkungsvoll in Erscheinung in der Verleihung des Friedensnobelpreises an die beiden Staatsmänner.

Stresemanns letzter großer außenpolitischer Erfolg war der Beitritt Deutschlands zu dem nach dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg genannten Kriegsächtungspakt, der am 27. August 1928 von fünfzehn Staaten in Paris unterzeichnet wurde. Hierin wurde der Krieg feierlich verurteilt und vereinbart, daß die Regelung und Entscheidung aller zwischenstaatlichen Konflikte niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden solle.

Gustav Stresemann spricht vor dem Völkerbund in Genf.

4. Fürstenabfindung und Flaggenstreit

Die erste Hälfte des Jahres 1926 war gekennzeichnet durch das Problem der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen deutschen Fürstenhäusern. Ihr Vermögen war während der Revolution beschlagnahmt, aber nicht enteignet worden. In der Folge waren mehrfach Vergleiche zwischen den Landesregierungen und den einzelnen Dynastien zustande gekommen, die diesen im allgemeinen einen großen Teil ihrer Liegenschaften und Sachwerte zurückgaben. Aber mit diesen Abmachungen waren nicht nur die Mehrheitssozialisten, sondern auch weite Kreise des Mittelstandes unzufrieden, während die Landesregierungen sich wegen der beträchtlichen Abfindungsleistungen mit ihren Parlamenten auseinandersetzen mußten. Vermögenswerte in Millionenhöhe gingen dem Staat verloren, während die Währungs- und Haushaltssanierung auf Kosten der breiteren sozialen Schichten ging. Darauf brachten SPD und KPD im Januar 1926 im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verlangte. Das Gesetz sollte im Weg des Volksbegehrens verwirklicht werden. Das Volksbegehren erbrachte zwar die gesetzlich vorgeschriebenen Eintragungen, der Volksentscheid aber nicht die erforderliche Stimmenzahl. Trotzdem konnten die Kommunisten diesen Ausgang als einen großen Erfolg verbuchen.

Das praktische Ergebnis dieser negativ verlaufenen Volksabstimmung war, daß die Länder nun mit den Fürstenhäusern Vergleiche schließen mußten, die diesen einen großen Teil ihrer früheren Vermögenswerte endgültig wieder zusprachen.

Erschüttert wurde 1926 die innerpolitische Stabilität weiter durch einen Vorgang, den der Historiker Hagen Schulze „einen unbegreiflichen Narrenstreich" nennt (Weimar Deutschland 1917–1933, S. 300). Seit der Weimarer Nationalversammlung hatten die Streitigkeiten über die Reichsflagge nicht aufgehört. Sie erregten besonders die Auslandsdeutschen, die stark nationalistisch eingestellt waren und fast ausnahmslos die Farben Schwarz-Rot-Gold ablehnten. Darauf verfügte eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Mai 1926, daß die deutschen Behörden außerhalb Europas und in europäischen Seehäfen künftig neben der Reichsdienstflagge (Schwarz-Rot-Gold) auch die Handelsflagge (Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke) zu zeigen hätten. Verfassungsrechtlich war die Verordnung umstritten, es kam zu Demonstrationen und Gegendemonstrationen, auch Putschgerüchte machten die Runde. Der Reichstag sprach dem Reichskanzler Luther (bürgerliche Minderheitsregierung) das Mißtrauen aus, dieser trat zurück, die Flaggenverordnung blieb stillschweigend bestehen.

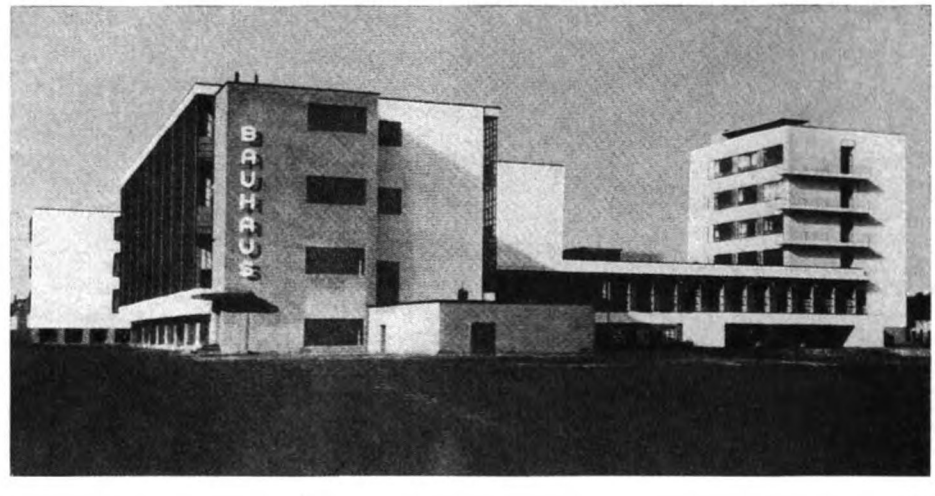
5. Die Entlassung Seeckts

Die innenpolitische Sensation des Jahres 1926 war im Oktober die Entlassung des Generalobersten von Seeckt, der seit 1920 das Amt des Chefs der Heeresleitung bekleidete. Er war in dem großen Wandel zu Ende des Ersten Weltkrieges auf seinem Posten geblieben, um – wie er damals in einem seiner Briefe schrieb – „mitzuarbeiten mit dem Ekel im Herzen und dem Fluch auf der Zunge". Er hatte Hervorragendes geleistet und viel Anerkennung gefunden, aber auch durch seinen maßlosen Hochmut sich viele Feinde gemacht. Abgeordnete und Minister verachtete er grundsätzlich, sogar seinen eigenen Minister Geßler behandelte er ziemlich von oben herab. Nachdem er diesen wiederholt durch seine Eigenmächtigkeiten politisch in Verlegenheit gebracht hatte, kam der General dadurch zu Fall, daß er dem ältesten Sohn des deutschen Kronprinzen gestattete, an einer Herbstübung der Reichswehr teilzunehmen. Seeckt erkannte zweifellos die politische Bedeutung dieser Angelegenheit, hielt es aber trotzdem nicht für nötig, den Reichswehrminister davon zu unterrichten. Natürlich wurde die Sache bekannt, und die republikanische Presse schlug Lärm. Geßler, der keine Lust hatte, länger „den Hampelmann des Generals von Seeckt zu spielen", verlangte darauf die Verabschiedung des Generals, und Hindenburg, der schon während des Krieges kein besonders freundliches Verhältnis zu Seeckt gehabt hatte, gab seine Zustimmung. Das Ausland war sehr beeindruckt, daß Geßler seine Autorität in so energischer Weise gegenüber einem so mächtigen General durchgesetzt hatte.

Generaloberst v. Seeckt (rechts), der Organisator der Reichswehr, wurde im Oktober 1926 entlassen (Aufnahme aus den dreißiger Jahren).

Die Republik von Weimar war keineswegs vorwiegend geprägt von Not, Inflation und Straßenschlachten. Berlin war in den „Goldenen Zwanziger Jahren" eine der lebendigsten Städte der Welt und vielleicht die kulturell produktivste. Berlin — Potsdamer Platz (oben), das Café Kranzler Unter den Linden (unten).

Das Bauhaus in Weimar, später in Dessau, war mit seinem material- und funktionsgemäßen Baustil bahnbrechend für die moderne Architektur. Im Bild die Dessauer Gebäude der „Hochschule für Bau und Gestaltung", wie die offizielle Bezeichnung des „Bauhauses" lautete.



6. Sozialpolitische Stabilisierung

Das wirtschaftlich günstige Jahr 1927 führte auch auf sozialpolitischem Gebiet eine Stabilisierung der Verhältnisse herbei durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das auf Initiative des dem Zentrum angehörenden Reichsarbeitsministers Heinrich Brauns zurückging. Es brachte die volle Durchsetzung des Versicherungsprinzips, aber auch des Rechtsanspruchs; die lang umstrittene Bedürftigkeitsprüfung fiel weg. Jeder unfreiwillig Arbeitslose besaß jetzt ein gesetzlich festgelegtes Recht auf Unterstützung. Diese wurde 26 Wochen lang gezahlt, konnte aber bis auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Wer dann immer noch arbeitslos war, blieb auf die Krisenfürsorge angewiesen.

Die Arbeitslosenversicherung wurde durch einheitliche Beiträge finanziert, die für jeden Versicherungspflichtigen drei Prozent des Grundlohnes betrugen und je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt werden mußten.

Entscheidender Nachteil des Systems war jedoch die mangelhafte finanzielle Ausstattung bzw. das dauernde Mißverhältnis zwischen Beitragsaufkommen und Zahl der Arbeitslosen, das ständige Zuschüsse des Reiches notwendig machte, was wiederum unendliche Schwierigkeiten und Debatten hinsichtlich der Frage der Aufbringung dieser Kosten heraufbeschwor.

Es blieb dem unbelehrbaren Reaktionär Alfred Hugenberg vorbehalten, erklären zu lassen, die ganze Sozialversicherung sei überflüssig und solle durch einen allgemeinen Sparzwang ersetzt werden.

IV. DIE LETZTE REGIERUNG DER GROSSEN KOALITION 1928-1930

1. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928. Kabinett Hermann Müller-Franken

Nachdem in den Jahren 1924–1928 entsprechend der Stärkeverhältnisse im Reichstag teils Regierungen der bürgerlichen Mittelparteien ohne parlamentarische Mehrheit, teils nach rechts orientierte Kabinette unter Einbeziehung der Deutschnationalen die Politik bestimmt hatten, kam im Sommer 1928 die letzte Regierung der Großen Koalition zustande. Die Voraussetzungen dafür schufen die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, die einen Rückgang der Deutschnationalen von 103 auf 73, dagegen eine Steigerung der SPD von 131 auf 153 Mandate erbracht hatten. Ein Beweis für das Unbehagen, aber auch für die unpolitische Haltung zahlreicher Wähler waren die Verluste der bürgerlichen Mittelparteien (Deutsche Demokratische Partei, Zentrum und Deutsche Volkspartei) und das Ansteigen der vorwiegend wirtschaftlich interessierten Splittergruppen, denen es gelang, insgesamt 51 Mandate zu erringen.

Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten wurde unter Führung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller-Franken aus Vertretern der SPD, der Deutschen Demokratischen Partei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ein Kabinett auf breiter Basis gebildet, aber ohne daß eine feste Bindung zwischen den Fraktionen und ihren Ministern bestand.

Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928

		%
Kommunistische Partei	54	10,6
Sozialdemokratische Partei	153	28,7
Deutsche Demokratische Partei	25	4,9
Zentrum	62	11,9
Bayerische Volkspartei	16	3,9
Deutsche Volkspartei	35	8,7
Deutschnationale Volkspartei	73	14,2
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	12	2,6
Deutsches Landvolk	10	1,8
Deutsche Bauernpartei	8	1,5
Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund	3	0,6
Wirtschaftspartei	23	4,5
Deutsch-Hannoversche Partei	3	0,6
Andere Parteien und Fraktionslose	14	5,5
Gesamtzahl der Mandate	491	

2. Der Young-Plan – Tod Stresemanns

Die wichtigste außenpolitische Aufgabe war die Revision des Dawes-Planes. Nachdem in Paris unter Vorsitz des Amerikaners Owen Young aus New York eine Sachverständigenkonferenz getagt hatte, gab die Haager Konferenz der Außenminister Ende August 1929 ihre Zustimmung zu dem „Neuen Plan". Nach dem Dawes-Plan, der zeitlich unbefristet war, hätte Deutschland Jahreszahlungen in Durchschnittshöhe von 2,5 Milliarden zu leisten gehabt, nach dem Young-Plan oder „Neuen Plan", der auf 59 Jahre festgelegt war, betrugen diese 2,05 Milliarden. Unzweifelhaft war ihre Last auch nach der Reform noch sehr schwer, und der Zweifel, ob Deutschland sie auf die Dauer tragen würde, sehr berechtigt, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte. Aber das änderte nichts daran, daß der Young-Plan die Lasten des Dawes-Plans für die Gegenwart und die nächste Zukunft wesentlich erleichterte und daß die Tatsache der erreichten friedlichen Verständigung den Weg zur späteren Revision und schließlichen Beseitigung bahnte. Das Reich hatte sich trotz schwerer Bedenken mit dieser Lösung einverstanden erklärt, weil damit ein wichtiges politisches Ziel erreicht werden konnte: Der Schlußtermin für die Räumung der noch besetzten Rheinlande wurde endgültig auf 30. Juni 1930 festgesetzt und auch eingehalten.

Dies war das letzte Zugeständnis, das Stresemann seinem Freund Briand abzuringen vermochte, die Erfüllung sollte er nicht mehr erleben. Es war die Tragik seines Lebens, daß er sich in seiner Aufgabe verzehrte, bevor er die Früchte seiner Arbeit ernten durfte.

Resigniert stellte er im April 1929 einem englischen Journalisten gegenüber fest:

Ich habe gegeben, gegeben und immer gegeben, bis sich meine Landsleute gegen mich gewandt haben. Hätte ich nach Locarno ein einziges Zugeständnis erhalten, so würde ich mein Volk überzeugt haben. Ich könnte es noch heute, aber ihr Engländer habt nichts gegeben, und die einzigen Zugeständnisse, die ihr gemacht habt, sind immer zu spät gekommen. ... Die Zukunft liegt in den Händen der jungen Generation – die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für das neue Europa gewinnen konnten, haben wir beide verloren – das ist meine Tragik und eure Schuld. *(Zitiert bei Werner Freiherr von Rheinbaben, Kaiser, Kanzler, Präsidenten, Mainz 1968, S. 243 ff.)*

Bereits vom Tode gezeichnet hielt er noch in der Genfer Völkerbundsversammlung am 9. September eine letzte große Rede, die alle in ihren Bann zog und als „eine Art Testament" gedeutet werden konnte. In den frühen Morgenstunden des 3. Oktober 1929 machte ein Schlaganfall seinem Leben, das nur 51 Jahre gedauert hatte, ein Ende. „Ein gütiges Geschick", schreibt einer seiner Biographen, „hatte seinem Leben auf der Höhe des Ruhmes und des Erfolges ein Ende gesetzt." Daß aber Stresemanns Tod für Deutschland und Europa ein Unglück war, wurde schon damals von vielen Zeitgenossen schmerzlich empfunden.

3. Beginn der Weltwirtschaftskrise

In demselben Monat, in dem Stresemann starb, gab eine plötzliche wirtschaftliche Katastrophe in den Vereinigten Staaten, der riesige Kurssturz an der New Yorker Effektenbörse vom 24. und 25. 10. 1929, das Zeichen für die schwerste *Wirtschaftskrise*, die die Welt je erlebt hatte. Sie war verursacht durch übermäßige industrielle Investitionen und durch Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Folgen waren Absatzkrisen, fallende Preise und Arbeitslosigkeit. Rasch griff die Krise nach Südamerika und Australien, bald aber auch nach Europa über. Die Weltwirtschaftskrise (1929–1932) bildet in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einen tiefen Einschnitt. Sie zwang nicht nur die Regierungen in fast allen Ländern der Erde zu einschneidenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen, sondern erschütterte auch das labile politische Gefüge der noch jungen unerprobten Demokratien in Mittel- und Ostmitteleuropa, zumal sie hier noch mit einer Agrarkrise zusammentraf. *(Vgl. Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover 1977, S. 158.)*

In Deutschland waren besonders die Roggenerzeuger in Mitleidenschaft gezogen. Die Krise brachte die Roggenausfuhr aus Deutschland fast ganz zum Erliegen.

Durch eine schicksalsschwere Verkettung von Umständen häufte gerade die Roggenkrise gefährlichen politischen Zündstoff gegen die deutsche Republik auf, obwohl sie rein als wirtschaftliche Erscheinung neben der viel breiteren und tieferen Industrie- und Bankenkrise verhältnismäßig begrenzte Bedeutung hatte. *(Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, S. 129.)*

Obwohl die Bauern in der Inflationszeit als Sachwertbesitzer kaum Währungsverluste erlitten hatten und sogar ihre Hypothekenschulden losgeworden waren, wurden sie unruhig, da sie seit der Währungsstabilisierung häufig zu viele und zu teure Kredite aufgenommen hatten, zu denen noch die hohen Steuern kamen. Bereits 1928 kam es in Schleswig-Holstein zu Steuerstreiks und Widerstand gegen Zwangsversteigerungen. Dies führte zu einem lockeren Zusammenschluß der Unzufriedenen, der sich „Landvolk" nannte.

Die radikalsten Bauern unter ihrem Führer Klaus Heim verübten Attentate auf Landratsämter und andere Behörden sowie Privatwohnungen, unter anderem in Itzehoe, Schleswig und Lüneburg.

4. Innenpolitische Radikalisierung — Rücktritt des Kabinetts Müller-Franken

All diese Erscheinungen brachten den internationalen Kredit- und Zahlungsmechanismus, wie der Young-Plan ihn voraussetzte, bald zum Erliegen. Noch ehe der „Neue Plan" in Funktion treten konnte, waren seine wirtschaftlichen Voraussetzungen durch die Entwicklung überholt.

Deutschnationale und Nationalsozialisten aber, Stahlhelm und Alldeutsche organisierten ein Volksbegehren gegen „die Versklavung des deutschen Volkes". In dem beantragten Gesetzentwurf wurden Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte mit Zuchthaus bedroht, falls sie den „Neuen Plan" unterzeichnen sollten. Zwar erlitten Hugenberg und Hitler dabei eine vernichtende Niederlage, der Volksentscheid hatte keinen Erfolg, aber das Unternehmen war doch ein Sieg der Feinde der Republik. Es vermittelte eine Vorstellung von der maßlosen Demagogie, deren diese Fanatiker fähig waren, und von der gefährlichen Radikalisierung, der weite Volkskreise immer stärker verfielen.

Eine der unmittelbaren Folgen war ein bedeutender Anstieg der Stimmen für die Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen in Baden und Thüringen. In Thüringen wurde die Partei sogar an der Regierung beteiligt und errang mit dem Nationalsozialisten Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister ihre erste offizielle Machtposition. Damals führte Frick auch die berüchtigten antichristlichen und antidemokratischen Schulgebete ein. Im Stadtrat von Coburg erhielten die Nationalsozialisten mit 13 von 25 Sitzen erstmals die absolute Mehrheit in einem Kommunalparlament.

Die Reichsregierung war den täglich größer werdenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr gewachsen: Arbeiter und Unternehmer standen sich mit entgegengesetzten Auffassungen unversöhnlich gegenüber. Verschärft wurde die Lage durch die heftige Kritik des Reichsbankpräsidenten Schacht an der Ausgabenpolitik der Regierung. Hauptgegenstand des Streites zwischen SPD und Deutscher Volkspartei, in der die kraftvolle und ausgleichende Persönlichkeit Stresemanns sehr vermißt wurde, war wieder die Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Arbeitslosen hatte im Februar 1930 bereits die Höhe von 3,5 Millionen erreicht. Um die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aufrechterhalten zu können, forderten die Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge von 3½ auf 4 Prozent, davon sollte je die Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Dies wurde von der Industrie abgelehnt. Ein vom Fraktionsführer des Zentrums, Heinrich Brüning, ausgearbeiteter Kompromiß sah vor, die Beiträge unverändert zu lassen und einen Zuschuß aus dem Reichshaushalt zu zahlen. Wenn dies nicht ausreichte, sollten entweder die Beiträge erhöht oder die Leistungen herabgesetzt werden. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder waren mehrheitlich für den Kompromiß, die SPD-Fraktion lehnte ab. Das Kabinett Müller-Franken trat am 27. März zurück – ein Ereignis mit Folgen, die in keinem Verhältnis zum Anlaß standen.

Der 27. März 1930 wurde nach der Auffassung Julius Lebers zum „schwarzen Tag der Sozialdemokratie und der deutschen Demokratie überhaupt". „Denn an diesem Tage widerlegte die deutsche Demokratie sich selbst, charakterisierte sich die Sozialdemokratie als noch immer unfähig zur Staatsführung."

Andererseits steht fest, daß die DVP auf jeden Fall die SPD aus der Regierung hinausdrängen wollte und daß dahinter mächtige Kräfte in der Gesellschaft standen: der Reichsverband der deutschen Industrie, die Reichswehrführung (General von Schleicher) und der Reichspräsident.

V. DIE KRISE DES PARLAMENTARISMUS

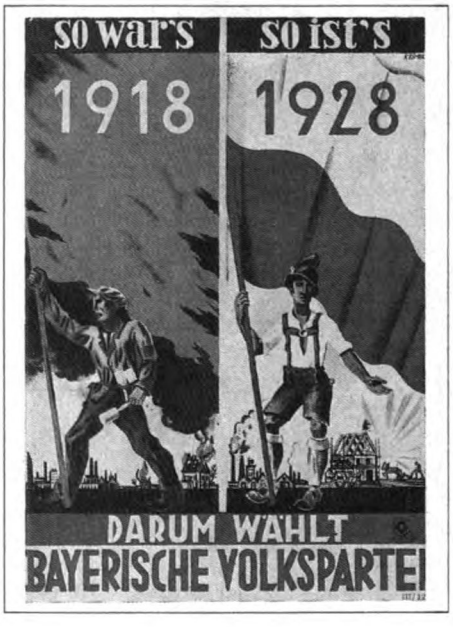
1. Die Pläne für ein „Hindenburg-Kabinett"

Nach dem Urteil des Historikers Werner Conze hätte die Regierung Müller-Franken nicht zu scheitern brauchen, die Annahme des Reichshaushaltsplanes hätte die Regierungskrise vertagt und den Bruch der Großen Koalition verhindert. Zumindest wäre eine Atempause in der Anspannung der inneren Lage eingetreten.

Warnend hatte bereits am 12. März 1930 Heinrich Brüning im Reichstag erklärt:

Es geht nicht mehr um Kämpfe im Parlament, sondern es geht um das Parlament und um die Demokratie ... Wenn der Reichstag wegen der Uneinigkeit der Parteien über Lappalien im Rahmen des großen Ganzen nicht die Möglichkeit hat, sich zu einigen, dann werden sich ... die starken Zweifel an diesem System und seinen Möglichkeiten durch das ganze Land weiter fortpflanzen.

Wahlplakat für die Reichstagswahlen 1928.



Wahlplakat für die Reichstagswahlen 1930.

In Übereinstimmung damit stellt der Historiker Karl Dietrich Erdmann fest:

Der Parlamentarismus der Weimarer Republik ist nicht von außen zu Fall gebracht worden. Er ging an sich selber zugrunde, als die Flügelparteien der Großen Koalition nicht mehr die Kraft und den Willen aufbrachten, über den widerstreitenden Interessen der hinter ihnen stehenden Gruppen eine zum Kompromiß fähige undoktrinäre Staatsgesinnung zur Geltung zu bringen. (*Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, S. 277.*)

Die logische Konsequenz dieser Entwicklung formulierte Brüning so:

Je unfruchtbarer das Parlament ist, je uneiniger die Parteien werden, desto stärker wird automatisch die Stellung des Reichspräsidenten.

Schon seit längerer Zeit gab es im Kreis des Reichspräsidenten Erwägungen über die Bildung eines „Hindenburg-Kabinetts". Die Vorgeschichte läßt sich durch ein volles Jahrzehnt zurückverfolgen. Hindenburgs Staatssekretär Otto Meißner faßte die Voraussetzungen eines solchen Plans folgendermaßen zusammen:

a) Antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsverhandlungen und Vereinbarungen, b) antimarxistisch; auch nach seiner Ansicht sei es schon um der Wirtschaft und der Finanzen willen durchaus erforderlich, zum mindesten auf einige Zeit hinaus, den sozialdemokratischen Einfluß auszuschalten.

Der Versuch zur Bildung einer parlamentarischen Regierung ist dann bewußt unterlassen worden, weil Hindenburgs Bedingung die Orientierung nach rechts und die Ausschaltung der SPD, das eigentliche Ziel die autoritär-antiparlamentarische Reform war. (Brünings eigene Planvorstellungen aber waren mit Hindenburg nicht abgestimmt!) So kam es entgegen aller bisherigen Praxis auffallend schnell zur Bildung des Kabinetts Brüning, das keine parlamentarische Mehrheit besaß und von vornherein als Präsidialkabinett gedacht war.

2. Brünings Werdegang und politischer Standort

Heinrich Brüning (geboren am 26. 11. 1885 in Münster in Westfalen, gestorben am 30. 3. 1970 in den Vereinigten Staaten), stand damals im 45. Lebensjahr. Er war aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen und galt als ausgezeichneter Fachmann in Wirtschafts- und Finanzfragen. Seit 1924 gehörte er dem Reichstag an, Ende 1929 berief ihn die Zentrumsfraktion zu ihrem Vorsitzenden.

Er war zweifellos ein sehr befähigter Politiker, erfüllt von hohem Pflichtgefühl, besaß eine beinahe unerschöpfliche Arbeitskraft, und an der Lauterkeit seines Charakters vermochten auch seine politischen Gegner, wenn sie ehrlich blieben, nicht zu zweifeln. Ein ausländischer Diplomat nannte ihn eine „Mischung von Kardinal und preußischem Offizier".

Er selber verstand sich als ein Politiker der Rechten, in seinem politischen Denken fühlte er sich dem preußisch-deutschen Beamtenstaat als bewußter „Staatsdiener" verpflichtet. Entscheidend war für ihn das „Fronterlebnis" des Ersten Weltkrieges. Auch für seine Tätigkeit im Reichstag war für ihn die Zusammengehörigkeit der „Frontgeneration" wesentlich. „Er hat offenbar zeitlebens in seiner Frontbewährung einen Höhepunkt seines Lebens als Dienst und Wagnis gesehen." (Werner Conze, Brüning als Reichskanzler.)

Heinrich Brüning (1885–1970).

Daß er während des ersten Weltkrieges als Kompanieführer und Abteilungsadjutant an der Front – wie zahlreiche andere Männer seiner Generation – schlicht und unauffällig seine Pflicht getan hatte, war für Hindenburg einer der Gründe, ihm die Kabinettsbildung anzuvertrauen.

Die Tatsache, daß er seine Berufung in erster Linie den autoritären Plänen Hindenburgs und der Reichswehrführung (General v. Schleicher) verdankte, sollte sich allerdings auf die Dauer für ihn als verhängnisvoll erweisen.

3. Das erste Kabinett Brüning – Brünings Zielvorstellungen und die Wirtschaftskrise

Brüning übernahm die meisten Minister (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) aus der bisherigen Regierung (Curtius Außenminister, Dietrich Finanzen, Groener Reichswehr); durch Berufung des Führers der Wirtschaftspartei, Prof. Bredt, und zweier ehemaliger deutschnationaler Politiker, Treviranus und Schiele, versuchte er, seine Basis nach rechts zu erweitern.

In seiner Regierungserklärung vom 1. April wies er nachdrücklich auf den völlig neuen besonderen Charakter seines Kabinetts hin:

Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses Hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen.

Brüning sah seine Aufgabe unter dem Gesichtspunkt des „Primats der Außenpolitik".

Reichskanzler Brüning bei der Regierungserklärung 1930.

Er wollte die Wirtschaftskrise dazu benutzen, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu demonstrieren, die Streichung der Reparationslasten zu erreichen, zugleich nach dem erwarteten Scheitern der Abrüstungskonferenz in Genf (1932) die militärische Gleichberechtigung des Reiches durchzusetzen und die Basis für seinen machtpolitischen Wiederaufstieg zu legen. Die erforderlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen suchte er zunächst im Einverständnis mit dem Reichstag zu treffen, doch die Wirtschaftskrise verschlimmerte sich rascher, als vorauszusehen war, und der Haushaltsausgleich war trotz aller Anstrengungen nicht zu erreichen. Hierdurch wurde ein neues Sonderbesteuerungsprogramm erforderlich. Zu dessen Begründung sprach der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich das berühmte Wort: „Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenten." Und der Reichsinnenminister Dr. Wirth fügte hinzu: „Stürzen Sie diese Regierung oder treiben Sie es (das Parlament) zur Auflösung, dann laufen Sie das Risiko, von der Krise des Parlaments in die Krise des Systems der Demokratie zu geraten." Es war vergeblich. Trotz aller Beschwörungen lehnte der Reichstag das Sonderbesteuerungsprogramm ab. Daraufhin wurde dieses mit Hilfe des Art. 48 der Reichsverfassung im Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt.

4. Die Reichstagsauflösung vom 18. 7. 1930 und ihre Folgen

Als die Opposition des Reichstags (KPD, SPD, Nationalsozialisten und ein Teil der Deutschnationalen) die Aufhebung dieser Notverordnung verlangte, wozu der Reichstag auf Grund des Art. 48, Abs. 3, Satz 2 ausdrücklich berechtigt war, beantworteten Reichspräsident und Reichsregierung diese Forderung mit der Auflösung des Reichstags (18. Juli 1930).

Diese Reichstagsauflösung war nach dem Urteil der meisten Zeitgenossen ein schwerer politischer Fehler. Otto Braun schrieb:

Versagten schon die Parteien aus Verantwortungsscheu, dann durfte die Regierung nicht auch den Kopf verlieren und wegen unpopulärer Steuer- und Sparmaßnahmen bei fast vier Millionen Arbeitslosen das durch hemmungslose Agitation der Kommunisten und Nationalsozialisten ohnehin stark aufgewühlte Land in einen Wahlkampf stürzen. *(Otto Braun, Von Weimar zu Hitler.)*

Daß sich darüber die Deutschnationalen endgültig in die radikalen Hugenberganhänger und in die gemäßigte Gruppe des Grafen Westarp spalteten, war ein recht schwacher Trost.

Brüning hatte sich von den Neuwahlen eine Verstärkung seiner Position erhofft, doch trat genau das Gegenteil ein; die radikalen Flügel wuchsen stark an, die bürgerliche Mitte wurde weiter aufgespalten:

Ernst Thälmann, Generalsekretär der KPD, spricht zum 1. Mai 1930 auf dem Schloßplatz in Berlin.

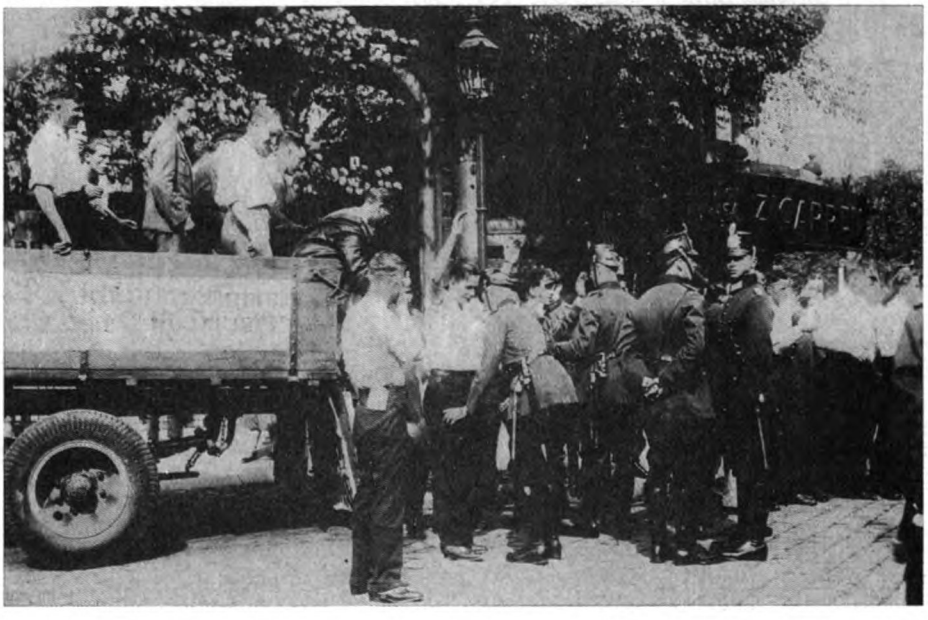
Reichstagswahlen vom 14. Sept. 1930

		%
Kommunistische Partei	77	13,1
Sozialdemokratische Partei	143	24,5
Deutsche Demokratische Partei	20	3,7
Zentrum	68	11,7
Bayerische Volkspartei	19	3,0
Deutsche Volkspartei	30	4,5
Deutschnationale Volkspartei	41	7,0
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	107	18,3
Deutsches Landvolk	19	3,1
Deutsche Bauernpartei	6	0,8
Landbund	3	0,5
Wirtschaftspartei	23	3,9
Deutsch-Hannoversche Partei	3	0,4
Andere Parteien und Fraktionslose	18	5,5
Gesamtzahl der Mandate	577	

Dieses Ergebnis war eine Katastrophe. Seine Bedeutung wird von Karl Dietrich Bracher charakterisiert:

Es wurde ein „Triumph der Verantwortungslosen". Denn der Appell an die Nichtwähler hatte zu einer Mehrbeteiligung von fünf Millionen Deutschen geführt, die vorwiegend nationalsozialistisch stimmten . . . In einem „Spartakusaufstand der politischen Dummheit" war ein politisch interesseloser Bevölkerungsteil mobilisiert worden, nur um der stärksten Agitation anheimzufallen, besonders der hemmungslosen Agitation gegen Versailles . . . Gleichzeitig war das Ausmaß der sozialen Krise, in deren Zeichen allein sich ein solcher Erdrutsch vollziehen konnte, falsch eingeschätzt worden. Neben der wachsenden Zahl der Arbeitslosen standen Millionen von schlecht bezahlten Kurzarbeitern und existentiell bedrohten Angestellten und Kleinunternehmern. Mehr als in den anderen von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern war der Mittelstand mit der Masse der Rentner und Kleinbürger, die in der

SA-Männer, wegen des von der Regierung verhängten Uniformverbots in weißen Hemden, werden 1930 vor den Reichstagswahlen von preußischer Polizei auf Waffen durchsucht.



Inflation schuldlos Ersparnisse und äußere wie innere Sicherheit verloren hatten, der Bauern, die auch durch Schieles Agrarpolitik keine Erleichterung zu spüren meinten, vor der drohenden Deklassierung in den politischen Radikalismus geflohen. Dazu kam das Votum der Jugend, der die „jungen Parteien" voraussetzungslose Gläubigkeit, eine irrationale Philosophie der „Tat" und die Protestideologie der Jugendbewegung boten. *(Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 368 f.)*

Im Ausland wirkte das Wahlergebnis alarmierend. Kursstürze deutscher Werte an den Börsen waren die unmittelbare Folge; noch verhängnisvoller wurde die rasch einsetzende Zurückziehung zahlreicher kurzfristiger ausländischer Kredite, die an die Länder und Gemeinden und an die Privatwirtschaft gegeben worden waren.

Eine zweite, heftigere Welle der Weltwirtschaftskrise erfaßte Deutschland.

Als der neue Reichstag am 14. Oktober erstmals zusammentrat, offenbarte sich sogleich die Absicht der Nationalsozialisten, das Parlament dauernd aktionsunfähig zu machen. Es begann „die Agonie des deutschen Parlaments" (Albert Schwarz). Sie ist gekennzeichnet durch die abgrundtiefe Demagogie der rechtsoppositionellen Gesetzesanträge und durch Tumultszenen der Nationalsozialisten und Kommunisten im Sitzungssaal. Aufruhr in der Bannmeile und erste Greueltaten gegen Juden begleiteten sie.

Im Reichstag war nach keiner Richtung hin eine klare Mehrheitsbildung möglich, aber die SPD wagte jetzt nicht mehr, gegen Brüning zu stimmen, aus Furcht vor dem, was nachher kommen könnte. So gelang es Brüning, bis zum Frühjahr 1931 wichtige einschneidende Notverordnungen durchzubringen und den Reichshaushalt auszugleichen. Es ist noch heute eine offene Frage, ob Brüning nicht richtiger gehandelt hätte, die furchtbare Wirtschaftskrise durch eine Kreditausweitung, durch eine dosierte Inflation zu überwinden, wie es dann später Schacht unter Hitler getan hat. Brüning ging den entgegengesetzten Weg der Deflation und versuchte vergeblich, durch Kreditbeschränkung, Abbau der Löhne und Gehälter die Entwicklung zu meistern. „Mit seinen beamtenpolitischen Maßnahmen verspielte Brüning selbst die geringen Chancen einer autoritären Stabilisierung der Republik" (Hans Mommsen).

Keine Partei wußte einen überzeugenden Ausweg aus der Krise anzubieten. Die heutigen volkswirtschaftlichen Erkenntnisse waren damals noch nicht verfügbar. Die Reichsregierung aber war durch internationale Verpflichtungen gebunden. Eine irreguläre Zahlungsmittelvermehrung hätte außerdem in der zu jener Zeit noch äußerst empfindlichen Bevölkerung psychologisch die Gefahr einer Inflation ausgelöst.

Es ist aber eine Legende, die sich nur vor dem Hintergrund des Endes der Republik verstehen läßt, wenn in der Literatur oft der Eindruck verbreitet wird, es habe eine „wirtschaftspolitische Wunderwaffe" gegeben, mit der man gleichsam hätte Hitler vermeiden können, und daß die deutsche Regierung sie nur aus (falscher) Inflationsfurcht oder um ihrer problematischen Reparationszielsetzung willen nicht eingesetzt habe. *(Knut Borchardt, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, S. 709.)*

Eine dritte gefährliche Welle der Weltwirtschaftskrise brach in den Monaten Mai bis Juli 1931 über Deutschland herein. Dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt folgte die Zahlungseinstellung der Darmstädter Nationalbank (Danatbank). Ein panikartiger Sturm auf alle deutschen Geldinstitute führte vorübergehend zu einer Schließung aller Banken, Sparkassen und Börsen.

Die Zahl der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen, die im Juli 1930 2,8 Millionen betragen hatte und im Januar 1931 auf 4,9 Millionen gestiegen war, erreichte im Winter 1931/32 den Höchststand mit 6,042 Millionen und unterschritt im ganzen Jahr 1932 nie die 5-Millionen-Grenze.

Während sich die Wirtschaftskrise aus der Sicht der Regierung vorwiegend als ein Problem des Haushaltsausgleichs darstellte, war sie für die Betroffenen eine Frage des nackten physischen Überlebens, der Beschaffung von Brot für den nächsten Tag, von Holz oder Kohle für den nächsten Winter. Not und Hoffungslosigkeit bereiteten den Boden für die demagogischen Parolen der links- und insbesondere der rechtsradikalen Parteien.

In dieser Lage entschloß sich der amerikanische Präsident Hoover zu dem hochherzigen Schritt, ein allgemeines Zahlungsmoratorium für ein Jahr vorzuschlagen, das dann trotz heftigen französischen Widerstrebens am 7. Juli 1931 in Kraft trat. Die von Brüning erstrebte Gesamtbereinigung des Reparationsproblems vermochte er während seiner Amtszeit allerdings nicht mehr durchzusetzen, weil er völlig unerwartet während erfolgreicher Vorverhandlungen „hundert Meter vor dem Ziel" gestürzt wurde.

Riesiger Andrang der Arbeitslosen vor dem Arbeitsamt Südost in Berlin

5. Das Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion

Nicht erfolgreich waren Brüning und sein Außenminister Curtius bei dem ersten Schritt einer „offensiven" Außenpolitik. Statt Briands Vorschlag auf Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa wirksam zu fördern, verfolgten sie den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion. Er war diplomatisch schlecht vorbereitet und wurde vorzeitig bekannt.

So begründet dieser Entschluß auch in der wirtschaftlichen Notlage der beiden Staaten war, und so verständlich es erscheinen mochte, damit der nationalistischen Opposition ein wenig Wind aus den Segeln zu nehmen, so bedeutete dieser Plan doch nach dem Zeugnis Otto Meißners und anderer Zeitgenossen

ein Verlassen des von Stresemann eingeschlagenen Kurses des deutsch-französischen Einvernehmens, dessen erste Voraussetzung die Zurückstellung aller deutschen Revisionswünsche und die Vermeidung jeder deutschen Eigenmächtigkeit auf außenpolitischem Gebiet war . . . Briand zeigte sich persönlich verärgert über das Vorgehen der Reichsregierung, das er während der Genfer Völkerbundstagung 1931 als eine glatte Abkehr der bisher von Stresemann strikt befolgten Verständigungspolitik und eine Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung kritisierte. *(Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, S. 198.)*

Das Projekt scheiterte endgültig, als der Haager Internationale Gerichtshof am 5. 9. 1931 mit einer allerdings nur sehr knappen Mehrheit von 8 zu 7 Stimmen die Unvereinbarkeit der Zollunion mit den bestehenden Verträgen feststellte.

6. Das zweite Kabinett Brüning — Verschärfung der innenpolitischen Lage

Dieser außenpolitische Mißerfolg lieferte der nationalsozialistischen und deutschnationalen Opposition neues Hetzmaterial. Erst mußte Curtius zurücktreten, dann das Gesamtkabinett. In dem neugebildeten zweiten Kabinett Brüning (7. Okt. 1931) übernahm er selber die Leitung des Auswärtigen Amtes, Reichswehrminister Groener auch die Geschäfte des Reichsinnenministers, um die militärischen und politischen Machtmittel in seiner Hand zu vereinigen. Die dem linken Zentrumsflügel angehörenden Minister Wirth und v. Guérard mußten ausscheiden, um auf Hindenburgs Wunsch dem Kabinett „ohne parteimäßige Bindung" und mehr als bisher „unabhängig" vom Reichstag eine noch deutlichere Tendenz nach rechts zu geben. Diese Forderung Hindenburgs stand in klarem Widerspruch zur Weimarer Reichsverfassung.

Brüning erwog angesichts dieser Entwicklung zeitweilig die Einbeziehung der NSDAP in die Reichsregierung, um sie zu „zähmen" und „abzunutzen". Durch dieses Bündnis mit den gemäßigten Kräften sollte die Radikalisierung abgefangen werden.

Index der industriellen Produktion

1913 = 100		*1928 = 100*	
1870	18	1926	79
1880	25	1927	101
1889	39	1928	100
1900	65	1929	101
1910	89	1930	89
1913	100	1931	73
1914	83	1932	59
1918	57	1933	66

Volkseinkommen 1913–1933

	Mark pro Einwohner	*1925 = 100*
1913	746	81
1925	920	100
1926	957	104
1927	1065	116
1928	1138	124
1929	1131	123
1930	1030	112
1931	833	91
1932	656	71
1933	676	73

Aus: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

	Arbeitslose in Mill.	*Arbeitslose in v. H. der Arbeitnehmer*
1921	0,354	. . .
1922	0,213	. . .
1923	0,751	. . .
1924	0,978	. . .
1925	0,636	. . .
1926	2,000	. . .
1927	1,300	. . .
1928	1,353	7,0
1929	1,892	9,6
1930	3,076	15,7
1931	4,520	23,9
1932	5,575	30,8
1933	4,804	26,3

Die offizielle Zählung der Arbeitslosen begann erst 1928. Zahlen ab 1928 aus: *B. Gleitze (Hg.), Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch (1960), S. 45.*

Höchstzahlen der Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise:

Februar 1929	3,05 Mill.,
Dezember 1930	4,384 Mill.,
Dezember 1931	5,668 Mill.,
Februar 1932	6,128 Mill.,
Januar 1933	6,014 Mill.,
Januar 1934	3,773 Mill.

Nach E. Wagemann (Hg.), Kurven und Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland (²1935), S. 8.

Produktion wichtiger Güter

Produkt	*Angaben für Förderung in*	*1900*	*1913*	*1919*	*1925*	*1930*	*1932*
Steinkohle	Mill. t	109,3	190,1	116,7	132,6	142,7	104,7
Roheisen	Mill. t	7,5	16,8	6,3	11,6	11,6	5,3
Rohstahl	Mill. t	7,6	17,7	7,9	13,8	13,5	7,2
Elektrizität	Mill. kWh	246	2533	5067	9915	16101	13423
Neubau von Wohnungen	1000	–	–	57	179	311	141

Aus: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972.

Dies war eine Illusion, die er mit konservativen und bürgerlichen Kreisen bis weit in das Zentrum hinein teilte. Koalitionsangebote wurden der NSDAP von seiten verschiedener bürgerlicher Parteien wiederholt angetragen, aber alle Beratungen darüber zerschlugen sich.

Am 11. Oktober 1931 traten in *Bad Harzburg* Deutschnationale, Nationalsozialisten, Stahlhelm, Alldeutscher Verband, Landbund und „Vaterländische Verbände" zu einer Tagung zusammen, an der auch Generaloberst von Seeckt, ehemalige Fürsten und mehrere bedeutende Wirtschaftsführer teilnahmen. Hier „rechneten" Dr. Schacht, Hugenberg und Hitler – dieser ohne jede Rücksicht auf seine Bundesgenossen – in öffentlicher Großkundgebung mit Republik und Reichsregierung äußerst schroff und unsachlich ab. Wege, wie das Reich aus seinen Nöten befreit werden könne, wurden dabei nicht aufgezeigt. Man wollte mit der Gründung der *„Harzburger Front"* nur die unerbittliche Entschlossenheit der Rechten hervorkehren und hoffte, damit auch bei Hindenburg Eindruck zu machen.

Die folgenden Monate zeigten in wachsendem Maße Auflösungs- und Zersetzungserscheinungen. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen verlagerten sich aus den Parlamenten in die Versammlungslokale

und auf die Straße. Bürgerkriegsähnliche Zustände waren die Folge. Blutige Saal- und Straßenschlachten in den großen und mittleren Städten zwischen der SA, dem „Stahlhelm" und anderen rechtsradikalen Verbänden einerseits und den Gruppen des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes und des republikanischen „Reichsbanners" andererseits wurden zur alltäglichen Erscheinung, Greueltaten gegen Juden immer häufiger.

Auf die rohen antisemitischen und antidemokratischen Kampflieder der Nationalisten antworteten die Kommunisten mit der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft". Vorwiegend zum Wochenende wurden laufend aus allen Teilen des Reiches zahlreiche Tote und Verwundete gemeldet. Die Polizei beherrschte vielerorts kaum mehr die Lage.

Ende Mai 1932 befanden sich die arbeitslosen und hungernden, verzweifelten und von totalitären Parteien aufgehetzten Massen (einschließlich der ländlichen Bevölkerung) längst im antidemokratischen und antirepublikanischen Lager.

Bezeichnend dafür ist ein Stimmungsbild, das der Bischof von Regensburg, Michael Buchberger, am 20. Mai 1932 Kardinal Faulhaber übermittelte: „Wir stehen mitten im Sommer und noch immer ist so viel wie nichts geschehen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschaffung von Arbeit. Die Not ist abgrundtief, es gibt Familien, die nur noch von Kartoffeln leben, die Stimmung ist fast desperat. Verstreichen noch zwei Monate wie bisher, dann ist Brüning vollständig erledigt; irgendeine Revolution (von rechts oder links) ist unausbleiblich, Chaos und Nirwana werden das Ende sein. Sollen nicht wir Bischöfe einen Aufruf an die Regierung richten, daß sie doch auf jede Weise und so bald als möglich Arbeit und Verdienst schafft? Darin liegt die ungeheure Stoßkraft des Nationalsozialismus, daß er die Stimmung des Volkes gegenüber der Ohnmacht der Reichsregierung ausgezeichnet trifft und ausnützt." (Akten Kardinal Faulhabers, Bd. 1, bearbeitet von Ludwig Volk, Mainz 1975; zitiert bei Rudolf Morsey: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings Memoiren 1918–1934, Westdeutscher Verlag Opladen 1975, S. 40.)

VI. DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK

1. Wiederwahl Hindenburgs

Im Frühjahr 1932 war die siebenjährige Präsidentschaftsperiode Hindenburgs abgelaufen. Versuche Brünings, eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs durch eine von den Parteien vereinbarte Verfassungsänderung zu erreichen, um eine innerpolitische Entspannung herbeizuführen, scheiterten hauptsächlich an der Haltung Hugenbergs. Der Kampf wurde von seiten der Staatsgegner mit einer unvorstellbaren Gehässigkeit geführt. Goebbels verstieg sich dazu, im Reichstag die *SPD als „die Partei der Deserteure"* zu beschimpfen. Ihm antwortete Kurt Schumacher, die Agitation der Nationalsozialisten sei ein „dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen", und es sei ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik „die restlose Mobilisierung der Dummheit gelungen". In dem von wüsten Leidenschaften aufgewühlten Wahlkampf waren gewissermaßen die Fronten vertauscht. Die einstigen Gegner Hindenburgs, die republikanischen Parteien, SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei, traten für Hindenburg ein, ebenso das gemäßigte nationale Bürgertum, weil er der einzige Kandidat war, der eine Präsidentschaft Hitlers verhindern konnte, während alle Nationalsozialisten sowie ein großer Teil von Hindenburgs ehemaligen Wählern aus dem Jahre 1925 für Hitler stimmten. So hatten sich auch der ehemalige deutsche Kronprinz und der Generaloberst von Seeckt öffentlich für Hitler erklärt. Im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 siegte Hindenburg mit 19,36 Millionen Stimmen (53 %) über Hitler (13,4 Millionen = 36,8 %) und Thälmann (3,7 Millionen = 10,2 %), aber Hitler hatte im Vergleich mit dem ersten Wahlgang den größeren Stimmengewinn erzielt. Brüning hatte sich unermüdlich und sehr geschickt als Versammlungsredner in allen Teilen Deutschlands für Hindenburg eingesetzt und ganz wesentlich zu dessen Wiederwahl beigetragen.

Wer aber geglaubt hatte, dieses Ergebnis werde den Präsidenten um so enger mit seinem Kanzler verbinden, sollte sehr rasch enttäuscht werden. Hindenburg war über die Umstände, unter denen seine Wiederwahl erfolgt war, sehr unwillig. Es verdroß ihn, daß ein großer Teil seiner adligen Standesgenossen, seiner „alten Kameraden" und der traditionell nationalen Kreise gegen ihn gestimmt hatte. Es war ihm peinlich, daß seine Wahl nur mit Hilfe der sozialdemokratischen „Marxisten" und der „Katholen", wie er wenig geschmackvoll das Zentrum zu bezeichnen pflegte, hatte bewerkstelligt werden können. Dafür machte er hauptsächlich Brüning verantwortlich und nahm es ihm übel, daß er nicht von den „richtigen Leuten" gewählt worden war, auf deren Anerkennung er so großen Wert legte.

2. Die Kamarilla

Leider unternahm Brüning nichts, um das Intrigennetz zu zerreißen, das seit langem gegen ihn gesponnen wurde. Immer wirkungsvoller traten jetzt die „außerverfassungsmäßigen" Berater aus der Umgebung Hindenburgs in den Vordergrund. Sie haben in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine unheilvolle Rolle gespielt; denn sie haben alle Entscheidungen zum mindesten maßgeblich beeinflußt, von ihnen wurden die Kanzlerkandidaten dem Reichspräsidenten vorgeschlagen und auch wieder gestürzt. Diese Berater waren vor allem Hindenburgs Staatssekretär Otto Meißner, der – nach einem Spottwort der Zeit – „in der Verfassung nicht vorgesehene" Sohn des Reichspräsidenten und gleichzeitig sein persönlicher Adjutant, der Oberst Oskar von Hindenburg, ferner der damalige Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General Kurt von Schleicher, und schließlich einige ostelbische Gutsbesitzer, besonders Elard von Oldenburg-Januschau.

Dazu bemerkt Friedrich Meinecke ziemlich eindeutig:

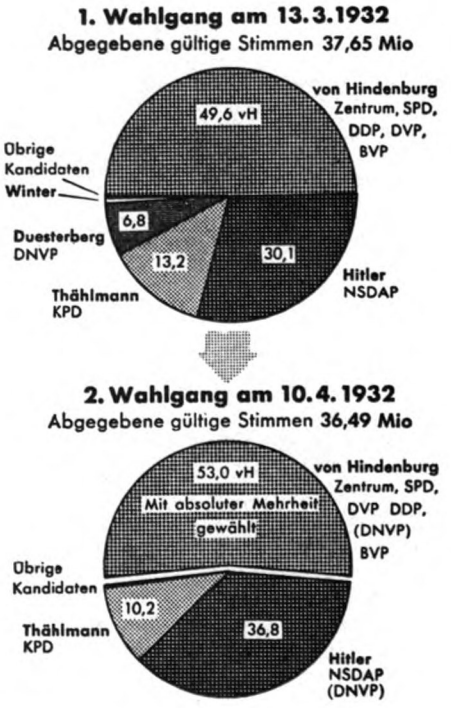
Hindenburgs integrer Charakter soll damit nicht angezweifelt werden. Aber die Luft um ihn

Straßenschlacht zwischen Kommunisten und der Polizei.

Reichspräsidentenwahl 1932

1. Wahlgang (13. 3. 1932)	*in 1000*	*v. H.*	2. Wahlgang (10. 4. 1932)	*in 1000*	*v. H.*
Stimmberechtigte	43 949,7	100		44 064	100
Wahlbeteiligung	37 890,5	86,2		36 771,8	83,5
gültige Stimmen	37 648,3	100		36 490,8	100
davon entfielen auf:					
Duesterberg (DNVP)	2 557,7	6,8			
Hindenburg (Weimarer Koalition)	18 651,5	49,6		19 360	53
Hitler (NSDAP)	11 339,5	30,1		13 418,5	36,8
Thälmann (KPD)	4 983,3	13,2		3 706,8	10,2
Winter (Splitterpartei)	111,4	0,3			
Verschiedene	4,9	0		5,5	0

Aus: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 427 (1932).



herum war dick und trübe, und seine eigene politische Urteilsfähigkeit war nicht groß. *(Die deutsche Katastrophe, Seite 104.)*

Otto Meißner war nach dem Urteil von Albert Schwarz „ein zielbewußter Anhänger rechtsrevolutionärer Bestrebungen", er blieb gerne im Zwielicht und war schwer berechenbar. Seine Denkwürdigkeiten nennt derselbe Historiker eine „Selbstverteidigung mit dem Hauptmittel des Schweigens über kompromittierende Einzelheiten". Meißner führte nach dem Bericht Theodor Eschenburgs

vor allem auf Betreiben seiner Frau ein gesellschaftlich sehr anspruchsvolles Leben und versuchte, in der Sorge um seine Karriere nach dem Ableben Hindenburgs, sich mit den jeweils künftig Mächtigen gut zu stellen.

Bezeichnend die Äußerung Groeners vom 25. April 1932:

Auch Meißner redet unverantwortlich. Ich habe dem Kanzler vorgeschlagen, den Meißner schleunigst als Botschafter nach Tokio zu versetzen.

Vernichtend ist das Urteil Theodor Eschenburgs über den Sohn des Reichspräsidenten:

Zwar erfüllte der Oberst von Hindenburg nur die Funktion eines gehobenen Kammerdieners bei seinem Vater und war auch zu mehr nicht in der Lage – ohne den Vater wäre er schon als Hauptmann pensioniert worden. Aber er beherrschte den Zugang zum Reichspräsidenten; keiner kannte besser die Gewohnheiten, jeweiligen Stimmungen und Interessen des alten Hindenburg, keiner hatte stärkeren Einfluß auf den Zeitplan, hatte größere Möglichkeiten, ihm Informationen zugänglich zu machen und andere über dessen Auffassung zu informieren, als dieser Sohn. *(Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, S. 63.)*

In derselben Richtung liegt eine Tagebuchaufzeichnung Hermann Pünders (Brünings Staatssekretär) vom 29. Mai 1932:

Gestern nachmittag war Meißner noch einmal beim Kanzler und hat ihm stimmungsgemäß allerlei Einzelheiten erzählt, wie es insbesondere im Kopf des Sohnes Hindenburg aussieht. Letzterer ist eine recht gefährliche Figur, recht töricht und von ziemlichem Einfluß auf den Vater. Er hält offensichtlich nichts von den „Gewerkschaftlern" Brüning und Stegerwald. Es sind auch zu wenig Adelige im Kabinett. *(Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei.)*

Sehr problematisch ist die Persönlichkeit des Generals von Schleicher. Er war befreundet mit dem etwa gleichaltrigen Obersten Oskar von Hindenburg. Beide Offiziere und der Präsident selber waren Regimentskameraden, alle drei hatten im 3. Garderegiment zu Fuß gedient. Schleicher besaß große Begabung und außergewöhnliche geschäftliche Gewandtheit. Ludendorff mochte ihn nicht, sehr früh aber gewann er das Vertrauen Groeners, der ihn als einen seiner besten jungen Offiziere gegen Ende des Weltkrieges in den Stab des Generalquartiermeisters berief. Beliebt war er wenig, gefürchtet da und dort, durchschaut nirgends. Er war der Typ des politisierenden Bürogenerals, in Offizierskreisen nannte man ihn den „Herrn in Filzschuhen".

Nicht zu bestreiten ist, daß er sich um den Wiederaufbau des deutschen Heeres nach dem Ersten Weltkrieg echte Verdienste erworben hat. Aber seine konstruktiven Eigenschaften wurden verdunkelt durch seine fast zur Besessenheit gewordene Lust an der Intrige, seine ausgesprochene Vorliebe für das Abwegige und Arglistige. So waren all seine Pläne zu kompliziert, seine Berechnungen zu künstlich, als daß sie hätten aufgehen können. „Er beherrschte wohl die politische Technik, aber ihm fehlte die politische Substanz." (Theodor Eschenburg) Eine harte, aber keinesfalls ungerechte Charakteristik entwirft von ihm Otto Meißner, der ihn ja kennen mußte:

Fahrende Lautsprecher verbreiten Hindenburgs Rede in den Straßen Berlins (1932).

Als Freund und Verbündeter war er unzuverlässig. Bei der Verfolgung seiner Ziele ging er skrupellos auch über seine Freunde und alte Mitarbeiter hinweg, wenn sie seinen Zwecken im Wege standen. Am Ausscheiden des Generals von Seeckt, am Rücktritt Geßlers, am Sturz Brünings und von Papens war er stark beteiligt, und zuletzt ließ er auch seinen langjährigen väterlichen Freund Groener im Stich. *(Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Seite 257.)*

3. Der Sturz Groeners

Groener wurde das erste Opfer der Kamarilla des Reichspräsidenten. Er amtierte seit der Verabschiedung Geßlers (Januar 1928) als Reichswehrminister und verwaltete im zweiten Kabinett Brüning in Personalunion auch das Reichsinnenministerium. Von allen hohen Offizieren war er derjenige, auf dessen Loyalität die Republik am sichersten zählen konnte.

Anlaß zu seinem Sturz war das Verbot der SA und SS, das unmittelbar nach der Wiederwahl Hindenburgs am 13. April 1932 von der Reichsregierung ausgesprochen wurde. Die SA galt als die eigentliche Bürgerkriegsarmee, schon seit längerer Zeit hatten die Regierungen der deutschen Länder auf ein Verbot gedrängt, und mit Recht konnte Groener im Reichstag erklären: „Ohne die SA hätten wir seit Jahren bereits Ruhe und Ordnung im Staate gehabt." Der ehemalige deutsche Kronprinz aber schrieb an Groener einen Protestbrief, in dem der Satz zu lesen war: „Es ist mir unverständlich, wie gerade Sie als Reichswehrminister das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist, und das dort eine wertvolle Erziehung genießt, zerschlagen helfen."

Hugenberg und die deutschnationale Presse verlangten nun auch das Verbot des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", einer unbedingt staatstreuen und einwandfrei demokratisch gesinnten Organisation, und Hindenburg – unter dem Eindruck der einseitigen Informationen durch seine Umgebung – machte sich diese Forderung zu eigen. Groener spürte, was ihm bevorstand: „Daß mit allen Mitteln an meinem Sturz gearbeitet wird, ist klar", schrieb er am 25. April einem Freund. In der Reichstagssitzung vom 10. Mai kam es während der Rede Groeners zur Begründung und Verteidigung des SA-Verbots zu wüsten Radauszenen der Nationalsozialisten, so daß die Ausführungen des Ministers ohne Wirkung blieben. Jetzt fielen auch die nächsten Berater Groeners, General von Schleicher, der ursprünglich dem Verbot zugestimmt hatte, dann aber umgeschwenkt war, und der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord, ihrem eigenen Minister in den Rücken und forderten – völlig verfassungs- und disziplinwidrig – dessen Amtsverzicht.

Resigniert stellt Erich Eyck fest: „Man kommt um die Tatsache nicht herum, daß Schleicher in diesen Tagen den Weg betrat, der zu seinem eigenen entsetzlichen Ende führte." Längst war die Reichswehr zu einem „Staat im Staate" geworden, jetzt

Reichspräsident von Hindenburg schreitet eine Paradeformation der Reichswehr ab.

sollte sie auch noch zu einem dem Staat übergeordneten Instrument erhoben werden. In dem allgemeinen Kesseltreiben begab sich auch der Graf Westarp, ein alter Gegner des Ministers, zu Hindenburg und erklärte, Groener habe sich „als nicht felddienstmäßig für seinen Posten erwiesen".

Angewidert von diesen häßlichen Erfahrungen nahm Groener seinen Abschied als Reichswehrminister, behielt aber die Leitung des Reichsinnenministeriums. Am Abend desselben Tages (12. Mai) fuhr Hindenburg zum Pfingsturlaub auf sein Familiengut Neudeck in Ostpreußen. Dieses war ihm 1927 zu seinem 80. Geburtstag geschenkt worden. Darüber berichtet Otto Braun:

Mit diesem Geschenk hatte der alte ostelbische Junker von Oldenburg-Januschau ein Meisterstück vollbracht. Es hatte ihn und seine Standesgenossen nichts gekostet, denn das Geld für Ankauf und Instandsetzung des Gutes hatte er in industriellen Kreisen gesammelt – es war sogar zur Arrondierung seines Nachbargutes noch für ihn dabei etwas herausgesprungen – aber er hatte Hindenburg persönlich agrarwirtschaftlich interessiert und unter seine freundnachbarliche Obhut gebracht . . . Dieser Junker von Oldenburg-Januschau, in dem sich militaristisch-junkerliche Arroganz mit krassem großagrarischem Eigennutz und einer gehörigen Portion Bauernschlauheit vereinigte, wußte sein freundnachbarliches Verhältnis zu Hindenburg mit der Zeit sehr zu intensivieren, ihn stark zu beeinflussen und seinen reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Er hat ihm sicher auch den Rat gegeben, das geschenkte Gut sogleich auf den Namen seines Sohnes eintragen zu lassen, um bei seinem Tode der Familie die Erbschaftssteuer zu ersparen, eine Manipulation, die, später von Ludendorff in alter „Kameradschaftlichkeit" veröffentlicht, Hindenburg in einem üblen Lichte erscheinen ließ. *(Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Seite 167 f.)*

4. Die Entlassung Brünings

In Neudeck wurde dann endgültig die Entlassung Brünings beschlossen. Schon längst war Hindenburg mit diesem Kanzler aus den verschiedensten Gründen unzufrieden, so daß es keiner großen Anstrengung mehr bedurfte, das Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Männern vollends zu erschüttern. Anlaß war Brünings angeblicher „Siedlungsbolschewismus", auch „Agrarbolschewismus" genannt.

Um den ostelbischen Großgrundbesitzern, die sich in großer Notlage befanden, zu helfen, hatte die Regierung eine großzügige Finanzhilfe des Reiches beschlossen. Nur Güter, die nicht mehr sanierungsfähig waren, sollten der Zwangsversteigerung zugeführt und zur Linderung der Arbeitslosigkeit in Siedlerstellen umgewandelt werden. Entsprechende Entwürfe waren von Schlange-Schöningen, dem Reichskommissar für die Osthilfe, und im Reichsarbeitsministerium

ausgearbeitet worden. Hier setzte die Wühlarbeit von Brünings Gegnern erfolgreich ein. Wiederum berichtet darüber Otto Braun:

Oldenburg-Januschau und die von ihm geschickt ausgewählten junkerlichen Pfingstbesucher in Neudeck hatten es nicht schwer, dem . . . Reichspräsidenten klar zu machen, daß sie nun durch diesen „Siedlungsbolschewismus" – das Schlagwort hatte man dort geprägt – alle von Haus und Hof gejagt werden, ihren angestammten, seit Jahrhunderten im Besitz der Familie stehenden Boden verlieren sollten, und daß auch ihn oder seinen Nachkommen das gleiche Schicksal treffen würde. Das war ausschlaggebend für den alten Herrn. Entschlossen, mit dem „Katholiker" Brüning zu brechen und der siedlungsbolschewistischen Schöninger Schlange den Kopf zu zertreten, fuhr er nach Berlin. *(Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Seite 241.)*

Vergeblich hatte Schlange-Schöningen, selber Großgrundbesitzer, ehemaliger Berufsoffizier und deutschnationaler Abgeordneter, in einem Schreiben an Hindenburg vom 27. Mai von den mit Blindheit geschlagenen Kreisen gesprochen und vorausgesagt:

Wenn Teile des Großgrundbesitzes . . . wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird eines Tages über sie hinweggehen.

Hindenburg nahm dieses Schreiben sehr ungnädig auf, und in dieser Stimmung empfing er am Sonntag, dem 29. Mai, in Berlin den Reichskanzler Brüning.

Hierüber berichtet dieser in seinen Memoiren:

Die Miene des Reichspräsidenten beobachtend, wußte ich nun, daß es endgültig aus war. Der Reichspräsident ließ mich reden. Ich setzte ihm auseinander, daß es mein Bestreben gewesen sei, die schrankenlos und planlos ausgeübte Macht des Parlaments so weit einzuschränken, daß es einer Regierung, die ohne Herausforderung des Parlaments entschlossen und planvoll auftrete, keine Schwierigkeiten mehr mache. Die Regierung sei dadurch absolut überparteilich geworden. Sie habe die außenpolitischen Arbeiten so vollziehen können, daß die Erfolge nun greifbar seien. Das sei aber nur durch große Geduld und vorübergehende Unpopularität möglich gewesen. Wenn erst die Erfolge sichtbar wären, würde diese Unpopularität schwinden. *(Heinrich Brüning, Memoiren, S. 588.)*

Hindenburg las darauf eine vorher formulierte Erklärung vor, daß er der Regierung das Recht zum Erlaß von Notverordnungen und zu Personalveränderungen entziehe. Brüning berichtet weiter:

Ich antwortete: „Wenn ich die mir soeben vorgelesenen Äußerungen richtig verstehe, so wünschen Sie, Herr Reichspräsident, die Gesamtdemission des Kabinetts." Antwort des Reichspräsidenten: „Jawohl. Diese Regierung muß weg, weil sie unpopulär ist." Ich erklärte: „Ich werde morgen das Kabinett zusammenrufen und die Gesamtdemission des Kabinetts beschließen lassen." Der Reichspräsident: „Ich ersuche darum, daß es möglichst schnell geschieht". *(Heinrich Brüning, Memoiren, S. 599.)*

Über die Umstände, unter denen er am folgenden Tage empfangen wurde, stellte Brüning bereits 1947 in einem Brief an Rudolf Pechel fest:

Eine Regelung der Reparationen, die eine Restzahlung von weniger als fünf Milliarden Mark vorsah, war bereits im Prinzip erreicht . . . Mr. Gibsons (des US-Sonderbotschafters) Nachricht war mir . . . durch den amerikanischen Botschafter am frühen Morgen des 30. Mai gebracht worden, eine Stunde vor dem für meine Unterredung mit dem Reichspräsidenten festgesetzten Termin. In Kenntnis hiervon gelang es Personen in der Umgebung des Reichspräsidenten, obgleich sie nicht eine offizielle Stellung hatten, meinen Empfang bis wenige Minuten vor der Mittagsstunde zurückzustellen, zu der der Präsident wie üblich das Aufziehen der Marinewache am . . . Skagerrak-Tag abnahm. Ich hatte tatsächlich nur drei und eine halbe Minute Zeit, mit ihm zu sprechen, und das konnte natürlich nur erfolglos enden, da er mich stärker als vorher drängte, eine Rechtsregierung zu bilden. *(Heinrich Brüning, in: Deutsche Rundschau, Bd. 70, 1947.)*

In seinen Memoiren berichtet Brüning weiter:

Ich wurde auf 11 Uhr 55 bestellt. Um 11 Uhr 54 wurde ich hereingeführt zum Reichspräsidenten. Ich überbrachte die Demission. Einige höfliche Worte auf beiden Seiten. Schon klang die Musik der Matrosenwache von der Hohenzollernstraße her durch den Garten. Ich erhob mich. Der Reichspräsident sagte: „Ich mußte Sie wegen meines Namens und meiner Ehre entlassen." Antwort: „Herr Reichspräsident, auch ich habe einen Namen und eine Ehre vor der Geschichte zu verteidigen . . ." (S. 601 f.)

5. Brüning im Urteil der Zeitgeschichte

Häufig ist die Frage erörtert worden, weshalb Brüning sich gegen seine brüske Entlassung nicht energisch zur Wehr gesetzt habe. Pünder meint: Er hatte es eben satt und wollte dann auch von sich aus Schluß

Reichskanzler Brüning spricht im Reichstag kurz vor seinem Sturz.

machen. Tiefer sieht Theodor Eschenburg das Problem und weist u. a. auf entscheidende psychologische Fehler Brünings hin; vor allem habe er es nicht verstanden, mit Hindenburg richtig umzugehen:

Vielfach konnte Hindenburg Brünings Gedankengängen, die er in einer schwer verständlichen wissenschaftlichen Terminologie vortrug, kaum folgen. Für Hindenburg war jeder Besuch Brünings eine große Anstrengung, weil dieser bei seinem Vortrag zu viel voraussetzte. Er versuchte, den alten Präsidenten sachlich zu überzeugen, aber es wäre vielmehr darauf angekommen, ihn persönlich zu gewinnen. Das aber lag Brüning nicht. *(Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, S. 47 f.)*

Brüning fehlte im Gegensatz zu Bismarck die Leidenschaft zur Macht. Er war eine ausgesprochen asketische Erscheinung, er tat nichts für sich und mied daher jede Werbung für die eigene Politik. Er dachte in Maßnahmen, nicht in Menschen. Es lag ihm fern, die Altersschwäche Hindenburgs auszunutzen, aber er schützte ihn und sich nicht vor denjenigen, die sie ausnutzten. Er ahnte wahrscheinlich die Intrigen Schleichers, aber er unternahm nichts gegen sie. Er stand ganz im Banne der Sachgerechtigkeit. Er war ein unpolitischer Politiker und damit eine tragische Gestalt. *(Theodor Eschenburg, S. 73.)*

Brünings Politik und Persönlichkeit sind seit dem Erscheinen seiner Memoiren (November/Dezember 1970) umstrittener denn je. Die Memoiren brachten eine Fülle wertvoller Informationen und Erkenntnisse, die der historischen Forschung neue Möglichkeiten eröffnen, aber sie haben auch viele Illusionen, Mythen und Legenden zerstört.

Ihr Informationswert ist trotz Irrtümern, Lücken und einer unzulänglichen Einordnung der Fakten weit größer als der irgendeines Erinnerungswerkes unserer Zeitgeschichte. *(Karl Dietrich Bracher, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 19. Jg. 1971, S. 122.)*

Die bisherige Auffassung, Brüning sei trotz aller harten, aus der Not geborenen Maßnahmen im Grunde dem Ideal der parlamentarischen Demokratie verpflichtet gewesen, kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Er zeigte nicht nur eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber der Not von Millionen Menschen, er plante nichts Geringeres als die Reduzierung des parlamentarischen Systems zugunsten der friedlichen Wiedereinführung der Monarchie. Als die Wichtigste seiner fünf Hauptaufgaben bezeichnete er Hindenburg gegenüber im Frühjahr 1931,

Schritt für Schritt im Rahmen der Verfassung bleibend, die Autorität des Staatsoberhauptes gegenüber dem Parlament so zu stärken, daß mit Ausnahme eines in der Anwendung beschränkten Mißtrauensvotums das Staatsoberhaupt die Zusammensetzung der Regierung im wesentlichen bestimmen könne (S. 274).

Im Herbst 1931 erklärte Brüning dem Reichspräsidenten:

Ich sei bis heute, ohne an die Verfassung zu rühren, in anderthalb Jahren so weit gekommen, daß ich die Machtbefugnisse des Parlaments – mit Ausnahme des noch bestehenden Mißbrauchs der Anträge auf Entziehung des Vertrauens – auf den Stand der Bismarckschen Zeit zurückgeführt, aber gleichzeitig ihm, dem Staatsoberhaupt, eine größere tatsächliche Machtfülle geschaffen habe, als sie der Kaiser früher je besaß. Auf diesem Wege wolle ich weitergehen. *(Heinrich Brüning, Memoiren, S. 387.)*

Die ganze Vielschichtigkeit des Themas möge durch das Urteil dreier prominenter Historiker veranschaulicht werden.

Eine sehr harte Verurteilung bringt Karl Otmar Frhr. von Aretin zum Ausdruck:

Papen hat sich später durch ständige Auflösungen den Reichstag vom Hals geschafft und die Reichsreform mit dem Staatsstreich gegen Preußen eingeleitet. Das war der Stil Schleichers, der nie begriffen hat, daß man mit Vorsicht besser zum Ziel gelangen kann. Beide sind daher als die Zerstörer der Weimarer Republik in die Geschichte eingegangen. Auch Brüning wird man nach dem Erscheinen seiner Memoiren dazu rechnen müssen. Denn auch er hat an den Grundfesten der Verfassung gerüttelt; nur hat er seine kaum weniger weitgreifenden Ziele hinter einer Biedermannsmiene so zu tarnen verstanden, daß wir erst heute, fast vierzig Jahre nach seinem Sturz, davon erfahren. Er war Monarchist, von diesem Ziel wußten aber nur wenige, die es offenbar nicht ernst genommen haben. Er war gegen den Parlamentarismus in dem Sinn, daß der Reichstag die entscheidende Instanz war, aber er hat es nie ausgesprochen; die Entmachtung des Reichstags erledigte er über die Geschäftsordnung, wobei er die Anhänger der parlamentarischen Demokratie in dem Glauben ließ, es geschehe alles zum Schutz des Parlaments. Er war ein Feind des Föderalismus, aber er hat auch dies zu verbergen gewußt und den Einheitsstaat über ein Finanzgesetz erreichen wollen. In beiden Fällen täuschte er seine treuesten Anhänger. *(Karl Otmar Freiherr von Aretin, in: Frankfurter Hefte, 26. Jahrgang 1971, S. 938.)*

Wesentlich vielseitiger und differenzierter sieht Karl Dietrich Bracher das Gesamtthema: Er spricht, ähnlich wie Theodor Eschenburg, von „Brünings unpolitischer Politik". Dann kommt er zu folgendem Ergebnis:

Die Massen sind für ihn kein Faktor der Politik, die innenpolitische Krise stellt sich ihm als ein Problem der Außenpolitik und der richtigen Finanzpolitik dar, die tiefe Vertrauenskrise seines eigenen Systems endlich sieht er fast ausschließlich als personale Bedrohung seines Verhältnisses zu Hindenburg und der Kamarilla. Es war, mit Ernst Deuerlein zu sprechen, Kabinettspolitik mehr des 18. als des 19. Jahrhunderts, die keine mündigen Bürger, sondern zu Gehorsam verpflichtete Untertanen kannte. Sie verkannte und verschärfte die radikale Dynamik der Massen in der Krise. Man kann die Mischung von Illusion und Resignation, mit der Brüning die Widerlegung seines Kurses erfährt, wohl nur aus der Fixierung auf eine vordemokratische Staatsauffassung erklären, die weder der Realität einer massendemokratischen Gesellschaftsbewegung gewachsen war noch die Möglichkeit eines totalitären Herrschaftssystems zu erfassen vermochte. Er bleibt auch nachträglich dabei, daß sein krisenverschärfender Kurs des Durchhaltens der Krise notwendig und richtig war, und daß er letztlich nur an den Intrigen des Hindenburgkreises, dem Verhalten einiger Wirtschaftsführer und der Ungeduld der deutschen Öffentlichkeit knapp gescheitert sei. Arbeitslosigkeit und Bankenkrise, Verzweiflung und Radikalisierung waren ihm notwendige Stufen auf dem Wege zur äußeren Revision und zur inneren Stabilisierung. Ihre katastrophalen innenpolitischen Auswirkungen hat sein rigoroser Zeitplan verkannt, mit dem er die deutsche Bevölkerung ebenso überforderte wie seine eigene machtpolitische Stellung, die entsprechend seiner eigenen Option eben nicht mehr auf dem Parlament und den Parteien beruhte, sondern auf dem schwankenden „Vertrauen" Hindenburgs und seiner unverantwortlichen Ratgeber. Dies vermeintliche Vertrauensverhältnis, von der Hindenburgseite kalt genutzt und dann gebrochen, bietet wohl die tiefste persönliche Erklärung für den Weg und das Scheitern Brünings . . . Aber die Tragik war, daß er gerade durch diesen Kurs und seine Stützung auf die Hindenburg-Kamarilla selbst zum Abbau der parlamentarischen Demokratie und zur Auflösung der Republik, zur Gewöhnung an oligarchische und autoritäre Politik beigetragen hat. . . . Der Glaube, den Rechtsstaat auch ohne Demokratie erhalten zu können, erwies sich als fatale Illusion. Brüning war nicht, wie auf dem Umschlag seiner Memoiren zu lesen ist, der letzte Kanzler vor der Auflösung der Weimarer Republik, er war der erste Kanzler im Prozeß dieser Auflösung der deutschen Demokratie. *(Karl Dietrich Bracher, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 19, 1971, S. 120 ff.)*

Werner Conze, der diese Schlußfolgerung Brachers entschieden ablehnt, urteilt milder und versöhnlicher, doch weist auch er bei aller Abgewogenheit auf das Widersprüchliche und Irreale in Brünings Politik hin:

Brünings Plan (einer Wiedereinführung der Monarchie nach britischem Vorbild) war allzu schwach abgestützt, für deutsche Voraussetzungen kaum angemessen gedacht, ohne nennenswerte Erfolgsaussicht, wahrscheinlich auch keine realistische Alternative zu Hitlers Machtübernahme, die nach Brünings Sturz keine aussichtsreiche Gegenlösung mehr zu fürchten brauchte, es sei denn die Verlängerung des Nervenkrieges am Rande oder mit Hilfe des Ausnahmezustandes, bei dem die frühere Erwartung Brünings noch hätte eintreten können, daß die Hitler-Bewegung sich abnutzen, zersetzen und ihren Angriffsschwung verlieren werde.

Brünings großer Plan war eindrucksvoll in seiner Spannweite und Geschlossenheit, er war bis zur Voraussicht auf die Konferenzen in Lausanne und Genf wirklichkeitsnah, in seinem wirtschaftspolitischen Ansatz auf längere Sicht (1933/34) aussichtsreich, in Teilen der Verfassungs- (Parlaments-)Reform durchführbar, in der Krönung des Ganzen aber bei allem Mut illusionär.

Das Scheitern Brünings war . . . schon im Zwielicht seiner Amtsübernahme als wahrscheinlich angelegt. Wenn er in diesem Zwielicht hätte durchhalten wollen, dann hätte er sich eindeutig nach rechts profilieren müssen, um Schleicher und mit ihm Hindenburg nicht zu verlieren. Und er hätte wohl auch seine politische Reformplanung weniger umfassend, weniger drängend und damit weniger risikoreich ansetzen müssen. Doch beides war für ihn, der mit seiner gewagten Politik das deutsche Verhängnis wenden wollte, nicht annehmbar . . .

Brüning hatte zu hoch gegriffen in einem Handlungsspielraum, den weiter als möglich auszudehnen er von seiner politischen Umwelt zu ertrotzen suchte. Daß ihm dies nicht zugestanden wurde, war nicht nur die Folge der fast ausweglosen strukturellen und menschlichen Verstrickung der deutschen Verhältnisse um 1930, sondern nicht minder Brünings eigenes Versäumnis, sich intensiver auf diese Umwelt einzulassen. In diesem seiner Natur gemäßen Versäumnis lag die Grenze seiner politischen

Reichskanzler v. Papen und Reichswehrminister v. Schleicher auf der Ehrentribüne der Rennbahn von Karlshorst. Ganz links der französische Botschafter Francois-Poncet.

Größe – mitten in einer Zeit der Überreizung, in der Hitlers Aufstieg für Millionen Enttäuschter der Ausweg aus der Ausweglosigkeit zu sein schien. *(Werner Conze, in: Historische Zeitschrift, Bd. 214, 1972, S. 333 f.)*

6. Die letzten Präsidialkabinette und das Ende der Republik

a) Franz von Papen

Die Entlassung Brünings bedeutete für die deutsche und für die Weltöffentlichkeit eine völlige Überraschung. Die rechtsradikale Presse überbot sich in Triumphgeschrei. Millionen deutscher Wähler aber sahen sich von dem Reichspräsidenten böse enttäuscht, als bekannt wurde, daß Hindenburg den Reichskanzler, um dessentwillen sie für ihn gestimmt hatten, vor die Tür gesetzt hatte. Noch erstaunter war man über die Person des neuen Kanzlers, des Barons Franz von Papen. Auch er war eine „Entdeckung" des Generals von Schleicher, allerdings eine wenig glückliche. „Papens Gastrolle in der Staatsmannschaft" nennt ein Historiker seine Amtszeit. Die anschaulichste Charakteristik Papens finden wir bei Erich Eyck:

Er war in der guten Gesellschaft als Herrenreiter bekannt und spielte eine große Rolle im Herrenklub (ein stockreaktionärer Verein), wo seine ungewöhnlichen gesellschaftlichen Gaben ihre volle Wirkung ausüben konnten. Seine geistigen Gaben wurden jedoch nur als gering eingeschätzt. Der französische Botschafter François-Poncet, der sehr viel hörte, berichtet, daß weder seine Freunde noch seine Feinde ihn völlig ernst nahmen; man habe ihn oberflächlich, einen Wirrkopf, falsch, ehrgeizig, eitel, listig und intrigant genannt . . .

Dieser Herr von Papen war einmal Militär-Attaché bei der Deutschen Botschaft in Washington gewesen und während des Krieges von den Amerikanern ausgewiesen worden, weil er – mit Recht oder Unrecht – bezichtigt wurde, Sabotage-Akte organisiert und finanziert zu haben . . .

Er gehörte dem streng katholischen Adel Westfalens an und war mit einer Tochter des Inhabers der großen Steingutfabrik Villeroy und Boch in Mettlach im Saargebiet verheiratet. Die Verbindung mit dieser sehr reichen und halb französisierten Familie gab ihm . . . die materielle Unabhängigkeit, die ihm erlaubte, sich am parlamentarischen Leben zu beteiligen . . .

Da ihm parlamentarische Lorbeeren versagt blieben, benutzte er seine reichen Mittel, um den größeren Teil der Aktien der „Germania", des führenden Zentrumsblattes, zu erwerben. Trotzdem gelang es ihm nicht, weder in den Reichstag noch in den diplomatischen Dienst aufgenommen zu werden. So litt er unter seinem unbefriedigten Ehrgeiz. Wenn diejenigen, die ihm eine Förderung verweigerten, seine politischen Kenntnisse und Fähigkeiten gering schätzten, so hat er ihnen noch nachträglich durch seine Memoiren den Beweis geliefert, wie sehr sie recht hatten. Selten ist politische Unkenntnis und Oberflächlichkeit mit solcher Selbstgefälligkeit zur Schau gestellt worden, wie in dieser Autobiographie, und der Verfasser hat jeden Anspruch auf schonende Behandlung schon dadurch verwirkt, daß er der deutschen Ausgabe den arroganten Titel gab: „Der Wahrheit eine Gasse." Tatsächlich haben die Erinnerungen des Herrn von Papen auf diesen Titel nicht viel mehr Anspruch als die Erzählungen des Freiherrn von Münchhausen. *(Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik II, 483 ff.)*

Auch das jüngste Erinnerungsbuch Papens „Vom Scheitern einer Demokratie 1930 bis 1933" präsentiert nach dem Urteil Karl Dietrich Brachers „einen verkürzten Neuaufguß der Memoiren". Seine grundsätzlichen Betrachtungen zur Auflösung der Weimarer Republik sind „an Plattheit nicht zu überbieten".

Sogar in konservativen Kreisen rief die Ernennung Papens Erstaunen und Verblüffung hervor. Als Schleicher darauf angesprochen wurde: „Der Papen ist doch kein Kopf", erwiderte er: „Das soll er ja nicht sein, aber er ist ein Hut." Dazu der Kommentar Theodor Eschenburgs:

Ob Schleicher Papens politische Qualifikation . . . völlig überschätzte oder ob er dessen Unzulänglichkeiten von vornherein gesehen, aber ihn gerade deswegen präsentiert hatte, weil es ihm lediglich auf einen ihm genehmen Strohmann ankam – die Auswahl zeugt von einem infantilen Leichtsinn. *(Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, S. 68.)*

Jetzt hielt Schleicher die Zeit für reif, offen hervorzutreten und übernahm das Amt des Reichswehrministers. Das neue Kabinett bestand vorwiegend aus Reaktionären, über die Hälfte Adlige, die zum größten Teil den Deutschnationalen angehörten oder ihnen nahestanden. Die Börse reagierte sauer auf dieses „Kabinett der Barone"; es begann eine Flucht in die Sachwerte. Die bürgerliche Presse verhielt sich reserviert, sozialdemokratische und Zentrumszeitungen sagten ihm schärfsten Kampf an. Der Zentrumspartei schickte Papen schleunigst seine Austrittserklärung, um nicht ausgeschlossen

Als Ergebnis von Verhandlungen Stresemanns und Brünings mit den Westalliierten konnte in der Konferenz von Lausanne die Beendigung der Reparationszahlungen erreicht werden. V. l. n r. sitzend: Finanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, Außenminister Freih. v. Neurath, der britische Außenminister MacDonald, Reichskanzler v. Papen (Juni/Juli 1932).

zu werden. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und spätere Widerstandskämpfer Julius Leber notierte am 6. Juni:

Die altpreußische Adelsclique ist wieder da. Dieselben Kreise schicken sich an, auf dem Rücken der braunen Kamele in die Arena der politischen Diktatur zu reiten, die Deutschland unter Wilhelm in Unfreiheit und ins Elend geführt haben.

Das Ausland begegnete der Regierung mit Mißtrauen und unfreundlicher Kritik. Graf Westarp berichtet von der Reaktion eines prominenten Amerikaners:

In Amerika sei wegen der Papen-Vorgänge aus dem Kriege größte Empörung. Man schließe jetzt dort den Vorhang; wenn wir in Deutschland immer wieder glaubten, isoliert auf dem Monde zu leben und uns um die Stimmung der Welt nicht kümmern zu brauchen, so sei uns auch nicht zu helfen.

Erstaunlich ist eine Äußerung Hindenburgs zu Brüning bei dessen offiziellem Abschiedsbesuch, denn „an diesem Tage war sein Geist klar und frisch". Er sagte damals:

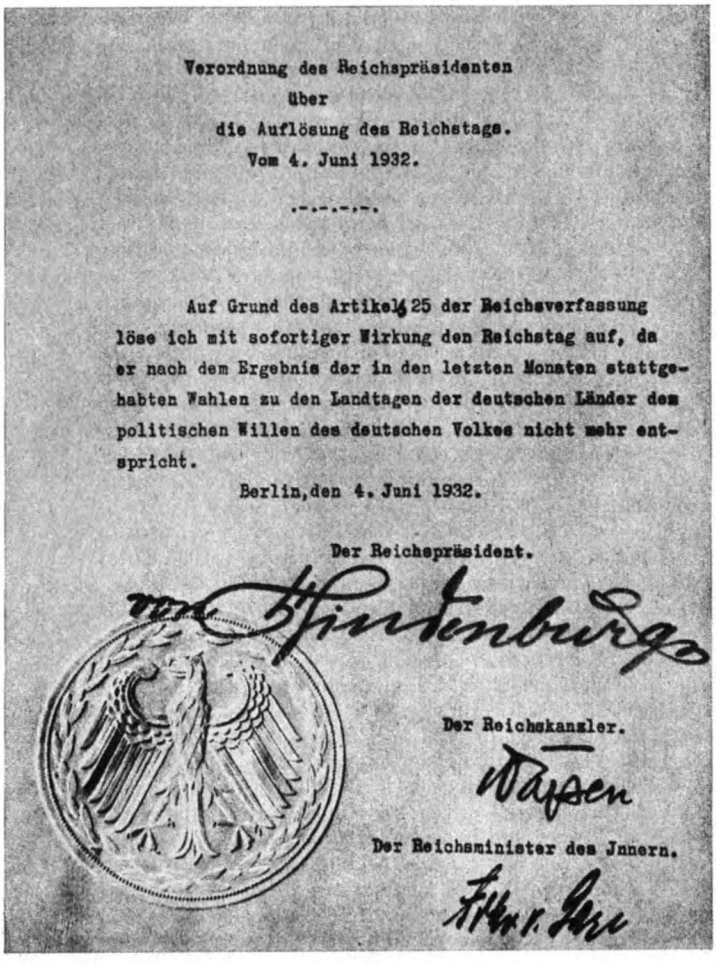
Wir haben jetzt ein Kabinett, wie ich es immer gerne gehabt hätte, aber ich bin wieder betrogen worden. Dieser Kanzler (Papen) wird es niemals schaffen. Ich bin noch nicht zu alt, um das zu sehen. Sie hätten bleiben sollen, und alles würde in Ordnung gewesen sein.

Brüning fügt hinzu:

Im Herbst 1932 und wieder im Juli 1933 wurden Versuche Reichspräsident Hindenburgs, mich direkt zu konsultieren, durch den dringenden Wunsch gewisser Leute vereitelt, eine Zusammenkunft zwischen uns zu verhindern, die zu einer vollen Enthüllung der Intrigen hätte führen können, die für die Weigerung des Präsidenten, seine Unterschrift für weitere Verordnungen meiner Regierung zu geben, verantwortlich gewesen waren. *(Heinrich Brüning, Ein Brief, Deutsche Rundschau 1947, Heft 7.)*

Aber Franz von Papen brannte darauf, seinen Befähigungsnachweis zu erbringen. Mit großen Worten begann er zu regieren, mit kühnem Draufgängertum glaubte er, alle Probleme spielend lösen zu können. Auf außenpolitischem Gebiet gelang es ihm, die Ergebnisse der erfolgreichen Verhandlungen Stresemanns und Brünings mit den Westalliierten für sich in Anspruch zu nehmen und auf der Lausanner Konferenz

Die beiden letzten Reichskanzler vor Hitler: Franz v. Papen u. General Kurt v. Schleicher.



Verordnung des Reichspräsidenten
über
die Auflösung des Reichstags.
Vom 4. Juni 1932.

.-.-.-.-.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, den 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident.

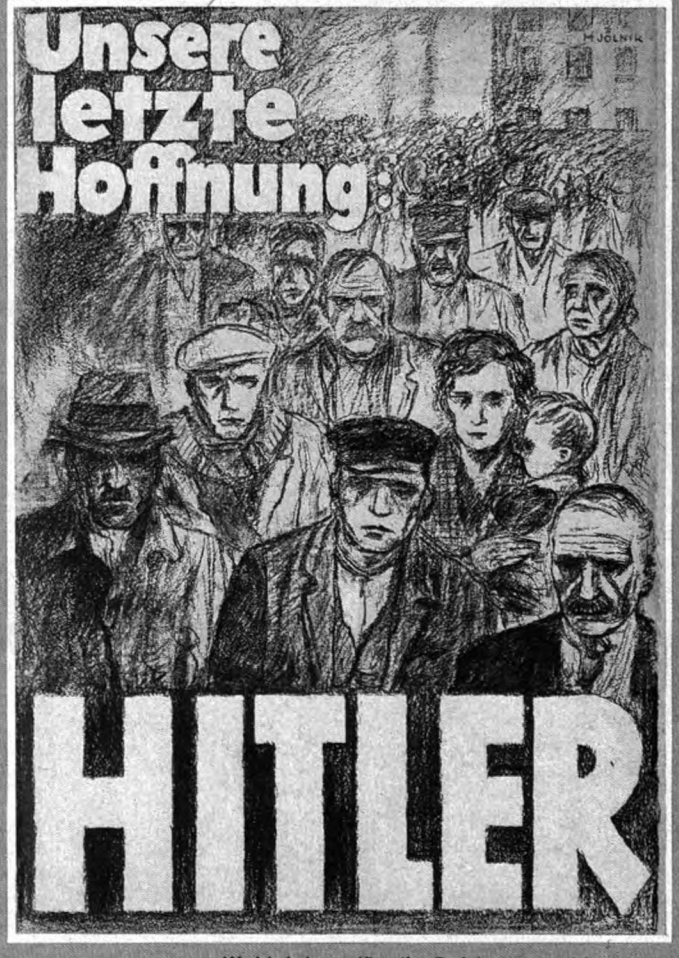
von Hindenburg

Der Reichskanzler.

Papen

Der Reichsminister des Innern.

Frhr. v. Gayl



Wahlplakate für die Reichstagswahlen 1932.

(Juni/Juli 1932) die Beendigung der Reparationszahlungen zu erreichen. Seine Wirtschaftspläne kamen über Anfänge nicht hinaus, seine sozialpolitischen Maßnahmen bedeuteten einen gefährlichen Rückschritt.

Innenpolitisch beging er eine Reihe schwerer Fehler. Schleicher hatte unklugerweise den Nationalsozialisten die Aufhebung des SA- und SS-Verbots und baldige Reichstagsneuwahlen zugesagt, wenn sie die Papen-Regierung tolerierten, und diese Versprechungen mußten jetzt eingelöst werden. Die Folge waren blutige Kämpfe und Gewalttaten, die überall im Reich wieder aufflammten. Diese nahm Papen zum Anlaß, um aufgrund des Art. 48 die preußische Staatsregierung Braun-Severing abzusetzen, ein eindeutiger Staatsstreich. Das Kabinett Braun hatte seit 1920 fast ununterbrochen als Regierung der Weimarer Koalition in Preußen amtiert und erst bei den Landtagswahlen im April 1932 seine parlamentarische Mehrheit verloren. Um den Nationalsozialisten den Weg zur Macht in Preußen zu verbauen, wurden unter Anwendung militärischer Gewalt die bisherigen preußischen Minister aus ihren Ämtern entfernt; Papen selber übernahm als Reichskommissar für das Land Preußen die gesamte vollziehende Gewalt. Daß die Regierung Braun-Severing kampflos kapitulierte, erklärt sich aus der innen- und wirtschaftspolitischen Situation.

Die Frage, ob die preußische Regierung hätte gewaltsamen Widerstand leisten sollen oder können, ist in der Literatur umstritten. Zur Begründung der negativen Auffassung läßt sich feststellen: Ein Generalstreik war bei sechs Millionen Arbeitslosen gegen die Autorität des Reichspräsidenten und eines Eliteheeres nicht durchzuführen, und die Lage war mit der beim Kapp-Putsch nicht vergleichbar.

Mit der Auflösung des Reichstags beging Papen denselben Fehler wie Brüning im Sommer 1930. Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 war noch katastrophaler als das vom 14. September 1930:

Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932

		%
Kommunistische Partei	89	14,2
Sozialdemokratische Partei	133	21,5
Deutsche Staatspartei (bisher Deutsche Demokratische Partei)	4	1,0
Zentrum	75	12,4
Bayerische Volkspartei	22	3,2
Deutsche Volkspartei	7	1,1
Deutschnationale Volkspartei	37	5,9
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	230	37,2
Splitterparteien und Fraktionslose	11	3,5
Gesamtzahl der Mandate	608	

Dank ihrer massiven Propaganda erzielten die Nationalsozialisten einen derartigen Stimmengewinn, daß sie nicht nur die stärkste Fraktion wurden, sondern daß sich auch die Frage stellte, wieweit die NSDAP die Beteiligung anderer Parteien an einer von ihr gebildeten Regierung annehmbar finden würde. Selbstverständlich forderte Hitler jetzt die ganze Macht für sich und seine Bewegung, wurde aber von Hindenburg abgewiesen mit der Begründung, daß er es nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der NSDAP zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Dies bedeutete den Bruch zwischen Hitler und Papen sowie den Übergang der Nationalsozialisten zu schärfster Opposition gegen die Reichsregierung. Um endlich gegen die bürgerkriegsähnlichen Zustände einschreiten zu können, hatte Papen in einer Verordnung – leider reichlich spät – als verschärfte Strafdrohung für politischen Terror und Gewalttaten die Todesstrafe festgesetzt.

In der darauf folgenden Nacht (8./9. August) kam es zu dem berüchtigten Mordfall in Potempa (Oberschlesien). Fünf uniformierte SA-Leute drangen in die Wohnung eines kommunistischen Arbeiters ein und prügelten bzw. trampelten ihn vor den Augen seiner entsetzten Mutter zu Tode. Ein Sondergericht in Beuthen verhängte über die fünf Mörder die Todesstrafe. Darauf beschimpfte Hitler den Reichskanzler von Papen öffentlich als einen Bluthund und sandte den Verurteilten folgendes Telegramm:

Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht!

Als Papen kurz vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags neue Notverordnungen zur „Ankurbelung der Wirtschaft" erließ, sprach ihm dieser in der Eröffnungssitzung vom 12. September mit der überwältigenden, im parlamentarischen Deutschland noch nie dagewesenen Mehrheit von 512 gegen 42 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) das Mißtrauen aus. Das ist der Eindruck, den Papen in dieser Sitzung auf Theodor Heuss machte: „Ich habe die Erinnerung an ein nichtssagendes Gesicht behalten, in dessen fahle Züge der Mangel an Begabung eingezeichnet war."

In der Sackgasse, in der Papen sich jetzt befand, wußte er keinen anderen Ausweg als abermalige Reichstagsauflösung und Neuwahl (6. 11. 1932). Diese brachte zwar einen Rückgang der nationalsozialistischen Mandate von 230 auf 196, führte aber auch Papens eigenen Sturz herbei. Er hatte den abenteuerlichen Plan, einen neuen autoritären Staat zu schaffen und alle Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände durch Notverordnung zu beseitigen. Eine dabei zu erwartende gemeinsame nationalsozialistisch-kommunistische Revolte gedachte er mit Hilfe der Reichswehr niederzuschlagen. Als ihm Schleicher klarmachen mußte, daß dieser Plan undurchführbar sei, war Papen am Ende seiner politischen Weisheit. Schweren Herzens entließ Hindenburg seinen Lieblingskanzler und schickte ihm sein Bild mit der Widmung „Ich hatt' einen Kameraden".

Reichstagswahlen vom 6. November 1932

		%
Kommunistische Partei	100	16,8
Sozialdemokratische Partei	121	20,4
Deutsche Demokratische Partei	2	0,9
Bayerische Volkspartei	20	2,9
Zentrum	70	11,9
Deutsche Volkspartei	11	1,7
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	196	33,0
Deutschnationale Volkspartei	52	7,2
Splitterparteien	12	5,2
Gesamtzahl der Mandate	584	

b) Kurt von Schleicher

Jetzt hatte die Hindenburg-Kamarilla nur noch eine Karte auszuspielen: Schleicher mußte wohl oder übel selber als letzter Kanzler der Weimarer Republik die Verantwortung übernehmen. Nun mußte sich zeigen, ob er wirklich der große Mann war, als der er sich so gern hatte herausstellen lassen. Nur knapp zwei Monate blieb er im Amt, doch waren seine Anfänge keineswegs hoffnungslos. In einer Rundfunkansprache kündigte er sich als „sozialer General" an, aber den Worten folgten wenig Taten.

Ein außenpolitischer Erfolg, die Anerkennung der grundsätzlichen Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage durch das Lausanner Abkommen (11. Dezember), wiederum ein Ergebnis der unermüdlichen Bemühungen Stresemanns und Brünings, fand in der Öffentlichkeit wenig Beachtung. Entweder waren sich Presse und Parteien der Bedeutung des Erreichten in keiner Weise bewußt oder sie wollten es nicht sein. Schleichers Plan einer Spaltung der NSDAP, auf den er große Hoffnung gesetzt hatte, mißlang; auch seine Verhandlungen mit den christlichen und den freien Gewerkschaften, mit den Mittelparteien und der SPD führten zu keinen greifbaren Ergebnissen. „Der General warb um alle, und er machte alle mißtrauisch." (Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 600 f.) Schleichers Übergangskurs war ungenügend vorbereitet, sein Programm teilweise unrealistisch (so sollten Reichsbanner und Stahlhelm zu einem einheitlichen Reichskriegerbund vereinigt werden), und des Generals scheinbar unbekümmerter Optimismus kam zu unvermittelt für alle Parteien und Gruppen. Er weckte Erwartungen, die durch die tatsächlichen Entschließungen nicht erfüllt wurden. Bevor jedoch der General weiter tätig werden konnte, kam der Dolchstoß auch für ihn aus dem Reichspräsidentenpalais. Der Kölner Bankier Kurt von Schröder, Leiter des Kölner Herrenklubs, sorgte für neue Kontakte zwischen der NSDAP und Papen, dessen Selbstüberschätzung in der verflossenen Zeit erheblich gewachsen war.

In Schröders Kölner Wohnung trafen sich am 4. 1. 1933 Hitler und Papen, und diese Besprechung wurde zur „Geburtsstunde des Dritten Reiches" (Bracher). In dem Wunsche, Papen schließlich doch wieder zum Kanzler zu berufen, beauftragte Hindenburg diesen heimlich, seine Fäden mit den Nationalsozialisten weiterzuspinnen, anstatt den intrigierenden Privatmann in seine Grenzen zu verweisen. Die Landtagswahlen in dem Kleinstaat Lippe-Detmold (15. 1. 1933), bei denen die Nationalsozialisten wieder einen Gewinn erzielen konnten, den sie natürlich als Riesenerfolg aufbauschten, waren für Hindenburgs Berater ein neues Argument, um den altersschwachen Präsidenten zu beeinflussen, daß mit der NSDAP nach wie vor zu rechnen sei. Ein massiver Vorstoß des bereits stark nationalsozialistisch durchsetzten Reichslandbunds wirkte in derselben Richtung. Papen stellte dann noch die Verbindung zwischen Hitler und dem Sohn des Präsidenten her, und als Schleicher auch kein anderes Mittel mehr wußte als Reichstagsauflösung und Erklärung des Staatsnotstandes, verweigerte Hindenburg seine Zustimmung: Damit war Schleicher gescheitert. Bewußt ausgestreute falsche Gerüchte über angebliche Putschpläne Schleichers und des Chefs der Heeresleitung, um mit Hilfe der Potsdamer Garnison den Reichspräsidenten abzusetzen, dienten dazu, den letzten Widerstand Hindenburgs gegen eine Berufung Hitlers zu überwinden.

Vergebens hoffte Schleicher, Hindenburg würde ihn später doch wieder holen müssen: „Dann werden wir der braunen Kanaille die Zähne zeigen." (Hans Otto Meißner: 30 Januar '33, S. 250)

Abschließend urteilt Theodor Eschenburg über Schleicher:

Wahrscheinlich wäre er der einzige gewesen, der, wenn Hindenburg ihm freie Hand gelassen hätte, die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können. Aber er hatte sich durch seine geschäftigen taktischen Manipulationen um jeden persönlichen Kredit gebracht, sowohl bei Hindenburg als auch beim Zentrum und der Sozialdemokratie. Diejenigen, deren er sich zum Sturze Brünings bedient hatte, stürzten jetzt ihn.

(Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, S. 70.)

c) Die „Machtergreifung"

Noch am 27. Januar hatte Hindenburg zwei Reichswehrgenerälen erklärt: „Sie werden mir doch nicht zutrauen, meine Herren, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe." (Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 717.) Am 30. 1. 1933 stellte er ihn trotzdem an die Spitze der Reichsregierung! Da Papen gleichzeitig Vizekanzler wurde, die Nationalsozialisten insgesamt nur mit drei Mann im Kabinett vertreten waren und die wichtigsten Ministerien durch deutschnationale und konservative Politiker besetzt wurden, glaubte man, Hitler „eingerahmt" zu haben und die weitere Entwicklung unter Kontrolle halten zu können, eine Annahme, die sich als verhängnisvolle Illusion erweisen sollte.

7. Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik

● Zu den langfristigen Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik gehört der Mangel an demokratischen Traditionen. Das Bürgertum hatte in seiner großen Mehrzahl nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 sich der obrigkeitlichen Herrschaftsweise Preußen-Deutschlands angepaßt, ja sogar Denk- und Lebensweise der adligen Oberschicht übernommen. Nur bei den relativ wenigen Linksliberalen und in der Sozialdemokratie lebten die Ideale von Bürgerfreiheit und Mitregierung der Achtundvierziger fort. Zu den Ordnungsvorstellungen gehörte vor allem das Vertrauen in einen Staat über den gesellschaftlichen Gruppen, der unparteiisch den Ausgleich der Interessen als Sachwalter der Gesamtheit wahrnimmt. Dieser Staat verkörperte sich in einer dem Volk nicht verantwortlichen Herrscherperson.

Der Erste Weltkrieg half mit, solche Einstellungen zu festigen. Das Erlebnis der allgemeinen Kriegsbegeisterung 1914, das Durchhalten von Front und Heimat über die Jahre der Materialschlachten, des Stellungskrieges, der Hungerblockade, die Kameradschaft der Frontsoldaten ließen die Illusion einer Volksgemeinschaft ohne soziale und weltanschauliche Schranken entstehen, geeint in der Abwehr der Bedrohung durch äußere Feinde. Ergänzt durch die Identifikation mit einer monumentalen Führerfigur – Generalfeldmarschall von Hindenburg –, empfahl sich

In der historischen Reichstagssitzung vom 12. November 1932 übersieht der Reichstagspräsident Göhring, daß sich Reichskanzler v. Papen zu Wort gemeldet hat.

diese Volksgemeinschaft auch als Gesellschaftsmodell für den Frieden.

● Der verlorene Krieg gehört mit zu den Gründen für die Instabilität der Weimarer Republik. Die Demokratisierung Deutschlands im Gefolge der Novemberrevolution war nicht das Ergebnis einer Volksbewegung mit diesem Ziel, sondern einer von Marine und Heimatheer ausgehenden Bewegung zur Beendigung des Krieges gewesen. Die letzte kaiserliche Regierung unter dem Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Reichsverfassung bereits parlamentarisiert. Der Kaiser wurde gestürzt, weil er als letztes Hindernis auf dem Weg zum Frieden betrachtet wurde. Die Deutschen erwarteten nun – gleichsam als Belohnung – einen milden Frieden aus der Hand des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson.

Als sich nach den Pariser Friedensschlüssen 1919/20 herausstellte, daß man sich getäuscht hatte, als insbesondere mit dem Frieden von Versailles die Großmachtstellung des Reiches allem Anschein nach für immer dahin war, die Reparationen die Wirtschaft dauernd schädigen würden und Deutschland als Alleinschuldiger am Kriege innerhalb der internationalen Völkergemeinschaft geächtet wurde, schlug die Stimmung um. Die Behauptung vom Dolchstoß in den Rücken der unbesiegten Front durch die „Novemberverbrecher" wurde geglaubt und machte die Demokratie zum verächtlichen Ergebnis der unverdienten militärischen Niederlage. Für alle wirtschaftlichen Notlagen, die Inflation von 1918 bis 1924 und die große Wirtschaftskrise ab 1929, wurden die Reparationszahlungen an die Siegermächte verantwortlich gemacht. Da die Mitglieder der deutschen Regierungen als willfährige „Erfüllungspolitiker" angesehen wurden, die den Friedensbedingungen keinen Widerstand entgegensetzten, fiel die Schuld an Verarmung und Verelendung einiger Teile des Volkes, besonders des Mittelstandes, auf das demokratische „System" zurück.

Es mag sein, daß die Reparationen die Inflation und Wirtschaftskrise verstärkten, als Ursachen wirkten sie jedoch nicht. Obwohl insgesamt die Kriegsfolgen keineswegs so verheerend für Deutschland waren, wie sie von der Rechten dargestellt wurden, beeinträchtigte doch das „Diktat von Versailles" das Ansehen der Demokratie. Dieser Makel konnte nicht durch großartige Erfolge in der Außenpolitik ausgeglichen werden, da die Siegermächte sich lange sperrten, überhaupt Zugeständnisse zu machen. Der Versailler Vertrag war für die meisten Deutschen ein Verhängnis, und sie lasteten ihn dem neuen demokratischen Staat an.

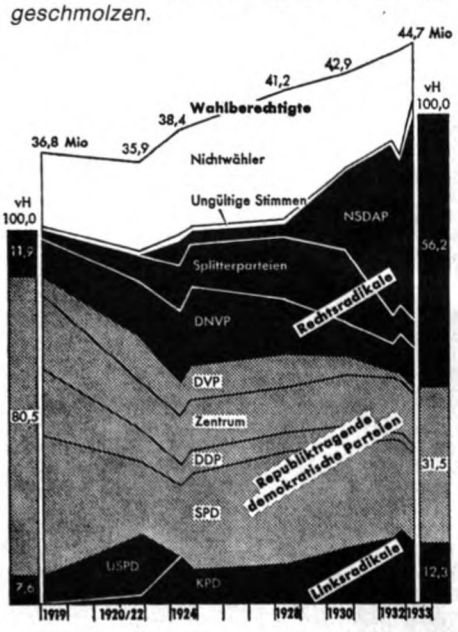
● Immerhin wurde der Vertrag von Versailles in einigen Punkten – Rheinlandbesetzung, Reparationen, Gleichberechtigung bei der Rüstung – revidiert, wenn auch sehr spät. Anders stand es mit einigen „Geburtsfehlern", die der Republik seit ihrer Gründung 1919 anhafteten. Das Personal von Verwaltung, Justiz und Militär hatte fast vollständig übernommen werden müssen. Wenn diese Staatsdiener – immer noch meist überzeugte Monarchisten – auch nicht zu Vorkämpfern der Demokratie wurden, so bildeten sie andererseits wegen ihrer beschworenen Treue zur Verfassung keine direkte Gefahr für den Bestand der Republik. Von ihnen ging kein Umsturz aus; aber wer immer sich des Instruments der Verfassung legal bediente, konnte auf ihre Loyalität rechnen.

● Diese Verfassung ließ sich nun eben wegen des Dualismus von Reichstag und Reichspräsident verschieden handhaben: parlamentarisch und antiparlamentarisch bis autoritär. Für die Schönwetterperioden der Politik fungierte das Parlament als Stätte der politischen Entscheidungen, und der Präsident nahm die ihm zustehenden Aufgaben im Auftrage der Reichsregierung wahr.

Der Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) im November 1932 wurde von Nazis und Kommunisten gemeinsam ausgerufen.

Wahlen 1919/1933

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 stimmten 80,5 % der Wähler für die Parteien der Weimarer Koalition, 1933 waren ihre Stimmen auf 31,5 % zusammengeschmolzen.



Sollte aber der Parlamentarismus versagen, dann konnte nach Artikel 48 eine „Reserveverfassung" aktiviert werden, nach der Reichspräsident und Reichsregierung ohne Reichstag mit Verordnungen statt Gesetzen regieren konnten. Der Präsident war in der Lage, den Reichstag aufzulösen. Dies alles jedoch nur auf Zeit. Der Präsident besaß zudem auf Grund seiner Wahl für sieben Jahre durch das Volk eine gleiche Legitimation wie der Reichstag. Die Väter der Verfassung hatten aus Sorge vor dem Versagen der Parteien in Krisenzeiten aus Uneinigkeit diese Alternativkonstruktion in ihr Werk eingebaut, jedoch die Rückkehr zum Parlamentarismus als selbstverständlich vorausgesetzt.

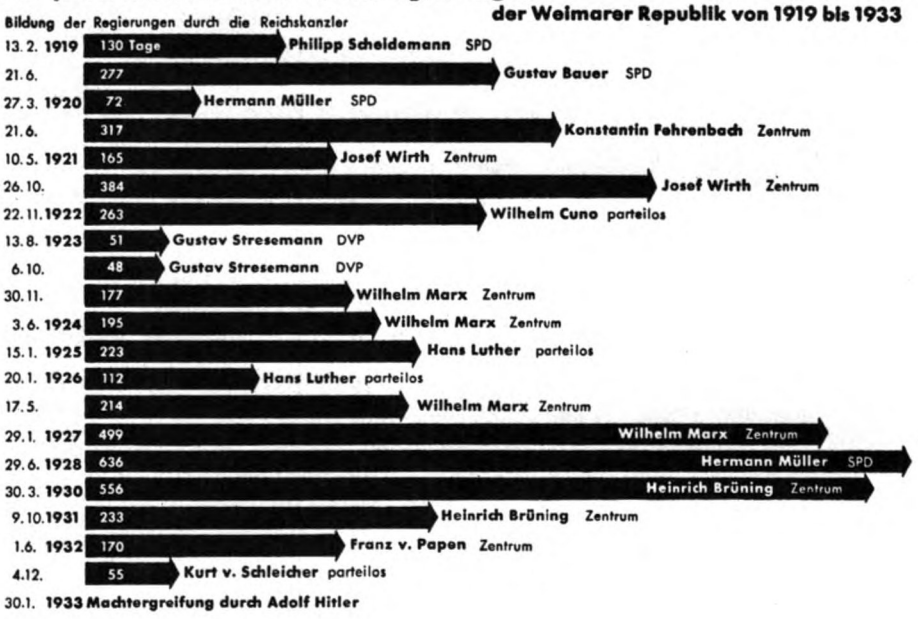
● Die Verfassung hatte ohnehin einen parlamentarisch-autoritären Doppelcharakter. Die starke Stellung des Reichspräsidenten machte ihn zu einem Verfassungsorgan mit deutlich monarchischen Zügen, als einziges völlig unabhängig von den Parteien und ihren Mehrheitsverhältnissen im Parlament. Das Staatsoberhaupt entsprach durchaus dem Verlangen der Deutschen nach einer neutralen Gewalt über den Parteien. Der erste Präsident, Friedrich Ebert, hatte sich noch redlich bemüht, diesem Gebot gerecht zu werden; der zweite Präsident, der Monarchist Paul von Beneckendorff und Hindenburg, ließ keinen Zweifel, daß seine Sympathien der Rechten gehörten. Zwar hielt er seinen Eid auf die Verfassung, doch begann mit seiner Präsidentschaft ein stiller Verfas-

sungswandel, der die Gewichte im staatlichen Mechanismus der noch ungefestigten Demokratie sehr verschob. Mit der Zeit – als die Mehrheitsverhältnisse labil blieben, die Kabinette sich schnell ablösten und die Gesetzgebungsarbeit vernachlässigt wurde – büßte der Reichstag sehr an Macht und Bedeutung ein. Dafür gewann das Amt und mit ihm die Person des Reichspräsidenten ständig an Ansehen und Einfluß. Der Präsident wurde angerufen, die häufigen Regierungskrisen zu überwinden.

● Die Parteien waren also in der Tat – wie die Väter der Verfassung befürchtet hatten – ihrer Aufgabe nur unzureichend gewachsen. Auch sie hatten an der Last der Traditionen des Kaiserreichs zu tragen, als Regierung und Parlament Gegenspieler gewesen waren und das Parlament die Regierung hauptsächlich kontrollierte. Sie drängten sich nicht nach der ungewohnten politischen Verantwortung, erlaubten sich Richtungskämpfe und Spaltungen, blieben – besorgt um die Wahrung ihrer ideologischen Grundsätze – starr und kompromißunwillig. Das machte sich in den langen Koalitionsverhandlungen und dem allzu häufigen Sturz von Regierungen bemerkbar, wobei meist die Prinzipien den Erfordernissen des Augenblicks, die immer den Ausgleich durch Verzicht auf einiges von der eigenen Position erforderte, entgegenstanden. Die Möglichkeiten der Intervention des Staatsoberhaupts, des Rückgriffs auf die Reserveverfassung erleichterte es den Politikern, nicht nachzugeben. Man gewöhnte sich daran, den Reichspräsidenten als „überparteilichen" Schlichter und letzte Entscheidungsinstanz besonders bei der Kabinettsbildung heranzuziehen.

● Eine der schwersten Belastungen des politischen Systems, die gerade den Parlamentariern zu schaffen machte, war die Tatsache, daß in der Regel keine Regierungskoalition mit einer klaren Mehrheit gebildet werden konnte. Die extreme Rechte und Linke konnten zur Regierungsbildung nicht herangezogen werden. Die DNVP, erklärte Gegnerin des Parlamentarismus und der Demokratie, schied eigentlich auch aus, konnte aber immerhin zweimal zur Mitwirkung verpflichtet werden, als sie die eigenen Interessen wahren wollte. Die SPD war nicht in Übereinstimmung mit entschieden antisozialistischen Kräften in den bürgerlichen Parteien zu bringen und wurde meist nur zur Tolerierung bürgerlicher Minderheitsregierungen (Zentrum, DDP, DVP) gebraucht. Übrigens hatte die Weimarer Gründungskoalition aus SPD, Zentrum, DDP seit 1920 keine Mehrheit mehr im Parlament. Ein Mehrheitswahlrecht, etwa nach dem Muster des für den Reichstag bis 1918 praktizierten, hätte sehr wahrscheinlich sichere Mehrheiten im Parlament herbeigeführt, die Radikalen von links und rechts hätten sich wegen der verschiedenen Konstelationen in den Wahlkreisen sehr oft vergeblich um ein Mandat beworben; die kommunistischen und nationalsozialistischen Fraktionen wären nie so stark wie von 1930 bis 1932 geworden. Die SPD war jedoch dafür von Anfang an nicht zu haben gewesen; denn zu ihren Hauptforderungen während des Kaiserreiches hatte das demokratischste aller Wahlrechte, das Verhältniswahlrecht, gehört.

Die parlamentarischen Reichsregierungen der Weimarer Republik von 1919 bis 1933



Konfrontation von Anhängern und Gegnern der Republik.

● Auch in den Mittzwanzigern, Weimars „guten", ruhigen Jahren, bekannten sich 9 822 200 Wähler (32,2 Prozent) zu den republikfeindlichen Parteien KPD, DNVP, NSDAP. Auf der Rechten gehörten dazu die alten Eliten des Kaiserreichs aus Landwirtschaft, Industrie, Bürokratie und Militär, die ihre früheren Vorrangstellungen im politischen und gesellschaftlichen Leben zurückbekommen wollten. Große Teile der Intelligenz, allen voran die Hochschullehrerschaft, lehnten den Staat von Weimar ebenfalls ab und unterstützten republikfeindliche Parteien, eine Minderheit davon die Linksradikalen. In der Mittelschicht fanden die nationalistischen und völkischen Ideen großen Anklang, unter denen die nationale Wiedergeburt, Revanche für den verlorenen Krieg, Volksgemeinschaft, Lösung der „Judenfrage" die populärsten waren. In der Arbeiterschaft begeisterten sich die von der deutschen Revolution Enttäuschten für die russische Oktoberrevolution und hofften auf eine deutsche Sowjet-Republik. Ein nicht unerheblicher Anteil der Arbeiterschaft sympathisierte allerdings mit der NSDAP. Es war zu erwarten, daß in Krisenzeiten sich auch die übrigen, vielfach indifferenten Massen radikalisie-

ren würden, bis zu welchem Grade hing von der Anhänglichkeit an die Demokratie und der Schwere der Krise ab.

● Die entscheidende Wende zum Untergang der Weimarer Republik trat 1930 ein, als die letzte Reichsregierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, die Große Koalition aus SPD, DDP, DVP, BVP und Zentrum, am 27. März auseinanderbrach und in der Folge Präsidialkabinette die Regel wurden, die nicht das Vertrauen des Parlaments, sondern nur des Reichspräsidenten hatten. Vorangegangen war der Streit um die Sozialpolitik zwischen Unternehmern, die wegen ihrer hohen Lohnkosten eine Verminderung der Sozialleistungen, und den Gewerkschaften, die eine Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zum Schutz vor Arbeitslosigkeit anstrebten. Damit war der Grundkonsens von 1918 – die möglichst gleichmäßige Berücksichtigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen – in Frage gestellt, das Kompromißbündnis von Bürgertum und Arbeiterschaft, das seit 1918 die Existenz der jungen Demokratie gesichert hatte, aufgekündigt. Der Bruch der Großen Koalition über die Frage der Arbeitslosenversicherung hätte allein keine verhängnisvollen Folgen haben müssen, denn die staatstragenden Parteien verfügten im Reichstag noch über die Mehrheit und die staatsfeindlichen Parteien KPD, DNVP, NSDAP über eine Minderheit von 139 Mandaten. In dieser Zusammensetzung hätte das Parlament bis 1932 die anbrechende Wirtschaftskrise überstehen können. Aber der Reichskanzler Heinrich Brüning löste im Sommer 1930 den Reichstag auf, um sein Wirtschaftsprogramm ohne Abstriche verwirklichen zu können.

Von jetzt an konnten außerparlamentarische Kräfte, die alten Eliten aus Landwirtschaft, Industrie, Militär, aufgrund ihres direkten Zugangs zum Reichspräsidenten von Hindenburg ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele bei der Exekutive zur Geltung bringen. Sie waren gerichtet auf die Errichtung eines autoritären Staates, der von politisch rechten Kräften beherrscht werden sollte. Auf jeden Fall sollten sich die Präsidialkabinette nicht auf die Sozialdemokratie stützen, sondern auf die kooperationswilligen Teile der Rechten.

● Die Katastrophe, die das Land beinahe unregierbar machte, trat mit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ein. Die republikfeindlichen Kräfte auf der Linken und Rechten konnten 39,1 Prozent der Wählerschaft für sich mobilisieren. Am erfolgreichsten war die NSDAP gewesen, die einen Zugewinn von 5 600 000 Stimmen verbuchen konnte. Dieser Siegeszug setzte sich bis zum Sommer 1932 fort und ließ die Nationalsozialisten mit 37,2 Prozent des Wähleranhangs zur stärksten politischen Kraft und zum ausschlaggebenden Faktor in der deutschen Innenpolitik werden. Über die Hälfte der abgegebenen Wahlzettel trug ein Kreuz bei den drei antidemokratischen Parteien. Das Parlament konnte nicht mehr normal funktionieren, da eine Mehrheit des Volkes sich gegen die parlamentarisch-demokratische Regierungsform ausgesprochen hatte.

● Inzwischen war die Staatskrise von einer weltweiten Wirtschaftskrise begleitet, die Deutschlands Wirtschaft besonders hart traf, da das industrielle System wie das politische schwerwiegende Strukturfehler aufwies. Als die Arbeitslosenzahl über die Marke von sechs Millionen stieg, erwies es sich, daß die Haltung der meisten Deutschen gegenüber der jungen Demokratie eher eine Duldung als eine Zustimmung gewesen war. Solange der einzelne die wirtschaftliche Lage als zufriedenstellend empfunden hatte, wurden Parteien gewählt, deren Unterstützung eine Sicherung oder gar Verbesserung des eigenen sozialen und wirtschaftlichen Status erwarten ließ. Nun aber, als der Konjunkturrückgang immer rapider wurde, brach eine Panik aus, in der nur die Änderung des ganzen Systems Rettung verhieß. Jedoch ließ die Wirtschaftskrise die antidemokratischen und antirepublikanischen Gefühle und Stimmungen nicht erst entstehen, sondern steigerte sie zu einer solchen Vehemenz, daß darüber der Staat ins Wanken geriet.

Die radikalsten Flügel des politischen Spektrums, KPD und NSDAP, erhielten Massenzulauf, da sie die Befreiung von Versailles und den Übergang in ganz andere gesellschaftliche Zustände – Diktatur des Proletariats oder Volksgemeinschaft – versprachen. Es wurden irrationale Heilserwartungen erweckt, die besonders die unpolitischen bisherigen Nichtwähler bestimmten, an die Urnen zu gehen. Die NSDAP hatte gegenüber der KPD einen großen Vorteil, weil sie eine Volkspartei wurde, die Wähler aus allen Schichten anzog. Deshalb trifft es zu, daß einen gewichtigen Beitrag zum Untergang der Weimarer Republik das deutsche Volk selber geleistet hat.

Ebenso offenkundig ist es, daß die Nationalsozialisten nicht unausweichlich Zugang zur Macht erhalten mußten. Es gab nämlich Ende 1932 Anzeichen, daß die Massenbewegung bei verbesserter Konjunkturlage und ausbleibender Regierungsbeteiligung der NSDAP ebenso schnell auseinanderlaufen könnte, wie sie sich gesammelt hatte. Die historische Schuld der alten Eliten, die über Hindenburg damals über die Vergabe der Regierungsgewalt verfügten, liegt darin, daß sie – ihre politischen Fähigkeiten im Umgang mit dem neuartigen politischen Phänomen weit überschätzend – das Bündnis mit Hitler eingingen.

● Die Historiker gewichten die Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik unterschiedlich, je nachdem ob der einzelne Forscher die primären Ursachen mehr im Überpersönlichen (in den politischen und ökonomischen Strukturschwächen, in der Weltwirtschaftskrise) oder im Handeln und Mithandeln von Personen, Gruppen, Massen sucht. Schon die Wortwahl für den Vorgang ist kennzeichnend: Wer ihn als Auflösung oder Zusammenbruch bezeichnet, will damit zu verstehen geben, daß die Brüchigkeit und Unzulänglichkeit des Systems an erster Stelle bewirkten, daß es den Anforderungen der Endkrise nicht gewachsen war. Weimar wäre gleichsam an sich selbst zugrunde gegangen. Bei der Wahl von Begriffen wie „Zerstörung" und „Scheitern" liegt die Verantwortung für den Untergang zuallererst bei denen, die ihren Willen zur Vernichtung der Republik betätigen und durchsetzen konnten.

Fackelzug der Nationalsozialisten am Abend des 30. Januar 1933 in Berlin.

Die wichtigsten Minister in den Regierungen der Weimarer Republik

Beginn	*Koalition*	*Reichskanzler*	*Vizekanzler*	*Außenminister*	*Innenminister*	*Reichswehrmin.*	*Wirtschaftsmin.*	*Finanzminister*	*Justizminister*
10. 11. 1918	SPD-USPD (Rat der Volksbeauftr.)	Ohne Ressorts: Ebert (SPD), Scheidemann (SPD), Landsberg (SPD), Haase (USPD), Barth (USPD), Dittmann (USPD)							
29. 12. 1918	SPD (Rat der Volksbeauftr.)	Ohne Ressorts: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Wissell, Noske							
13. 2. 1919	SPD-Ztr.-DDP (Weimarer Koalition)	Scheidemann (SPD)	Schiffer (DDP) ab 30. 4. 1919: Dernburg (DDP)	Graf Brockdorff-Rantzau (parteilos)	Preuß (DDP)	Noske (SPD)	Wissell (SPD)	Schiffer (DDP) ab 19. 4. 1919: Dernburg (DDP)	Landsberg (SPD)
21. 6. 1919	SPD-Ztr. ab Okt. 1919 auch DDP	Bauer (SPD)	Erzberger (Ztr.)	H. Müller (SPD)	David (SPD)	Noske (SPD)	Wissell (SPD)	Erzberger (Ztr.)	ab 2. 10. 1919: Schiffer (DDP)
27. 3. 1920	SPD-Ztr.-DDP	H. Müller (SPD)	Koch (DDP)	Köster (SPD)	Koch (DDP)	Geßler (DDP)	Schmidt (SPD)	Wirth (Ztr.)	Blunck (DDP)
21. 6. 1920	Ztr.-DDP-DVP	Fehrenbach (Ztr.)	Heinze (DVP)	Simons (parteilos)	Koch (DDP)	Geßler (DDP)	Scholz (DVP)	Wirth (Ztr.)	Heinze (DVP)
10. 5. 1921	SPD-Ztr.-DDP	Wirth (Ztr.)	Bauer (SPD)	Rosen (parteilos)	Gradnauer (SPD)	Geßler (DDP)	Schmidt (SPD)	Wirth (Ztr.)	Schiffer (DDP)
26. 10. 1921	SPD-Ztr.-DDP	Wirth (Ztr.)	Bauer (SPD)	Wirth (Ztr.) 21. 1.–24. 6. 1922: Rathenau (DDP)	Köster (SPD)	Geßler (DDP)	Schmidt (SPD)	Hermes (Ztr.)	Radbruch (SPD)
22. 11. 1922	DVP-Ztr.-DDP	Cuno (parteilos)	–	von Rosenberg (parteilos)	Oeser (DDP)	Geßler (DDP)	Becker (DVP)	Hermes (Ztr.)	Heinze (DVP)
13. 8. 1923	SPD-Ztr.-DDP-DVP (Große Koalition)	Stresemann (DVP)	Schmidt (SPD)	Stresemann (DVP)	Sollmann (SPD)	Geßler (DDP)	v. Raumer (DVP)	Hilferding (SPD)	Radbruch (SPD)
6. 10. 1923	SPD (bis 3. 11. 1923)-Ztr.-DDP-DVP	Stresemann (DVP)	–	Stresemann (DVP)	Sollmann (SPD)	Geßler (DDP)	Koeth (parteilos)	Luther (parteilos)	Radbruch (SPD) bis 3. 11. 1923
30. 11. 1923	Ztr.-BVP-DVP-DDP	Marx (Ztr.)	Jarres (DVP)	Stresemann (DVP)	Jarres (DVP)	Geßler (DDP)	Hamm (DDP)	Luther (parteilos)	Emminger (BVP) bis 15. 4. 1924
3. 6. 1924	Ztr.-DDP-DVP	Marx (Ztr.)	Jarres (DVP)	Stresemann (DVP)	Jarres (DVP)	Geßler (DDP)	Hamm (DDP)	Luther (parteilos)	Joël (parteilos)
15. 1. 1925	Ztr.-DDP-DVP-DNVP	Luther (parteilos)	–	Stresemann (DVP)	Schiele (DNVP)	Geßler (DDP)	Neuhaus (DNVP)	von Schlieben (DNVP)	Frenken (Ztr.)
20. 1. 1926	Ztr.-BVP-DVP-DDP	Luther (parteilos)	–	Stresemann (DVP)	Külz (DDP)	Geßler (DDP)	Curtius (DVP)	Reinhold (DDP)	Marx (Ztr.)
17. 5. 1926	Ztr.-DVP-DDP	Marx (Ztr.)	–	Stresemann (DVP)	Külz (DDP)	Geßler (DDP)	Curtius (DVP)	Reinhold (DDP)	Marx (Ztr.) ab 16. 7. 1926: Bell (Ztr.)
29. 1. 1927	Ztr.-BVP-DVP-DNVP	Marx (Ztr.)	Hergt (DNVP)	Stresemann (DVP)	v. Keudell (DNVP)	Geßler (parteilos)	Curtius (DVP)	Köhler (Ztr.)	Hergt (DNVP)
29. 6. 1928	SPD-Ztr.-BVP-DDP-DVP	H. Müller (SPD)	–	Stresemann (DVP) ab 4. 10. 1929: Curtius (DVP)	Severing (SPD)	Groener (parteilos)	Curtius (DVP) ab 23. 12. 1929: Schmidt (SPD)	Hilferding (SPD) ab 23. 12. 1929: Moldenhauer (DVP)	Koch (DDP) ab 13. 4. 1929: v. Guérard (Ztr.)
30. 3. 1930	Präsidialkabinett	Brüning (Ztr.)	Dietrich (DDP)	Curtius (DVP)	Wirth (Ztr.)	Groener (parteilos)	Dietrich (DDP)	Moldenhauer (DVP)	Bredt (Wirtschaftsp.)
9. 10. 1931	Präsidiales Fachkabinett	Brüning (Ztr.)	Dietrich (DDP)	Brüning (Ztr.)	Groener (parteilos)	Groener (parteilos)	Warmbold (parteilos)	Dietrich (DDP)	Joël (parteilos)
1. 6. 1932	Präsidialkabinett	von Papen (parteilos)	–	Frhr. von Neurath (parteilos)	Frhr.v.Gayl (DNVP)	von Schleicher (parteilos)	Warmbold (parteilos)	Graf Schwerin-v. Krosigk (parteilos)	Gürtner (DNVP)
3. 12. 1932	Präsidialkabinett	von Schleicher (parteilos)	–	Frhr. von Neurath (parteilos)	Bracht (parteilos)	von Schleicher (parteilos)	Warmbold (parteilos)	Graf Schwerin-v. Krosigk (parteilos)	Gürtner (DNVP)
30. 1. 1933	NSDAP-DNVP	Hitler (NSDAP)	von Papen (parteilos)	Frhr. von Neurath (parleilos)	Frick (NSDAP)	von Blomberg (parteilos)	Hugenberg (DNVP)	Graf Schwerin-v. Krosigk (parteilos)	Gürtner (DNVP)

LITERATURHINWEISE

I. Dokumente

Flemming, Jens (Hrsg.): Familienleben im Schatten der Krise. Dokumente und Analysen zur Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Droste TB 914, Düsseldorf 1988.

Hohlfeld, Johannes: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. III: Die Weimarer Republik 1919–1933, Dokumenten Verlag Dr. Herbert Wendler, Berlin 1951.

Longerich, Peter (Hrsg.): Die erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, Piper Verlag, München, Zürich 1992.

Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 4–8: Die Weimarer Republik, Dokumenten Verlag Dr. Herbert Wendler, Berlin 1960 ff.

II. Memoiren

Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 1979.

Brüning, Heinrich: Memoiren 1918–1934, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1970.
„Der Informationswert ist trotz Irrtümern, Lücken und einer unzulänglichen Einordnung der Fakten weit größer als der irgendeines Erinnerungswerkes unserer Zeitgeschichte" (Bracher). Ein dramatischer und faszinierender Bericht der Krise und des Untergangs des Weimarer Staates.

Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart 1920.

Geßler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1958.

Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen, Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen 1957.

Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905–1933, Wunderlich Verlag, Tübingen 1963.

Hoegner, Wilhelm: Die verratene Politik, Ullstein TB 33 124, Berlin 1989.

Luther, Hans: Politiker ohne Partei, Stuttgart 1962.

Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe, Brockhaus Verlag, 6. Auflage, Wiesbaden 1965.

Meißner, Otto: Ebert, Hindenburg, Hitler. Erinnerungen eines Staatssekretärs 1918–1945, Bechtle Verlag, München 1991.

Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921.

Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Econ Verlag, Düsseldorf 1968.

III. Darstellungen

Borchardt, Knut: Wachstum und Wechsellagen 1914–1970, in: Aubin-Zorn, Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Klett Verlag, Stuttgart 1976.
Komprimierte, problemorientierte Darstellung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung. Das Handbuch enthält auch Kapitel zur Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen (Landwirtschaft, Industrie, Handel usw.) sowie zur Sozialgeschichte im Zeitraum 1918–1933.

ders.: Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftpolitik, Göttingen 1982, S. 183–205.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Droste TB 7216, Düsseldorf 1984.
Umfangreiche politikwissenschaftliche Untersuchungen der Machtstrukturen und des Machtverfalls der Weimarer Republik bis zur Auflösung.

ders.: Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 19. Jg. 1971.

ders./Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 251, Bonn 1987.

Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.

Conze, Werner: Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: Historische Zeitschrift Bd. 214, 1972.

Dederke, Karlheinz: Reich und Republik. Deutschland 1917–1933, Klett Verlag, 5. Auflage, Stuttgart 1984.
Sehr empfehlenswerte, gut geschriebene einführende Darstellung, ergänzt durch zahlreiche zeitgenössische Quellen, Kurzbiographien, Tabellen und Diagramme. Berücksichtigt (im Gegensatz zu den meisten anderen Titeln) auch Wirtschaft, soziale Probleme, geistiges und kulturelles Leben der Weimarer Zeit. Die 5. Auflage enthält zu den einzelnen Kapiteln jeweils eine Analyse „Probleme und Tendenzen der Forschung".

Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Ullstein TB 3227, Berlin 1976.
Erste umfassende wissenschaftliche Biographie Erzbergers, die über ihren eigentlichen Gegenstand hinaus die innenpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Friedensjahren, im Ersten Weltkrieg und in der Anfangsphase der Weimarer Republik beleuchtet.

Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege. Bd. 4, Teil 1 von Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, Klett Verlag, Stuttgart 1973, auch dtv TB 4219 „Die Weimarer Republik", 1980.
In komprimierter Darstellung werden in diesem Nachschlagewerk nicht nur Tatsachen und Ereignisse geboten, sondern darüber hinaus Analysen und Erörterungen umstrittener Fragen. Es eignet sich bestens als Leitfaden durch eine inzwischen in überaus umfangreicher Detailliteratur bearbeiteten Epoche.

Erdmann/Schulze (Hrsg.): Weimar, Selbstpreisgabe einer Republik, Droste Verlag, Düsseldorf 1984.

Eschenburg, Theodor: Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie, Piper Verlag, München 1984.

Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bde., Rentsch Verlag, Zürich, 4. und 5. Aufl. 1973.

Falter, Jürgen: Hitlers Wähler, C. H. Beck Verlag, München 1991.

Fischer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Leske Verlag, Opladen 1968.

Flemming, Jens u. a. (Hrsg.): Die Republik von Weimar. Bd. 1: Das politische System, Bd. 2: Das sozialökonomische System, Droste TB 7224/5, Düsseldorf 1984.

Heiber, Helmut/Graml, Hermann: Die Republik von Weimar, dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, dtv TB 4003, 10. Auflage, München 1966.

Hentschel, Volker: Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Droste Verlag, Düsseldorf 1978.

ders.: So kam Hitler. Schicksalsjahre 1932–1933. Droste Verlag, Düsseldorf 1990.

Hermens, Ferdinand A./Schieder, Theodor (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Duncker und Humblot Verlag, Berlin 1967.

Hirsch, Felix: Gustav Stresemann. Patriot und Europäer, Muster-Schmidt Verlag, Göttingen 1964.
„Hirsch, der wohl zur Zeit genaueste Kenner aller Wege und Umwege in Stresemanns Leben" (Erdmann).

Holzbach, Heidrun: Das „System Hugenberg" (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 18), Oldenbourg Verlag, München 1981.

Italiaander, Rolf (Hrsg.): Wir erlebten das Ende der Weimarer Republik. Zeitgenossen berichten, Droste Verlag, Düsseldorf 1982.
Erinnerungen von fast hundert Zeitgenossen an das Jahr 1933, ergänzt durch umfangreiches Bildmaterial.

Jasper, Gotthard: Von der Auflösung der Weimarer Republik zum NS-Regime, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1985.

Keßler, Harry: Walter Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Fischer TB 5676, Frankfurt a. M. 1988.

Köhler, Henning: Geschichte der Weimarer Republik, Colloquium Verlag, 2. Auflage, Berlin 1982.
Neue Mappe problemorientierte Darstellung. Für Zwecke der politischen Bildung gut geeignet.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (Grundriß der Geschichte), Oldenbourg Verlag, 2. Auflage, München 1988.
Wertvolle Neuerscheinung: verbindet Darstellung mit Grundproblemen und Tendenzen der Forschung und Literaturverzeichnis nach neuestem Stand.

Koops, Tilmann P.: Brünings „Politische Erfahrungen", in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Bd. 24, 1973.

Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1985.

Maser, Werner: Friedrich Ebert. Der erste deutsche Reichspräsident. Eine politische Biographie, Ullstein TB 34724, Berlin 1990.
Friedrich Ebert, der mehr für die Erhaltung der Einheit der Nation nach dem Zusammenbruch der Monarchie getan hat als die meisten seiner Zeitgenossen und doch aufs heftigste bekämpft und verunglimpft wurde, erfährt hier eine längst fällige Würdigung als Patriot und Staatsmann.

Mathias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Droste Verlag, Düsseldorf 1984.

Meißner, Hans Otto: Die Machtergreifung, 30. Januar 1933, Verlag F. A. Herbig, München/Berlin 1983.
Verfasser ist Sohn des Staatssekretärs Otto Meißner und bringt aufgrund der mündlichen Berichte seines verstorbenen Vaters interessante Ergänzungen zu dessen Erinnerungen „Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler".

Michalka, Wolfgang/Niedhardt, Gottfried: Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik der Weimarer Republik, dtv TB 2918, München 1960.

Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 66, Bonn 1965.
Fundierte Untersuchung von Wahlrecht und Wahlsystem, Struktur der Wählerschaft, Parteienentwicklung und der Wahlergebnisse in der Weimarer Republik; 15 Kartenbeilagen (vergr.).

Möller, Horst: Weimar – Die unvollendete Demokratie, dtv TB 4512, München 1985.

Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8), Propyläen-Verlag, Berlin 1988.

Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Droste Verlag, Düsseldorf 1966.

ders.: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings Memoiren 1918–1934, Leske Verlag, Opladen 1975.

Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, Kohlhammer Verlag, 5. Auflage, Stuttgart 1986.

Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1987.

Plehwe, Friedrich Karl von: Reichskanzler Kurt von Schleicher, Weimars letzte Chance gegen Hitler. Ullstein TB 33122, Berlin 1990.
Versuch einer menschlichen und politischen Ehrenrettung des Generals.

Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik, Europäische Verlagsanstalt, 19. Auflage, Köln 1991.

ders.: Geschichte der Weimarer Republik, Europäische Verlagsanstalt, 20. Auflage, Köln 1991.
Rosenberg untersucht vom sozialistischen Standpunkt aus Entstehung und Scheitern der Republik. Ihr Untergang wird vorwiegend aus gesellschaftlichen Gründen erklärt.

Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917–1933, Verlag Severin und Siedler, Berlin 1982.
Großartige Darstellung der Tragödie der ersten deutschen Republik mit hoher Sympathie für die Männer, die sich um eine liberale Demokratie bemüht haben. Erzählung und Analyse werden ergänzt durch Diagramme, Graphiken und zeitgenössische Abbildungen.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, Nymphenburger Verlagsanstalt, München 1983, auch als dtv WR 4312 (TB).
Sontheimer liefert umfangreiches Material zu der für das Verständnis des Übergangs von der demokratischen Republik zur Diktatur entscheidenden Frage, welche historischen, politischen, anthropologischen und psychologischen Denkkategorien die Abkehr vom liberaldemokratischen Staat verursachten.

Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928. Droste Verlag, Düsseldorf 1967.

ders. (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Athenäum Verlag, 2. erw. Auflage, Frankfurt a. M. 1985.

Tormin, Walter (Hrsg.): Die Weimarer Republik, mit Beiträgen von F. A. Krummacher, Walter Tormin, Richard Freyh und Andreas Hillgruber, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1977 (Neubearbeitung).
1960 erstmals und inzwischen in der 11. Auflage erschienene hervorragende Einführung, die in einer geglückten Form Dokumente, Quellen, Zitate und Darstellung verbindet. Gut ausgewählter statistischer Anhang. Berücksichtigt den neuesten Forschungsstand.

Vogelsang, Thilo: Kurt von Schleicher, Muster-Schmidt Verlag, Göttingen 1965.

Winkler, Heinrich August: Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, J. H. W. Dietz, 2. Auflage, Berlin/Bonn 1980.

Witt, Peter-Christian: Friedrich Ebert. Parteiführer – Reichskanzler – Volksbeauftragter – Reichspräsident. J. H. Dietz Verlag, 2. Auflage, Bonn 1988.

UNTERRICHTSMATERIALIEN

Quellen- und Arbeitshefte, Lehrerhandbücher

Egner Anton u. a.: Demokratie und Diktatur. Deutsche Geschichte 1918 bis 1945, Verlag Schöningh-Schroedel, Hannover, Paderborn (Reihe: Materialien für den Sekundarbereich II Geschichte).

Elben, Wolfgang, Die Weimarer Republik, Diesterweg Verlag, 7. Auflage, Frankfurt am Main 1976 (Schriften und Materialien zur Gemeinschaftskunde).
Quellen und Materialien (Graphiken, Statistiken) sowie Stellungnahmen von Historikern zu Knotenpunkten und Weichenstellungen der historischen Entwicklung und politischen Symptome der Weimarer Zeit.

Hey, B. u. a.: Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Demokratie und Diktatur in Deutschland 1918–1945, Klett Verlag, Stuttgart 1992.

Loch, Werner: Der Erste Weltkrieg und die Weimarer Republik, Frankonius Verlag, Dornburg-Frickhofen 1983 (Reihe: Geschichte in Unterrichtsmodellen).

Maier, Gerhart/Müller, Hans-Georg: Stundenblätter: Die Weimarer Republik, Neubearbeitung, Klett Verlag, Stuttgart 1990.
Die für den Unterricht erforderlichen Sachinformationen und Gegenstandsanalysen mit konkreten Vorschlägen für die Umsetzung des Stoffes im Unterricht. Dazu die eigentlichen Stundenblätter mit Angaben für die Gestaltung der einzelnen Stunden.

Neebe, Reinhard: Die Republik von Weimar 1918–1933. Demokratie ohne Demokraten?, Klett Verlag, Stuttgart (Reihe: Tempora Quellen zur Geschichte und Politik)

Praxis Geschichte: Krisenjahr 1923, Westermann Verlag, Heft 2, März 1992.
Themenheft mit Unterrichtseinheiten für Sekundarstufe I und II, vielfältigen Materialien und einer Folie.

Ripper, Werner (Hrsg.): Grundlagen und Entwicklung der Weimarer Republik, Diesterweg Verlag, Frankfurt am Main (Reihe: Weltgeschichte im Aufriß, Ausgabe in Themenheften).

Die Weimarer Republik von 1918 bis 1933, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn (Reihe: Zeiten und Menschen, Geschichtliche Quellen in Themenheften.)

Weimarer Republik und nationalsozialistische Herrschaft, Verlag Schöningh-Schroedel, Hannover, Paderborn (Reihe: Geschichtskunde für die Sekundarstufe II, Bd. 4).

Die Weimarer Republik, Cornelsen Verlag, Bielefeld (Reihe: Themen und Probleme der Geschichte).

AV-Medien

Zusammenstellung der Titel nach den Katalogen des „Instituts für Film und Bild" der Landesbildstellen, Landesfilmdienste und Landeszentralen für politische Bildung. Sie stellt keine Empfehlung dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Verleihstellen verfügen über sämtliche aufgeführten Materialien.

Anfragen und Anforderungen sind an die jeweilige Stadt- oder Kreisbildstelle zu richten, nicht jedoch an die Bundeszentrale für politische Bildung.

Filme

Die Weimarer Republik,
Teil I: 1918–1925, FWU 32 0669, 16-mm-Film (1962, 18 Min.)
Im Film behandelt werden die Situation an der Westfront 1917–1918, der Zusammenbruch der Monarchie, der Friedensvertrag von Versailles und die Gründung der Republik.

Die Weimarer Republik,
Teil II: 1925–1930, FWU 32 0670, 16-mm-Film (1963, 14 Min.)
Dokumentation. Beginnt mit der ersten Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten (1925), berichtet dann über Stresemanns außenpolitische Aktivität, den Vertrag von Locarno, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den Aufschwung der deutschen Binnen- und Außenwirtschaft.

Die Weimarer Republik,
Teil III: 1930–1933, FWU 32 0671, 16-mm-Film (1963, 15 Min.)
Bericht über den Zusammenbruch der New Yorker Börse am 24. 10. 1929 und die sich daraus für Deutschland ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Menschen in Deutschland von 1932,
FWU 32 2000, 16-mm-Film (1968, 26 Min.)
Ein Jahr vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten schuf Wilfried Basse einen Film unter dem Titel „Deutschland zwischen gestern und heute". Seine Verbreitung wurde nach 1933 verhindert. Aus dem überlieferten Material wurde der vorliegende Film gestaltet.

Politische Reden 1930–1932,
FWU 32 0521, 16-mm-Film (1958, 9 Min.)
Vier Filmdokumente mit Ausschnitten aus Reden von Heinrich Brüning 1930, Paul Löbe 1930/31, Paul von HIndenburg 1932 und Adolf Hitler 1932.

Ein Leben für Europa,
Bundeszentrale für politische Bildung 32 4654, 16-mm-Film (1958, 10 Min.)
Gustav Stresemann und sein Wirken für ein geeintes Europa.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik,
Bundeszentrale für politische Bildung 32 4659, 16-mm-Film (1959, 30 Min.)

Die Revolution in Berlin 1918/1919,
FWU 36 0641, 8-mm-Film (1974, je 5 Min.)
Film in zwei Teilen mit Dokumenten des Spartakusaufstandes in Berlin.

München zur Zeit der Räterepublik,
FWU 36 0643, 8-mm-Film (1974, 5 Min.)
Filmdokumente zur Geschichte.

Rückkehr der Truppen und Polizeiaktionen gegen Schieber,
FWU 36 0640, 8-mm-Film (1974, 4 Min.)

Tonbänder

Die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch am 10. November 1918,
FWU 20/22 2301 (Tonband 25 Min.)

In einem Berliner Mietshaus 1918/19: Meinungen der Bewohner zur Revolution,
FWU 20/22 2352 (Tonband 16 Min.)

Dias

Die Weimarer Republik, Steedtner 10 6059 (16 Dias).

Die Weimarer Republik, Westermann 10 6595 (36 Dias).

Die Weimarer Republik, Fleming 10 6613 (35 Dias).

Zwischen den Weltkriegen, Westermann 10 6653 (36 Dias).

Die Revolution 1918/19 in Berlin, FWU 10 2328 (21 Dias).

Die Revolution 1918/19 in München, FWU 10 2334 (16 Dias).

Die Konstituierung der Weimarer Republik, FWU 10 0452 (15 Dias).

Krisenjahre der jungen Republik 1919–1923, FWU 10 0453 (19 Dias).

Neueste Geschichte in Plakaten (1914–1925), FWU 10 0421 (18 Dias).

Neueste Geschichte in Plakaten (1929–1946), FWU 10 0422 (17 Dias).

Deutschland 1918–1933 in der Karikatur, FWU 10 0608 (22 Dias).

Bundeszentrale für politische Bildung

Informationen zur politischen Bildung
Neudruck 1992.

Herausgeber:
Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Leitender Redakteur:
Horst Pötzsch.
Redakteurinnen: Hannegret Homberg,
Carola Schüller.

Manuskript:
Dr. Erich Zimmermann, Bonn;
Dr. Karlheinz Dederke, Berlin
(Kap. VI, 7).

Graphiken:
Erich Schmidt Verlag, Bielefeld.

Fotos:
Historia-Photo (S. 34);
Keystone (S. 23, 30 rechts);
Preußischer Kulturbesitz (S. 3 unten,
5, 13 links, 15 oben, 22 oben, 27 links,
29 oben, 41);
Süddeutscher Verlag (Titelbild, S. 4
rechts, 10, 18, 25, 29 unten, 30 links,
38 unten rechts, 43);
Ullstein (S. 1, 2, 3 oben, 6, 8, 9, 11, 12,
13 rechts, 14, 15 unten, 20, 22 unten,
24, 28, 32, 33, 37, 38 oben, 42, 44).

Plakate aus: Anschläge, Deutsche
Plakate als Dokumente der Zeit
1900–1960, Langewiesche-Brandt
Verlag, Ebenhausen bei München 1963.

Gesamtherstellung und Vertrieb:
Franzis-Druck GmbH,
Karlstraße 35, 8000 München 2.

Texte und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Erscheinungsweise: viermal jährlich.

ISSN 0046-9408

Auflage: 200 000.

Anforderungen

(nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Die Hefte werden kostenlos abgegeben. Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).